

Internationales Institut
Liberales Politik Wien



Sozialwissenschaftliche
Schriftenreihe

Russland modernisiert sich – oder doch nicht?

Mit Beiträgen von
Hannes Adomeit
Johannes Auer
Falk Bomsdorf
Peter W. Schulze

Heft 36/37

Wien, Dezember 2011



**SCHRIFTENREIHE
ZUR INTERNATIONALEN POLITIK**

HERAUSGEGEBEN VON ERICH REITER

In der „Schriftenreihe zur internationalen Politik“ befassen sich namhafte Experten mit unterschiedlichen Aspekten der Außen- und Innenpolitik insbesondere Zentral- und Osteuropas. Dabei wird sowohl die Perspektive der betroffenen Staaten wie auch jene der großen Nachbarn Russische Föderation und Europäische Union einbezogen.

BAND 1

**DIE SEZESSIONSKONFLIKTE
IN GEORGIEN**

2009. 329 S. BR.

€ 39,00 | ISBN 978-3-205-78325-1

BAND 2

**DER KRIEG UM BERGKARABACH
KRISEN- UND KONFLIKTMANAGEMENT
IN DER KAVKASUS-REGION**

2009. 281 S. BR.

€ 35,00 | ISBN 978-3-205-78404-3

BAND 3

**KONFLIKTMANAGEMENT
IN ZENTRALASIEN**

2010. 254 S. BR.

€ 35,00 | ISBN 978-3-205-78565-1

BAND 4

**ENTWICKLUNGSSZENARIOEN
IN OSTEUROPA,
MIT SCHWERPUNKT UKRAINE**

2011. 222 S. 37 TAB., GRAFIKEN
UND KARTEN. BR.

€ 35,00 | ISBN 978-3-205-78709-9

BAND 5

**PROBLEMLAGE UND LÖSUNGS-
ANSÄTZE IM TRANSNISTRIEN-
KONFLIKT**

IN VORBEREITUNG

ISBN 978-3-205-78842-7

Internationales Institut für Liberale Politik Wien

SOZIALWISSENSCHAFTLICHE SCHRIFTENREIHE

Russland modernisiert sich – oder doch nicht?

Peter W. Schulze

Eine neue Etappe der Transformation:
Modernisierung, Machtsicherung und
kooperative Großmachtpolitik

5

Hannes Adomeit

Russlands Modernisierungspartnerschaft(en)

25

Falk Bomsdorf

Russland modernisiert sich – nicht

73

Johannes Auer

Die Rolle der Russisch-Orthodoxen Kirche

96

Die Autoren dieses Heftes

105

Schriftenreihen des IILP

bisher erschienen

106

Internationales Institut für Liberale Politik Wien

Board internationaler Konsulenten

Prof. Dr. Hannes Adomeit, College of Europe, Warschau

Prof. Dr. Hüseyin Bağcı, Middle East Technical University, Ankara

Prof. Dr. Lothar Höbelt, Universität Wien

Dr. Gottlieb F. Hoepli, Chefredaktor, St. Gallen

Univ.-Prof. Dr. Heimo Hofmeister, Universität Heidelberg

Prof. Dr. Bo Huldt, National Defence College Försvarshögskolan (HS), Schweden

Dir. Andreas Kirschhofer-Bozenhardt, Linz

Prof. Dr. Stefan Pickl, Universität der Bundeswehr München

Prof. Dr. Peter Schmidt, Stiftung Wissenschaft und Politik Berlin, Universität
Mannheim und Universität Heidelberg

Dr. Urs Schöttli, Korrespondent, Tokio - Hongkong

Prof. Dr. Peter W. Schulze, Universität Göttingen

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Reinhard Selten, Nobelpreisträger für Ökonomie 1994

Prof. Dr. Andrei V. Zagorski, MGIMO, Moskauer staatliches Institut für
internationale Beziehungen

Impressum

Eigentümer und Verleger: Internationales Institut für Liberale Politik Wien

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich:

Sektionschef i.R. Hon.-Prof. DDr. Erich Reiter

Alle: A-1030 Wien, Custozzagasse 8/2a

Wien, Dezember 2011

Gesamtherstellung: IILP

ISBN 978-3-902595-49-2

Gefördert aus Mitteln der Republik Österreich
Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung

Die Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe wurde vom Institut für politische
Grundlagenforschung

1983 gegründet und 1988 eingestellt.

Sie wird seit 2006 vom Internationalen Institut für Liberale Politik Wien weitergeführt.

Eine neue Etappe der Transformation: Modernisierung, Machtsicherung und kooperative Großmachtspolitik

Vorbemerkung: Modernisierung, Hochtechnologie und Umbrüche in der Weltwirtschaft.

Alle wirtschaftlich erfolgreichen Nationen haben zu einem Zeitpunkt ihrer Entwicklung eine sehr aktive Industrie-, Technologie und Wettbewerbspolitik betrieben, um sich ihren Platz in der arbeitsteiligen Weltwirtschaft zu erkämpfen und diesen zu sichern. Ziel war, den erreichten Lebensstandard zu erhalten und möglichst zu erhöhen. Gleichzeitig sollten durch die Bündelung und Zusammenarbeit von Forschungs- und Entwicklungssegmenten mit der Industrie wettbewerbsfähige, kommerzielle Produkte entspringen und damit die Wettbewerbsposition und der technologische Vorsprung dauerhaft gesichert werden. Solch Prozess, der sich über einen langen Zeitstrahl erstreckt, kann als Modernisierung oder Strukturanpassung an veränderte externe wie technologische Bedingungen definiert werden.

Modernisierung bezieht sich daher sowohl auf die industriellen, strukturellen und sozialen Anpassungs- und Erneuerungsprozesse in hochentwickelten Industriestaaten wie auf Entwicklungs- und Aufholprozesse in den Schwellenländern oder in agrarisch strukturierten Ländern der südlichen Hemisphäre, die in industrielle Dimensionen vorstoßen wollen. Modernisierung besteht aus Teilelementen des Strukturwandels wie dem darin eingebetteten Zusammenwirken von Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kapital zur

Erhaltung und dem Ausbau der Wettbewerbsfähigkeit eines Landes. Im Fokus aller Anstrengungen steht die technologisch-innovative Erneuerung der tragenden Industriestrukturen eines Landes.

Daran ändert jedenfalls für die europäischen OECD-Länder auch nicht die generell zu konstatierende Tendenz, dass sich im Übergang von der Industrie- zur Wissensgesellschaft als Folge der Globalisierung die wirtschaftliche Aktivität immer mehr von der Industrie in die Dienstleistungssektoren verlagert. Wenigstens für die noch vom produktiven Kapital dominierten Länder Europas bleibt die Industrie der Kern der ökonomischen Dynamik einer Volkswirtschaft, der sich aber durch Auslagerung von industriellen Teilfertigungen immer mehr in die arbeitsteiligen Weltmarktbezüge integriert. Insbesondere für die rohstoffarmen Länder Europas ist die Fokussierung auf Innovationsfähigkeit der Wirtschaft, d. h. ein funktionierendes Zusammenspiel von FuE-Institutionen mit Unternehmen und der Grundlagenforschung, aber auch den Banken und der Politik von essentieller Bedeutung.

Industriepolitik sollte somit als eine die gesamte Wirtschaft umfassende aktivierende Wettbewerbspolitik verstanden werden. Sie impliziert keinen staatlichen Dirigismus und

Staatsinterventionen sind die Ausnahme. Vielmehr sollen vom Staat positive Rahmenbedingungen gesetzt werden, die für die Entwicklungsmöglichkeit der Unternehmen insbesondere bei neuen Technologien und für den Wettbewerb förderlich sind. Gleichsam sollte der Staat, als regionaler Akteur dafür Sorge tragen, dass die mit dem Strukturwandel ausgelösten wirtschaftlichen Umstellungen – z.B. Betriebsschließungen und das Rückfahren von strukturhaltenden Subventionen sowie das soziale Abpuffern von Entlassungen durch Qualifizierungsangebote und Umschulungen etc. – aufgefangen und in ihren Folgen abgemildert werden.

Abgeleitet aus dieser allgemeinen Betrachtung scheint es eingangs angebracht, um die russischen Anstrengungen derzeit zu verstehen, einen flüchtigen Blick auf Modernisierungsprojekte und Prozesse zu werfen, wie sie sich nahezu überall in den westlich-privatwirtschaftlichen Ländern Europas und den USA, allerdings mit unterschiedlichen Akzentuierungen und Zielsetzungen, seit den 1970er Jahren abgespielt haben. Obwohl Ähnlichkeiten gewiss bestehen, unterscheiden sich diese Ansätze von jenen Modernisierungsstrategien, mit der Ausnahme Japans, die im asiatisch-pazifischen Raum als Entwicklungs- und Aufholstrategien eingeleitet wurden. Wie im Falle Südkoreas, das seinen Modernisierungspfad in den 1960er Jahren bereits begann, suchten auch andere Länder ihre ursprünglich agrarisch-dominierten Ökonomien durch sektorale Industrialisierung zu diversifizieren und Positionen im Weltmarkt zu besetzen. In vielen Fällen stand am Anfang der Aufbau einer Investitionsgüter- und Schwerindustrie. Langsam kletterten diese Länder die technologische Leiter empor und indem sie dies taten, breitete sich der Aufholprozess über weitere Branchen aus, bis er schließlich die Sparten der Hochtechnologie erfasste.

Blicken wir auf die 1970er Jahre zurück, so können wir drei Faktoren ausmachen, an denen die alte Wirtschaftswelt, wie sie sich seit dem Zweiten Weltkrieg in Gestalt der damaligen OECD-Länder herauschälte, zerbrach.

1. Ein Faktor ist bereits genannt worden. Der rasante technologische Aufstieg der asiatisch-pazifischen Staaten Japan, Südkorea, Taiwan schuf eine völlig veränderte Konkurrenzsituation in der Weltwirtschaft. China folgte seit der 1980er Dekade. Die Industrien dieser Länder eroberten nicht nur Märkte, sondern verdrängten die alten OECD-Länder aus traditionellen Branchen. Als Folge stellten sich Strukturkrisen in Kernbereichen der europäischen und amerikanischen Wirtschaft ein. Seit Mitte der 1970er Jahre befanden sich nahezu alle OECD-Länder in einem Prozess der Umstrukturierung und Transformation von Kernbranchen ihrer Wirtschaft. Mit einsetzenden Deregulierungen im Rahmen von WTO, ausgelöst durch den Siegeszug neoliberaler Wirtschaftsideologien und der fortschreitenden Internationalisierung des Kapitals, das von der einsetzenden Ausbreitung von Kommunikations- und Informationstechnologien begleitet und geleitet wurde, wuchsen die globalen Herausforderungen und Risiken. Selbst supranationale sowie regionale Zusammenschlüsse, etwa die EU, NAFTA, CONOSUR etc. können sich nur noch bedingt zur Wehr setzen.
2. Die Internationalisierung von Produktion, Finanzströmen, Wissenschaft und Forschung, Jahre später als Globalisierung betitelt, wäre ohne die informations- und kommunikationstechnologische Revolution, die seit den 70er Jahren des vergangenen Jahrhunderts einsetzte und sich kaskadenartig über das gesamte Spektrum industrieller Produktion und Organisation ergoss,

nicht durchsetzbar gewesen.¹ Die informationstechnologische Revolution führte einerseits zur Entwertung industrieller Kernbranchen mit entsprechenden sozialen Folgekosten. Andererseits veränderte sie jedoch grundlegend die Organisation der Produktion, schuf neue Herrschaftsstrukturen innerhalb der Konzerne und löste faktisch die alten Konzernstrukturen auf. Denn vermöge der neuen Technologien wurde ein „virtueller Konzern“ möglich, d.h. ein Konzern der sich aus der Fülle seiner Produktionsaktivitäten und aus der Tiefe der Produktion zurückziehen konnte indem Funktionen auf einen Kranz von Zulieferunternehmen nach außen verlagert wurden. Erst der Einsatz von leistungsfähigen Rechnern, die gigantische Mengen an Daten verarbeiten konnten sowie durch den Ausbau einer hochtechnologischen Transportinfrastruktur wurden solche Veränderungen möglich und erlaubten auch eine hoch diversifizierte Struktur von KMU-Betriebe und FuE-Zentren, die sich um große Konzerne gruppierten oder die selbst dominante Positionen im Weltmarkt anstrebten und auch besetzen konnten.

3. Die offene, internationale Vernetzung von FuE und die Kooperation von Forschung waren Erfordernisse dieser Entwicklung. Das ist mit ein Hauptgrund warum Staaten mit zentralisierten und abgeschotteten Informationssystemen, wie etwa die damalige Sowjetunion, sich an solchen Entwicklungen nicht beteiligen konnten und somit an Marktpositionen in der Weltwirtschaft verloren und gnadenlos technologisch ins Hintertreffen gerieten.

Unter den Bedingungen einer sich globalisierenden Wirtschaft, Offenheit der Märkte, Deregulierungen und Absagen an den Protektionismus, vor allem aber getragen von der rasanten Ausbreitung der Hochtechnologien

über alle Wirtschaftsbranchen, konnten Nationalstaaten kaum mehr auf die altbewährten Mittel von Subventionen zur Bestandswahrung zurückgreifen. Diese brachten angesichts der starken internationalen Konkurrenz wenig. Daher war ein Umdenken in der Industriepolitik erforderlich. Seit Ende der 1980er Jahre bewegten sich die Konzeptionen weg von strukturerehaltenden Subventionen hin auf Schaffung akzeptabler und zukunftsgerichteter Industriekerne, die dem Wettbewerb standhalten konnten.

In nahezu allen OECD-Ländern wurden Neuansätze zur industriellen Restrukturierung und Anpassung entworfen, untereinander ausgetauscht und appliziert. Strategien der Modernisierung unterscheiden sich daher im Wesen nicht grundsätzlich voneinander und haben eigentlich bis zum heutigen Tag, mit Variationen, ihre Gültigkeit behalten. Sie haben auch für die russischen Modernisierungsüberlegungen ihre Bedeutung und werden schon in einigen Teilbereichen der russischen Wirtschaft eingesetzt.

Aus der Vielzahl von applizierten Strategieelementen sollen die folgenden benannt werden:

1. Der Erwerb von technologischem Know-How, das Anwerben von Experten/Spezialisten aus *cutting edge* – Technologiefirmen durch Aufkauf von ausländischen Technologiefirmen oder durch ausländische Direktinvestitionen in die eigenen FuE-Bereiche, die besonders gefördert werden sollen. Zu nennen wäre hier das russische **Skolkovo-Projekt**. Steuerliche Anreize für Direktinvestitionen vor allem aber auch Joint Ventures mit ausländischen Partnern können hier eine Rolle spielen, obwohl im Regelfall ausländische Direktinvestitionen mit dem Transfer von FuE-Segmenten sehr zögerlich umgehen.

2. Obwohl offen protektionistische Verfahren in den Hintergrund rücken, bemächtigen sich Staaten jedoch indirekter Praktiken, um eine moderne Variante von Importsubventionspolitik zu betreiben. Mit ausländischen Konzernen werden Vereinbarungen getroffen, dass der Import von hochwertigen Produktionsgütern nicht zu 100% erfolgt, sondern ein Teil in Lizenz im Empfängerland hergestellt werden soll. Mit einer solch indirekt protektionistischen Maßnahme kann der Aufbau von Innovationspotenzialen gelingen.
3. Vornehmliche Bedingung für eine erfolgreiche Modernisierungspolitik müssen jedoch der Ausbau und die Dynamisierung eigener endogener Innovationspotentiale, z.B. praxisorientierte Forschungsinstitutionen, Universitäten, Fachhochschulen etc. sein. Ohne die Ausbildung von einem großen Pool an eigenem Forschungspersonal, an Experten und Wissenschaftlern, Unternehmern und kompetenten Administratoren wird Nachhaltigkeit im Modernisierungsprozess nicht erreicht werden können. Können die eigenen FuE-Institutionen eine solche Ausbildung nicht bereitstellen, so müssen staatliche Förderprogramme her, um Studenten die Ausbildung im Ausland zu ermöglichen. Insbesondere die kleinen pazifischen Tigerstaaten haben in dieser Hinsicht seit den 1980er Jahren Erhebliches geleistet.
4. Die internationale Vernetzung von FuE sowie der offene Zugang zur internationalen Forschung ist eine weitere Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Modernisierungsstrategie. Die gesamte Skala von internationalem Wissenschaft- und Forschungsaustausch ist in diesem Kontext relevant.
5. Die Förderung von regionaler Kooperation zwischen FuE-Einrichtungen, staatlichen Institutionen und Unternehmen soll schließlich die physisch-technologischen und innovationsorientierten Bedingungen schaffen, die es der „modernisierten“ Industrie ermöglichen, wettbewerbsfähige, kommerzielle Produkte zu entwickeln und damit die Wettbewerbsposition und den technologischen Vorsprung dauerhaft zu sichern.

Daraus folgt, dass Modernisierung sich nicht abgeschieden im Rahmen von FuE oder in der Produktionssphäre von Unternehmen abspielen kann. Um erfolgreich eingeleitet und umgesetzt zu werden, bedarf sie vielmehr externer, günstiger Bedingungen, die durch den Staat gesetzt und garantiert werden müssen. Im Zuge dieser Entwicklung kamen dem Staat nicht nur neue Funktionen zu, seine Stellung im gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ensemble durchlief erhebliche Umgestaltungen.

Der regionalisierte Staat: *the enabling state*

Denn in allen weltweit bekannten Varianten der kombinierten oder integrierten Industrie-, Technologie-, Bildungs- und Forschungspolitik spielt das Zusammenwirken von Staat, Wirtschaft und Forschung eine zentrale Rolle. Der anleitende, aktivierende und zusammenführende Staat wird zur Zentralfigur des Ensembles von Akteuren, die an der Modernisierung

eines Landes beteiligt sind. Um diese Funktion zu erfüllen, bedarf es jedoch einer Neuausrichtung staatlicher Aufgaben und Institutionen im Modernisierungsprozess.

Der Staat stellt in diesem Prozess seine Dominanz als zentralistisch wirkende Instanz zurück und bringt sich als **integrierende**

Dienstleistungsagentur zwischen den Akteuren zur Zielorientierung wie Abstützung des Modernisierungsprozesses ein, ohne aber auf seine Monopolstellung zu verzichten. Im Zuge dieser Transformation wird der Staat zum „**enabling state**“, zum regionalisierten Akteur, der als *primus inter pares* indirekt die anderen Akteure steuert, ohne sie zu bevormunden. Seine Hauptfunktionen bestehen darin, zwischen den Akteuren von Wirtschaft, Wissenschaft, Banken, sozialen Verbänden und staatlichen Apparaten sowohl Netzwerke von Dialogforen zu knüpfen als auch auf wirkungsvolle und langfristige arbeitsteilige Kooperation zu drängen, damit Modernisierungsmaßnahmen nachhaltig umgesetzt werden können. Abweichungen und Ausnahmen hinsichtlich der Aufgabenstellung und der institutionell-organisatorischen Binnenstruktur des Staatswesens sind durch historisch-kulturelle Faktoren bedingt. So finden sich im asiatisch-pazifischen Raum eher zentralstaatliche Akteure, während in den Regionen der nördlichen Hemisphäre Europas und der USA wie Kanadas eher föderalistische oder subsidiär verfasste Staatstypen dominieren. Unabhängig von der staatlichen Verfassung ist ihnen allen aber ein Merkmal wesentlich, dass zur essentiellen Voraussetzung der neuen staatlichen Aufgabenstellung unabdingbar scheint. Zweifellos erstreckt sich eine seiner wesentlichen Aufgaben in der Aufsicht über die Einhaltung von akzeptierten Spielregeln im Binnenbereich aber auch bei der Durchsetzung entsprechender Normen nach außen. Noch entscheidender für das Gelingen jeglicher Modernisierungsstrategie scheint jedoch, dass mit der Umwandlung zum „**aktivierenden**“ Staat eine weitere essentielle Voraussetzung einhergeht und erfüllt werden muss, nämlich

die Schaffung einer **effizienten, nicht-korrupten Ministerialadministration, die dem gesellschaftlichen Wohl verpflichtet ist.**

Während eine solche Voraussetzung für die westlichen OECD-Staaten Europas und der angelsächsischen Welt nahezu selbstverständlich ist, zeigen die Erfahrungen des pazifisch-asiatischen Raumes nicht nur die Relevanz dieser Vorbedingung auf, sondern verbinden sie obendrein mit der Funktion eines „**starken**“ Staates.

Als vorläufiges Fazit kann demzufolge gefolgert werden, dass staatliche Institutionen in allen bekannten Aufhol-, Restrukturierungs- und Modernisierungsstrategien eine zentrale Rolle spielten, unabhängig von ihrer mehr zentralistischen oder föderalistisch/dezentral ausgelegten Binnenstruktur. Sicher, sind erheblich mehr Nebeneffekte, die sich wiederum positiv auf den späteren Gang der wirtschaftlichen Transformation auswirken können, von föderalistisch-dezentralen Staatswesen zu erwarten, weil sich mit Hilfe lokaler/regionaler staatlicher Akteure Diversifizierungsbestrebungen in der Wirtschaft leichter umsetzen lassen und es zu einer Vermehrung von KMU-Unternehmen bei der Restrukturierung von Großkonzernen kommen kann. Solch staatliche Formen reflektieren aber lange Traditionen und können nicht unbedingt als Blaupause für Modernisierungsansätze anderer Länder herangezogen werden. Im Falle der Modernisierungsdebatte in der Russischen Föderation haben diese Vorstellungen nur eine eingeschränkte Bedeutung, es sei denn, die seit 2000 eingeleiteten anti-föderalen Maßnahmen werden einkassiert und dem russischen Föderalismus ein zweites Leben eingehaucht.

Konturen und Ziele eines Modernisierungsprojektes in der Putin Ära

Ohne Zweifel, die Ära des Wladimir Putin, der seit 2000 die Geschicke des Landes eine Dekade lang direkt und danach indirekt lenkte, neigt sich dem Ende zu. Als Frage bleibt, wird das abrupt geschehen oder gibt es eine weitere, diesmal wesentlich kürzere Übergangsphase? Im Kontext der seit 2010 heftig geführten Debatte über die Zukunft des Landes, steht dabei das Projekt der Modernisierung und Diversifizierung von Wirtschaft und Gesellschaft im Mittelpunkt.

Dabei lohnt ein kurzer Rückblick. Konzeptionelle Überlegungen wie Russland aus der industriell-technologischen Rückständigkeit herausgeführt und welche Voraussetzungen eine politische Ordnung erfüllen müsste, damit ohne den Rückgriff auf massive Repression gesellschaftliche Legitimation für die politische Führung erworben werden könnte, finden sich bereits am Ende der ersten Amtsperiode Putins. Zum einen werden die Konturen eines Projektes der politischen Stabilisierung und gesellschafts- wie wirtschaftspolitischen Modernisierung sichtbar. Das Projekt zielt erstens, langfristig und im Kern darauf, Russland zu einem wettbewerbsfähigen, innovativen, berechenbaren und somit koalitionsfähigen Partner der internationalen Staatengemeinschaft zu machen. Darüber herrscht unter allen Machtfractionen im und um den Kreml herum weitestgehend Konsens. Im Zuge seiner schrittweisen Umsetzung sollten sowohl die technologische Basis erneuert als auch, was schwerwiegende soziale Folgeprobleme mit sich bringen würde, die maroden sowjetischen Industriekomplexe abgewickelt und durch wettbewerbsfähige Unternehmen ersetzt werden. Zweitens wuchs im Rahmen der konzeptionellen Überlegungen allerdings auch die Einsicht, dass aufgrund des Mangels an Eigenkapital, technologischem Know-How und vor allem an qualifizierten Experten die Aufgabe mit eigenen Kräften

kaum zu meistern sein würde. Schließlich wurden schon unter Gorbatschow keine – und noch weniger in der Jelzin Ära – nennenswerten Erneuerungsinvestitionen getätigt. Hingegen betrug die Kapitalflucht Jahr um Jahr über 10 Milliarden US Dollar und dazu kam noch der „*Brain Drain*“ von Wissenschaftlern und Fachkräften, die zu Hunderttausenden das Land gen Israel, USA oder in die EU-Länder verließen. Faktisch taumelte das Land eine Dekade lang am Rande einer systemischen Krise, war de facto ein „failed state“ und von staatlicher Gestaltungskraft konnte mangels finanzieller Ressourcen und einer unfähigen Führungselite nicht die Rede sein. Erst gegen Ende der 1990er Jahre hellte sich die Lage auf.

Die Forschung lag am Boden und die Universitäten hielten nur mühsam den Lehrbetrieb aufrecht. Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen flossen angesichts der knappen finanziellen Ressourcen des Staates auch bis zum Jahre 2004 nur spärlich. Reale Investitionen fanden nur in Wirtschaftssektoren statt, die bereits in Weltmarktzusammenhänge integriert oder mit ausländischen Partnern Joint Ventures eingegangen waren.

Ein Blick auf die Ausgaben für Forschung und Entwicklung/FuE von 1990 bis 2009 illustriert die Lage. Die Zahl der Beschäftigten im Forschungs- und Entwicklungsbereich sank von 1,2 Millionen am Ende der UdSSR auf unter 400.000 im Jahre 2009. Eine gewisse Stabilisierung wurde gegen Ende der 1990er Jahre erreicht. Trotz imposanter wirtschaftlicher Zuwachsraten in der ersten Dekade des neuen Millenniums stagnierte die Beschäftigung in der Forschung.

Entsprechende Daten weisen auch auf den steilen Sturz der FuE-Ausgaben, die ihren Tiefpunkt 1991 erreichten und bis 1995 auf diesem

niedrigen Plateau stagnieren. Ab 1996 ziehen die Ausgaben an, um ab 2003 auf ca. 1% des BIP zu kommen und dort zu verharren. Damit liegt Russland zwar noch an der Spitze der

FuE-Aufwendungen innerhalb der BRIC-Staatengruppe, aber im Vergleich dazu geben die USA das Dreifache an FuE-Mitteln aus und Deutschland in etwa das Doppelte.

Wirtschaftsdaten 1993-2003

Wirtschaftskennzahlen (selektive) ²

	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
BIP (Veränderung zum Vorjahr in %)	- 8,7	- 12,6	- 4,2	- 3,6	1,4	- 5,3	6,4	10,0	5,0	4,3	6,8
Industrieproduktion (Veränderung zum Vorjahr in %)	- 14,2	- 20,9	- 3,3	- 4,5	2,0	- 5,2	11,0	11,9	4,9	3,7	6,8
Inflationsrate (Verbraucherpreise, in %)	842	224	131	22	11	84	37	20	19	15	13
Außenhandelsbilanz (in Mrd. US-Dollar)	k.A.	10,7	10,0	10,8	-0,1	0,2	24,6	46,8	35,0	32,8	21,3 [28,4]
Staatshaushaltsbilanz (in %)	- 6,5	- 11,4	- 5,4	- 8,4	- 7,1	- 5,9	- 1,4	1,2	2,9	1,4	3,0

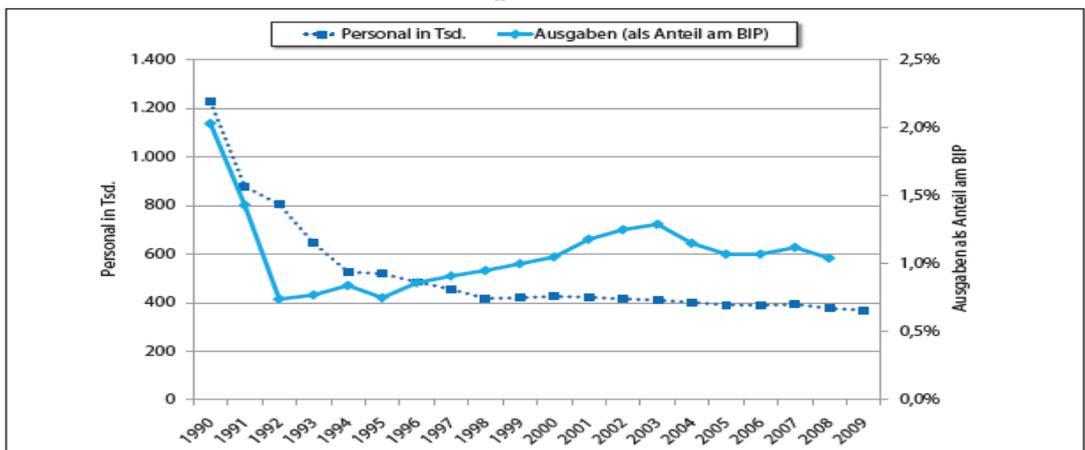
Tabelle 2: Zentrale Kennzahlen zur sozialen Lage

	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Arbeitslosenquote (in %, ILO-Methodik)	5,5	7,5	8,2	9,3	9,0	11,8	11,7	10,2	9,0	7,1	7,8
Monatlicher Durchschnittslohn (in US-Dollar)	113	100	104	154	164	108	62	79	111	142	186

Anmerkung: Zahlen für 2003 mit Stand Oktober 2003 (Hochrechnung für Gesamtjahr in Klammern)

Quelle: Russisches Staatliches Komitee für Statistik

FuE Aufwendungen 1990-2009 Russland

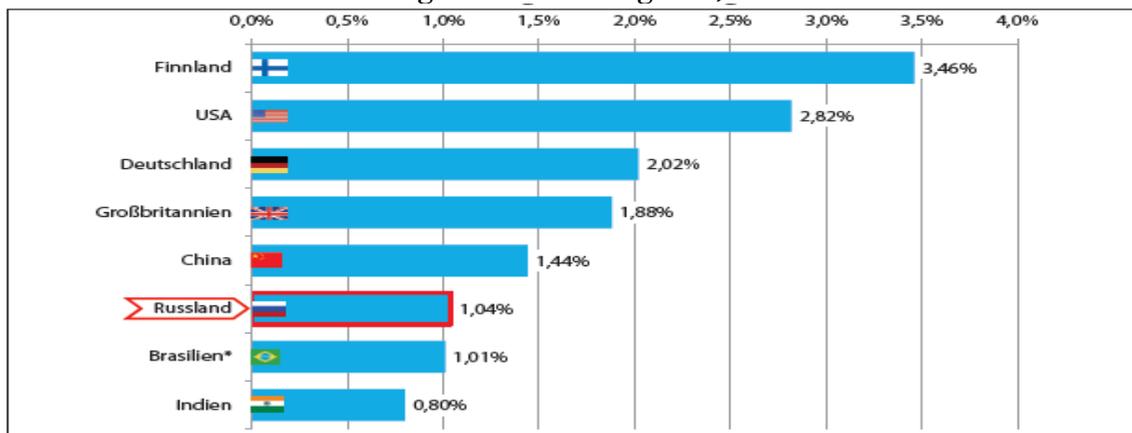


Quelle.: Russland-Analysen Nr. 209, 05.11.2010, S.11.

Das russische FuE-System hat sich vom sowjetischen Erbe noch nicht vollständig emanzipiert. Der staatliche Anteil überwiegt. Nahezu Zweidrittel aller Forschungseinrichtungen sind noch staatlich und konzentrieren sich in Großorganisationen. Die aus der sowjetischen Zeit ererbten Wissenschaftsstädte waren primär auf militärische und Grundlagenforschung ausgerichtet. Ihre wissenschaftliche und anwendungsorientierte Diversifikation auf kommerzielle Produkte wurde nur langsam und im Einzelfall umgesetzt.

Aufgrund der ökonomischen Depression von Mitte der 1980er Jahre bis zum Ende der 1990er Dekade fehlten Erneuerungsinvestitionen, so dass die Forschungsinstitutionen kaum in der Lage waren und auch bis heute nicht sind, die technologischen Vorgaben entwickelter westlicher Länder nachzuvollziehen oder gar ihre Innovationen in wettbewerbsfähige Produkte einfließen zu lassen. Privatwirtschaftliche wie ausländische FuE-Organisationen fallen bislang kaum ins Gewicht.

Russland im internationalen Vergleich. R&D Ausgaben, Anteil am BIP 2005-2007



* 2007

Quelle: Russland-Analysen Nr. 209, 05.11.2010, S.12.

Freilich soll hervorgehoben werden, was letztlich für die technologisch-innovative Modernisierung entscheidend werden könnte, liegt der Schwerpunkt der FuE-Ausgaben und damit auch die Zusammensetzung des Forschungspersonals eindeutig im technisch-naturwissenschaftlichen Bereich mit 61,9% im Jahre 2008. In den Naturwissenschaften sind ca. 24,2% des Forschungspersonals tätig.³ Einschränkung soll indes hinzugefügt werden, dass die überwiegende Mehrheit des naturwissenschaftlichen und technischen Forschungspersonals nicht nur überaltert ist, sondern aufgrund der fehlenden Investitionen kaum in der Lage scheint jenen technologisch-innovativen Schub zur Modernisierung einzuleiten. Erst in den letzten Jahren sind durch Verbesserungen im

Ausbildungsbereich ernsthafte Anstrengungen sichtbar geworden die Altersstruktur des Forschungspersonals zu verjüngen. Solange aber die technische Ausstattung der Forschungsinstitutionen nur langsam und punktuell auf internationale Standards gehoben wird und vor allem die so entscheidende Verbindung zu Industrieunternehmen fehlt oder noch schwach ausgeprägt ist, Russland noch für Jahre weiter von den Rohstoff- und Energiesektoren dominiert bleibt, wird der „Brain Drain“ eine systemische Begleiterscheinung aller Modernisierungsanstrengungen bleiben und diese zumindest jedoch verlangsamen.

Gegen Ende der ersten Amtsperiode Putins waren die objektiven und politischen Voraus-

setzungen für die Lancierung des Modernisierungsprojektes geschaffen worden.

1. Die beiden Säulen des Jelzinschen Herrschaftssystems waren entmachtet und der Einfluss regionaler und wirtschaftlicher Machtgruppen auf die Politik des Kremls war in institutionelle Bahnen gelenkt worden.
2. An die Stelle der früheren byzantinisch anmutenden Cliquen- und Günstlingswirtschaft war nun ein gefestigtes Staatswesen getreten, das daran ging, einen einheitlichen Rechtsraum durchzusetzen und die Machtverhältnisse im föderativen Aufbau neu zu definieren.
3. Getragen vom wirtschaftlichen Aufschwung gewann der Staat an Autorität, das Staatsbudget verdoppelte sich jährlich, so dass der Staat Gestaltungsfunktionen übernehmen und somit seine Stellung im Gesellschaftssystem festigen konnte.
4. Das Zusammenspiel von legitimer handlungsfähiger Führung mit der finanziellen Gestaltungsfähigkeit des Staates bannten Gefahren des Separatismus und schwächten die extremen Entwicklungsdifferenzen in der Föderation ab.
5. Außenpolitisch überwand Russland seine Isolation als es 2001 der Koalition gegen den Terror bedingungslos beitrug und der Europäischen Union seine Bereitschaft zur Intensivierung des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens/PKA signalisierte (Gemeinsame Erklärung über die vier Kooperationsräume in St. Petersburg 2003).

Bei den Wahlen zur vierten Staatsduma 2003, also am Ende der ersten Amtsperiode Putins, erlangte die Putin-Administration mit der Zweidrittel Mehrheit ihren parlamentarischen Durchbruch. Damit wurde die **Grundlage für die Neujustierung der postsowjetischen Herrschaftsordnung zu Beginn des Millen-**

niums geschaffen und eine neue Etappe im Transformationsprozess eingeleitet. Oligarchie und regionale Machthaber verloren ihre dominierende Rolle und wurden in die „Vertikale der Macht“ integriert, die nun auf eine **loyale Massenpartei** und damit auf Mehrheiten in den beiden Kammern der Föderationsversammlung, also der Duma und dem Föderationsrat, gründete. Die erneute Wiederwahl Putins im darauffolgenden Jahr rundete die günstige Ausgangsbasis für die Inangriffnahme des Modernisierungsprojektes ab und rückte Fragen der Zukunftssicherung in den Mittelpunkt.

In den darauffolgenden jährlichen Ansprachen des russischen Präsidenten an die Föderationsversammlung tauchten schon ab 2004 Ziele der technologisch-innovativen, gesellschaftlichen wie außenwirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Erneuerung auf, die zu einem Katalog der Modernisierung zusammengeführt wurden. Zunächst wurden faktisch die Rahmenbedingungen in einem Prioritätenkatalog von *vier nationalen Projekten* benannt: Der Focus staatlicher Förderungspolitik zielte auf Verbesserungen der sozialen Versorgungssysteme, des Wohnungsbaus, der Landwirtschaft, der Bildung und der Gesundheitsversorgung. Später wurde mit der „Gasifizierung“, der Versorgung des Landes mit Gasressourcen ein fünftes Projekt definiert. Ab 2006 wurden Anstrengungen unternommen, die entlegenen Randregionen und depressiven Gebiete Russlands mit Elektrizität und anderen Infrastrukturkomponenten wie dem Zugang zu Kommunikationsmitteln zu ermöglichen.⁴

Die schrittweise Inangriffnahme dieser Aufgaben wurde durch industriepolitische Strukturierungs- und Sanierungsmaßnahmen für die Luftfahrtindustrie, für den Schiffsbau usw. begleitet. Jedoch wäre es vermessen, zu behaupten, dass diese Politik auf einem systematisch durchdachten Programm für die technologische Modernisierung der aus der Sowjetzeit übernommenen großen Industrie fußte oder die früheren sowjetischen Wissenschaftsstädte

einer neuen Zielbestimmung zuführen wollte und konnte. Zu Beginn der zweiten Amtsperiode Putins war man gerade im Jahre vier der wirtschaftlichen Erholung. Zwar zeigten sich langsam Anzeichen nachhaltigem wirtschaftlichen Wachstums, aber es galt erst einmal das Vertrauen der Gesellschaft in die eigene Zukunft wiederherzustellen und dem Staat Legitimation zu verschaffen, die nach all den Wirren der letzten beiden Dekaden von der gescheiterten Perestrojka bis zum Chaos der Jelzin-Ära verloren gegangen war. Das mag sicher ein Motiv gewesen sein, nicht die schwierigen und komplexen Fragen der Restrukturierung von Industrie und Infrastruktur in den Vordergrund zu stellen, sondern Ziele, die gesellschaftlich einprägsamer vermittelt werden konnten, da sie die Wohlfahrt der Menschen direkt tangierten.

In diesen Zusammenhang müssen auch jene Bemühungen des russischen Staates eingereicht werden, als strategisch definierte Sektoren der Wirtschaft wieder unter staatliche Kontrolle zu bringen. Das betraf in erster Linie die Energie- und Rohstoffsektoren aber auch Branchen, die über duale Technologien mit dem Rüstungssektor vernetzt waren. Die *Jukos-Affäre* war Auftakt und gegebener Anlass, Teile des Energiesektors und als strategisch definierte Wirtschaftsbranchen nicht mehr dem freien Spiel der Marktkräfte zu überlassen. Während in EU-Europa die Deregulierung nahezu alle Bereiche des öffentlichen Eigentums erfasste, ging Russland einen anderen Weg und sah sich durch entsprechende Maßnahmen anderer Staaten, die auf Rohstoff- und Energieexporte fußten, durchaus bestätigt. Der Staat kaufte gezielt strategische Unternehmen auf, die in den Privatisierungswirren der 1990er Jahre verloren gingen.

Modernisierung, technologisch induzierte gesellschaftliche Transformation und die politischen Folgen

In einem Beitrag, der einem Grundsatzreferat über die Zukunft des Landes gleicht, formulierte der damalige Vizechef der Präsidentschaftsadministration und Assistent des Präsidenten der Russischen Föderation, *Wladislaw Surkow*,⁵ die langfristigen Ziele des Modernisierungskurses. Surkow gilt als Chefideologe und mächtige Figur des Kremls, gehasst von der liberalen Opposition und als Technokrat der Macht und Vordenker der politischen Herrschaft gefürchtet.

Surkow ist in diese Rolle seit der zweiten Amtszeit Putins geschlüpft und hat den Machtwechsel auf Medwedjew unbeschadet überstanden. Zusammen mit dem russischen Präsidenten Medwedjew, der in seinen jährlichen Ansprachen an die Föderalversammlung auf die Probleme des Landes und auf die Schwierigkeiten die es zu überwinden geht, ungeschminkt hinweist und die Erzübel, Rechtlosigkeit, bürokratische Willkür und vor

allem die nicht einzudämmende Korruption geißelt, spricht auch Surkow Klartext. Für Surkow steht außer Frage, dass Russland nur eine Zukunft als souveräne Großmacht im Gefüge der internationalen Staatengemeinschaft haben kann, dass die internen Probleme nur im Kontext der globalen Trends und im Konsens mit den europäischen Erfahrungen gelöst werden können. Einen russischen Sonderweg lehnt er kategorisch ab. Damit bekämpft er auch Versuche, sich gegen europäische und westliche Kritik an inneren Zuständen wegzuducken und sich ein euroasiatisches Mäntelchen umzuhängen. Der Rückfall in euroasiatische Wunschbilder, postimperiale und isolationistische Phantastereien, wie sie im Umkreis des Kremls und bei Splittergruppen der russischen Intelligenz noch herumgeistern, sind untaugliche Optionen für die Zukunftsgestaltung des Landes.⁶

In einem Beitrag vor jungen Wissenschaftlern und Ingenieuren, die in der Vereinigung „Futurussia“ zusammengefunden haben und am Forschungs- und Entwicklungszentrum Skolkovo tätig sind, formulierte Surkow am 9. April 2010 unter dem Titel „*Social Objectives of Modernization*“ drei Dimensionen für die Modernisierung. Er macht faktisch die Zukunft des Landes von der Meisterung der damit angesprochenen Fragen abhängig.

„If we remain a primitive economy based solely on raw materials, then we will continue like that, scraping by on bread and kvass, counting kopecks every day. The higher our intellectual, scientific and technical potential, the closer we will be to the ‘white collar’ category in the global division of labor.“

Drei miteinander verzahnte Dimensionen skizziert er als Grundlagen der Modernisierung:

- Die technologische-innovative Erneuerung der Ökonomie
- Soziale und aktive Gesellschaftsgruppen die als Motor der Erneuerung fungieren
- Die Stärkung demokratischer Institutionen

Die Diversifikation und technologisch-innovative Umstrukturierung der russischen Wirtschaft kann aber nur gelingen, wenn sie von einer kompetent-loyalen und nicht korrupten „*social avantgard*“ geleitet wird, postuliert Surkow. Die Formation einer solchen „**Modernisierungselite**“ kann nicht losgelöst von Veränderungen im Aufbau des politischen Systems geschehen. Mit anderen Worten, die Modernisierung des Landes wird die bestehende Entsprechung zwischen Politik und Ökonomie erheblich verändern. Basierte die russische Wirtschaft bisher auf einer robust einfachen, extraktiven Basis, nämlich auf Exporten von Energie und Rohstoffen, so fand sie ihre Entsprechung in einem zentralistisch und selektiv autoritär konstruiertem politischen Herrschaftssystem, das solange

gesellschaftliche Legitimation genoss wie Grundbedürfnisse der Bevölkerung befriedet und exzessive Einschnitte in bürgerliche Freiheiten nicht vorkamen.

Politik erscheint als Spiegelbild der wirtschaftlich-technologischen Komplexität. Die bisher vertikal aufgebaute Machtordnung entsprach einer einfachen Linie und war: *„just a projection of the oil pipe into the political sphere. It is just a mirror image. If we have such a primitive economy that resembles a pipe, then we will also have a similarly primitive political system. A democratic society is actually a society of abundance“*... *“A poor society will never become quite democratic.“*

Die Entsprechungsformel muss sich verändern, wenn die Dominanz der extraktiven Wirtschaft durch technologisch-innovative Elemente ergänzt oder abgelöst wird. Denn mit dieser Umstrukturierung der ökonomischen Basis erfolgt auch ein Prozess der sozialen Diversifikation. Unabdingbar wird dann, dass sich nicht nur die „große“ Industrie technologisch modernisiert, sondern sie einen Entwicklungsweg einschlägt, der in allen Wachstumsregionen der Welt vor geraumer Zeit eingesetzt hat. Die technologische Umstrukturierung impliziert den Aufbau von kleineren und mittleren Unternehmen als Technologielieferanten mit spezifischen Interessen, die über regionale Administrationen und Parteikanäle ihren Weg in die Wirtschafts-, Bildungs- und Sozialpolitik des Landes finden werden.

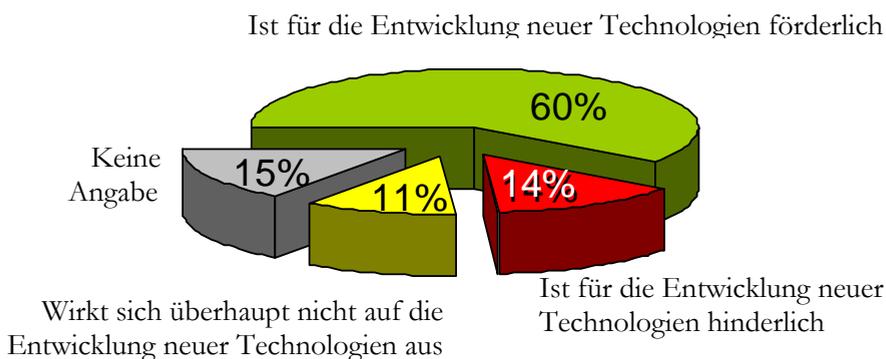
Außerdem ist, wie Surkow richtig betont, die Modernisierung ein „*international project*“, das dann aber auch die offene und uneingeschränkte Vernetzung von Forschung, Wirtschaft und Politik mit Partnern und Konkurrenten auf dem Weltmarkt erforderlich macht.

Erfolge werden sich nur einstellen, falls sich die russische Gesellschaft und Wirtschaft „tief“ in die Weltwirtschaft integriere. Die Verzahnung von russischen Fähigkeiten mit

denen anderer entwickelter Wirtschaften sei die Voraussetzung zur Modernisierung. Im Lichte dieser Zielansprache und in scharfer Abgrenzung zu Skeptikern der Modernisierung sowie jenen Kräften, die eine europafeindliche, pro-asiatische Haltung einnehmen, definiert Surkow: „*the highest form of patriotism today would be the realization that we cannot develop our country without an internationalization of the development sphere.*“... „*All the rest, this ‘relying on our own forces’ and that ‘we can do it ourselves’, is unpatriotic. We cannot do it ourselves*“ (Hervorhebung Surkow).

Surkows Thesen, die mit dem Aufbau des Technologiezentrums Skolkovo 2010 verknüpft sind, fußen auf Leitgedanken zur politischen Zukunft des Landes, die von ihm seit 2005 immer wieder angesprochen wurden.⁷ Hauptanliegen ist dabei die Sicherung der Macht für die gegenwärtigen politischen Herrschaftsgruppen. Seiner Auffassung nach kann das aber nur gelingen, wenn die grundlegende Erneuerung der Wirtschaft und die Öffnung der Gesellschaft wie des politischen Systems zu qualitativen Veränderungen in der politischen Kultur führen.

Ist die Kontrolle des Staates bei der Entwicklung neuer Technologien förderlich?



Quelle: Umfragen des Levada-Zentrums vom 19.-23. März 2010
<http://www.levada.ru./press/2010040602.html>

Staat als Agent der Modernisierung ⁸

Eine komplexe Wirtschaft, die eine komplexe Gesellschaft bewirkt, bedarf aber auch einer Trägerschicht, die sich loyal und auf das Wohl der Gesellschaft bedacht in Position bringt. Allein, für sich genommen erreicht die Stärkung

von Elementen des Pluralismus, ein gering dosierter autoritärer Führungsstil oder das Einwirken der Zivilgesellschaft noch wenig und können in toto auch nicht mit dem Übergang zu demokratischen Verfahren identifiziert werden.

Träger der Transformation: das Kaderproblem

An dieser Stelle offenbart sich das bereits zuvor angesprochene Problem, wer die Träger gesellschaftspolitischer Veränderung denn sein können? Eine negative Ausgrenzung ist durch die Politik der vergangenen Jahre bereits vollzogen worden. Weder sind Teile der alten Oligarchie für die Bewältigung der neuen Transformationsetappe brauchbar, noch taugt die abgewirtschaftete und marginalisierte demokratische Opposition aus den Jelzin-Jahren dazu. Die regionale Elite kann zwar als Reservoir für die neuen Kader fungieren, muss sich aber erst bewähren und die Umstrukturierung ihrer Regionen erfolgreich abschließen. Schließlich sind, das erschließt sich aus seinen Ausführungen, selbst die polit-korporatistischen Funktionsträger aus der Putin-Ära, also jene verspotteten „Epauletten-Oligarchen“, nur bedingt für die Erneuerungsaufgabe einsetzbar. Surkows Hoffnung richtet sich darauf, dass mit fortschreitender wirtschaftlicher Erneuerung und Diversifizierung der postsowjetischen Wirtschaft eine **nationale Bourgeoisie** entsteht, die sich außerdem aus zivilgesellschaftlichen Gruppierungen ergänzt und Kräfte rekrutiert, die sich bislang dem System verweigert hatten. Das geschah in vielen Einzelfällen schon seit dem Amtsantritt Putins ab 2000 als qualifizierte Führungspersonen aus den Reihen der wirtschaftsliberalen SPS/Union der Rechten Kräfte und selbst aus Jabloko in die neue Herrschaftsordnung integriert wurden und hohe Positionen im Staatsapparat besetzten.

Der Zugewinn an Fachkompetenz hat innen- und wirtschaftspolitisch sicher zur Abwehr von administrativen Praktiken beigetragen und in der Außenwahrnehmung Kritik an Fehlentwicklungen abgeschwächt. Diese Politik gilt es in der neuen Entwicklungsetappe verstärkt fortzusetzen und die entstehenden wirtschaftlichen, technologischen und innova-

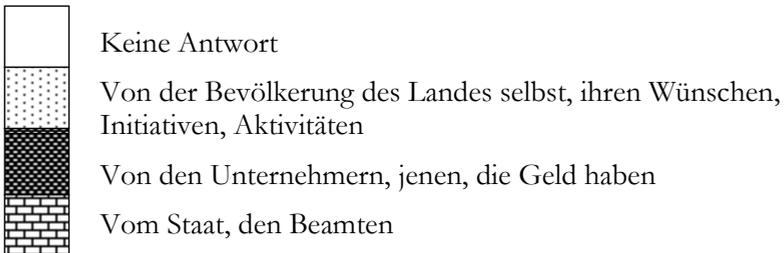
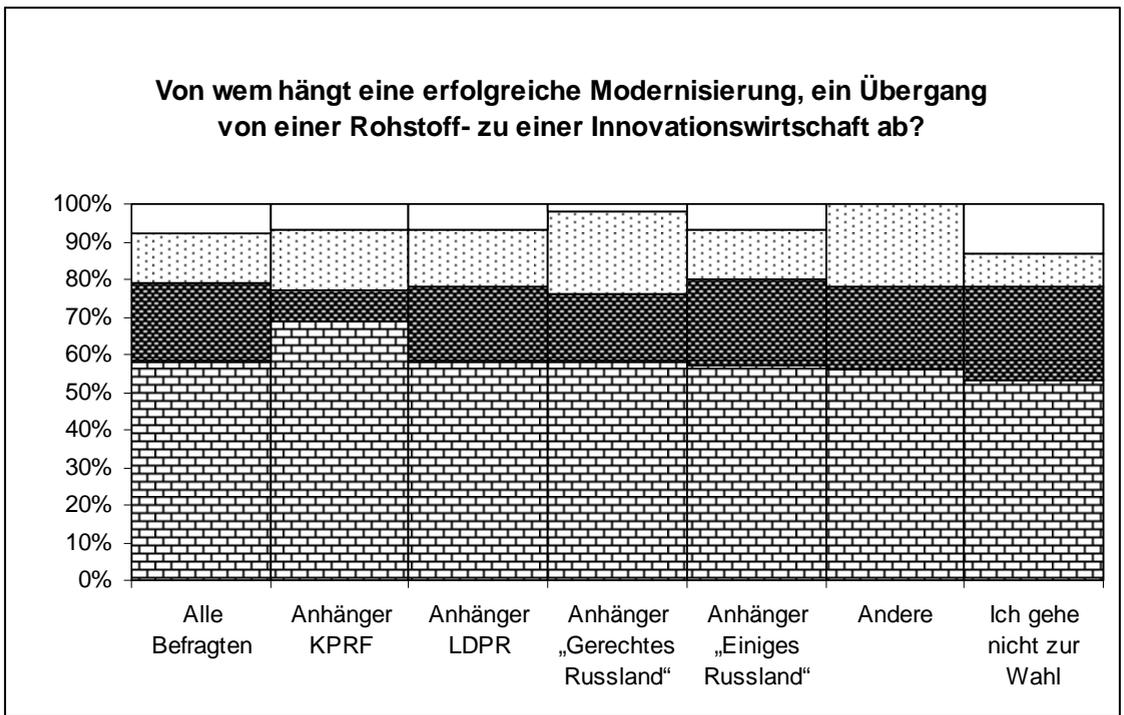
tiven Forschungs- und Führungskräfte intensiv in Kooperationsnetzwerke mit entwickelten Ländern einzubinden. Die Teilhabe etwa an Angeboten der Wissenschaftskooperation im EU-Raum und darüber hinaus internationale, bilaterale Vernetzungen in Präferenzbereichen der Technologie sind essentieller Bestandteil der Modernisierungsstrategie und runden die Bestrebungen ab, den Zugang zu Quellen ausländischem Know-Hows sicherzustellen sowie ausländische Direktinvestitionen für die sektorale Modernisierung zu gewinnen.

Solange aber die Schaffung einer „Modernisierungselite“ hinter den Erwartungen zurückbleibt und die vorhandenen Kräfte zu schwach oder inkompetent sind, die gestellten Aufgaben zu erfüllen, verzögert sich die Implementierung des Modernisierungsprozesses und das althergebrachte sowjetisch-russische Improvisationstalent muss wiederum bemüht werden. Dabei fällt, das belegen auch Umfragen in Russland, die Hauptlast der Modernisierung dem Staat und seinen Funktionsträgern zu. Diese Auffassung wird erstaunlicherweise von allen Schichten und politischen Lagern Russlands geteilt. Dass über 60% der Anhänger der KPRF eine solche Einstellung haben, ist kaum verwunderlich, dass jedoch diejenigen, die nicht zur Wahl gehen und die Gesamtheit der Befragten, was ja auch Gegner des derzeitigen wirtschafts- und innenpolitischen Kurses einschließt, dennoch im Staat den essentiellen Modernisierungsagenten sehen, verwundert schon. Das vor allem angesichts der Tatsache, dass die russische Staats- und Ministerialbürokratie in anderen Umfragen durchwegs als korrupt, inkompetent und wenig produktiv definiert wird. Hingegen billigen nur etwa 20% der Befragten aller Schichten und politischen Lager den russischen Unternehmern und Industriellen die Erfüllung einer solchen Aufgabe zu.

Daher verfällt Surkow auf eine mittelfristige Sicherungsstrategie. Der Erfolg des Modernisierungsprojekts wird somit von weiteren Bedingungen abhängig gemacht:⁹

1. Bildung einer loyalen, effizienten und kompetenten politischen Führungselite
2. Reform des politischen Systems und Erneuerung des Parteiwesens
3. Förderung einer loyalen Zivilgesellschaft und Schaffung einer „nationalen Bourgeoisie“
4. Ideologische und programmatische Aufwertung der Regierungspartei in der russischen Gesellschaft
5. Festigung des bestehenden Status quo der Machtverteilung für die nächsten 10 bis 15 Jahre.

Modernisierungsagenten



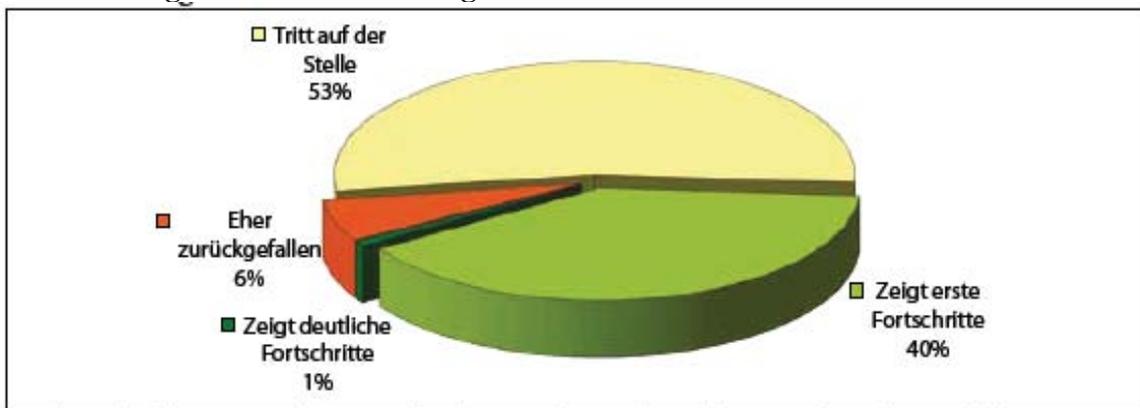
Quelle: Russland-Analysen 202, 4.6.2010, S. 8.

Erinnern wir uns an die eingangs aufgestellte These, dass aus den weltweiten Erfahrungen mit der industriellen Restrukturierung und Modernisierung, klar hervorgeht, dass der Staat als Modernisierungsagentur dann gefordert ist, wenn eben jene Schicht von Industriellen und Managern nur bedingt verfügbar ist und erst langsam über forcierte Bildungsangebote oder Auslandsaufenthalte entwickelt werden muss. Erschwerend kommt im russischen Fall noch die grassierende Korruption hinzu, die einen Einsatz staatlichen Personals nur begrenzt erlaubt.

Demnach steht die positive Einschätzung, dass staatliche Funktionsträger die Moderni-

sierungsfunktion übernehmen können, auf sehr wackligen Füßen. Und auch in den Umfragen schwankt das Bild, wenn etwa nach Freunden und Feinden des Modernisierungsprojektes offen gefragt wird. Zwar überwiegt der Staat mit 5% an positiven Zuordnungen vor Unternehmern mit 4%, aber die Skeptiker, die nicht daran glauben, dass es überhaupt Kräfte gibt, die sich für eine Modernisierung des Landes einsetzen, überwiegen mit 23%. Die Mehrzahl der Befragten, 59%, schweigt.¹⁰ Trotzdem glaubt die Mehrzahl der Befragten daran, dass in den nächsten zehn Jahren eine technische Revolution, ein Modernisierungsdurchbruch in der Wirtschaft eintreten wird.

Einschätzungen des Modernisierungsfortschrittes aus Sicht deutscher Unternehmer ¹¹



Quelle: Geschäftsklima-Umfrage des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft und der Deutsch-Russischen Handelskammer unter in Russland tätigen deutschen Unternehmen, November 2010

Quelle: Russland-Analysen 213, 28.01.2011, S. 14.

Zwar sind in einigen internationalisierten Produktionssektoren der russischen Wirtschaft, wie Stahl, Aluminium und Rüstung, aber auch in den Joint Ventures oder in Tochterunternehmen des ausländischen Kapitals effiziente Manager und Unternehmensleiter herangewachsen, aber solange nicht die großflächige Modernisierung/Diversifizierung der russischen Industrie jenseits der extraktiven Sektoren eingesetzt und zur Integration

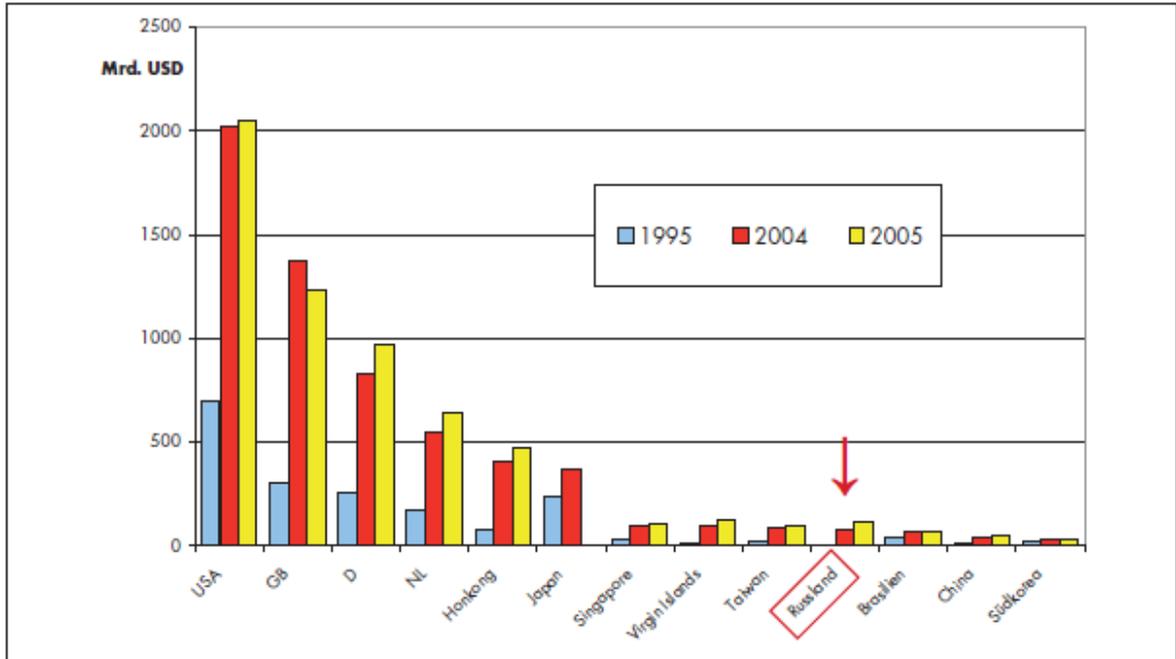
von innovativen Technologien beigetragen hat, wird das „Kaderproblem“, das Führungsproblem der Zukunft nicht gelöst werden.

Trotz der wirtschaftlichen Boomjahre, die durch die Krise zwischen 2008 und 2010 unterbrochen wurden, aber Russland danach wieder einen Zuwachs am BIP von ca. 4,5% bescherten, tun sich russische Konzerne schwer eine Modernisierungsstrategie über

Direktinvestitionen einzuleiten. Oft sind politische Barrieren von außen gesetzt, so beim Versuch das Aktienpaket an RADS auf 10% aufzustocken, oder der indirekte Ausschluss von potentiellen russischen Investoren bei Dornier. Aber diese Einzelfälle

sollen nicht den Blick verstellen, dass sich russische Unternehmen sehr zögerlich international einkaufen und wenn sie es tun, dann entlang ihrer Produktionsketten. Demzufolge schneiden russische Direktinvestitionen im globalen Vergleich recht bescheiden ab.

Führende Direktinvestitionen weltweit (in Mrd. Dollar)



Quelle: UNCTAD World Investment Report 2006,

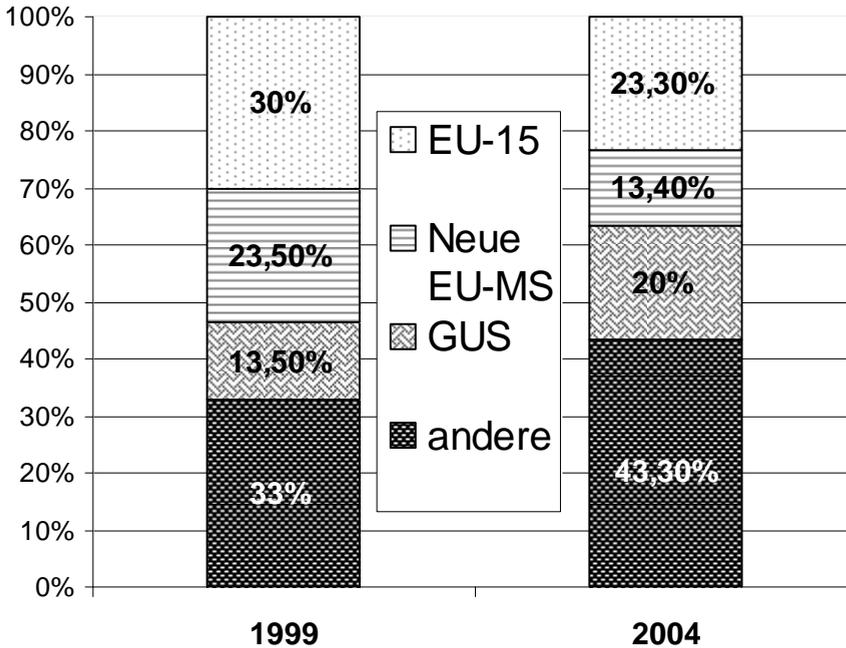
<http://www.unctad.org/Templates/webflyer.asp?docid=7431&intItemID=2068&lang=1>

Quelle: Russland-Analysen 144, 12.10.2007, S.5.

Dabei ist auffällig, dass jedenfalls bis 2007 nicht etwa die Masse der russischen FDI in die GUS-Länder strömte, nur 20% entfielen auf die GUS, sondern die Hauptmasse der Investitionen auf die EU und auf die neuen Mitgliedsländer der EU entfällt. 23% gehen in die EU und weitere 13,4% entfallen auf die MOE-Länder.

Petra Opitz¹² hat in einer Analyse der russischen Auslandsinvestitionen zurecht darauf hingewiesen, dass außer den GUS-Ländern und der EU ein Großteil russischer FDI in andere Länder fließt, um Zugänge zu Rohstoffen, aber auch um die „vertikale Integration von Geschäftsfeldern entlang der Wertschöpfungskette“ zu sichern. Eine Auflistung der FDI und der Übernahmen bestätigt diese Annahme.

Regionale Struktur der russischen FDIs



Quelle: Russland-Analysen 144, 12.10.2007, S.6.

Stellt man die russischen Direktinvestitionen in den Kontext der russischen Außenwirtschaft, so unterstreichen die Handelsströme diese Tendenz.

Von 2000 bis 2009 gingen die russischen Importe aus den GUS-Ländern von 30% auf 13% zurück während im gleichen Zeitraum die Importe aus der EU von 29% auf 38% anstiegen. Die USA rangieren mit 5% noch hinter China mit 12% (2009). Ein ähnliches Bild zeigt sich bei russischen Exporten.

In besagtem Zeitraum gingen im Jahr 2000 ca. 14% der russischen Exporte in die GUS. Mit 16% erfuhren sie 2009 eine leichtere Steigerung. Schon 2000 entfielen auf die EU-27 48% der russischen Exporte und 2009 stiegen sie auf 50%. Die USA (4%) lagen 2000 knapp hinter China (5%) und fielen bis 2009 auf 3% zurück während die Exporte nach China bei 5% stagnierten.

Interessant- und hier wird ein Faktor der Modernisierung sichtbar- ist die Zusammensetzung der Warengruppen. Russland importierte sowohl 2000 als auch 2009 zwischen 69% und 80% an industriellen Produkten. Aufgrund der Erholung der Konsumgüterindustrie und der Landwirtschaft fiel der Import von landwirtschaftlichen Erzeugnissen von 21% im Jahre 2000 auf 15% im Jahre 2009.¹³

Die Schattenseite des Außenhandels ist und bleibt die Zusammensetzung der russischen Exporte. Nahezu unverändert mit 65% im Jahre 2000 und 69% im Jahre 2009 dominieren die Rohstoffe an den russischen Exporten, wobei 84% in die EU-27 Länder im Jahre 2009 flossen. Die GUS-Länder wiederum absorbieren 53% der industriellen Erzeugnisse Russlands 2000. Dieser Anteil ging auf 44% im Jahre 2009 zurück.

Aus den Zahlen des Außenhandels und der Auslandsdirektinvestitionen ist die hochgradige Verflechtung, ja Interdependenz, zwischen der EU und Russland ablesbar. Die GUS spielt nur eine nachrangige Rolle. Weil, nach Auffassung des Chefideologen unter Putin und Medwedjew, Surkow, Modernisierung¹² und Machtsicherung nicht nur Hand in Hand gehen,

sondern auch international in Sicherheits- und Außenhandelspräferenzen eingebettet sind, muss eine Politik der Kompromissbereitschaft, des Pragmatismus und des Ausgleiches bei der Suche nach Modernisierungspartnern unweigerlich auf die EU deuten und zum Maßstab russischer Außenorientierung werden.

Modernisierungspartnerschaft oder Großmachtanspruch

Sicherung der Macht und die außenwirtschaftliche Zielsetzung Russland zu einem wettbewerbsfähigen Konkurrenten der entwickelten OECD-Staaten zu machen, beschreiben den politischen Kern des **Modernisierungsprojektes**. Darüber hinaus weisen die Bestrebungen der Internationalisierung von Wirtschaft und Forschung, ohne die es zu keiner Leistungssteigerung und Verbesserung der Wettbewerbsposition von Wirtschaftsbranchen kommen kann, nicht nur auf Ziele der innenpolitischen Stabilität und Machtsicherung. Das Modernisierungsprojekt impliziert auch außen- wie sicherheitspolitische Ziele.

Russland müsse ein stabiles Netz von Kooperationsbeziehungen zu seinen wichtigsten Partnern entfalten. Verlässliche äußere Rahmenbedingen und innenpolitische Stabilität sind die Eckpunkte des Modernisierungsansatzes. Damit sind zweifellos die USA, Europa und die asiatisch-pazifischen Länder, aber auch China und Indien gemeint. Die Globalisierung erzwingt diese Kooperation. Russland muss daher Spannungen vermeiden, die seinen wirtschaftlichen und geopolitischen Interessen zuwiderlaufen, weil dadurch Beziehungen zu Partnerländern beeinträchtigt werden könnten. Das bedeutet nicht die Aufgabe oder das Zurückstecken von nationalen Interessen. Aber zur maximalen Entfaltung seiner wirtschaftspolitischen Basis ist das Land auf ein stabiles Netz von Kooperationsbeziehungen angewiesen.

Ob Russland allerdings seinen zukünftigen Modernisierungspartner wird auswählen können, lässt Surkow offen. Lediglich seine Philippika gegen den isolationistischen Sonderweg und gegen die euroasiatische Versuchung lassen erahnen, dass Surkow Europa als den strategischen Partner für Russlands Zukunft sieht.

Und die Erfahrung der zurückliegenden Dekade bestätigt diese Auffassung. Mit beginnender politischer Stabilisierung und dem Übergang zu nachhaltigem Wirtschaftswachstum wurde Russland als Markt und für Direktinvestitionen ausländischen Kapitals attraktiv. Die miteinander verzahnten innen- wie wirtschaftspolitischen Faktoren bewirkten eine Revision der Rolle Russlands in der internationalen Politik. Moskau pochte auf internationale Anerkennung und dies schlug sich in den Verhandlungen über ein neues Partnerschafts- und Kooperationsabkommen/PKA mit der EU ebenso nieder wie der Kreml sich nicht zurückhielt, internationale Geschehnisse durch das Prisma nationaler Interessen zu betrachten und Kontroversen mit den USA und der EU nicht auszuweichen. Die schonungslose Abrechnung des scheidenden Präsidenten Putin auf der Münchener Sicherheitskonferenz im Februar 2007 ist ein aufschlussreiches Dokument für die Metamorphose der russischen Politik und indiziert das gewachsene Selbstbewusstsein der rückkehrenden Großmacht.

Und an dieser Stelle schließt sich der Argumentationskreis mit den innenpolitischen Bedingungen der Modernisierung. Eine unterstützende Rolle Europas, also die vielbeschworene strategische Partnerschaft zwischen Russland und der Europäischen Union, rückt jedoch nur dann in den Bereich der Möglichkeit, wenn die russische Entwicklung nicht dem europäischen Entwicklungsmodell und seinen politischen Ausformungen zuwider läuft. Umgekehrt sollte sich die EU endlich dazu aufraffen, Russland als den Partner zu definieren, der in den kommenden Umbrüchen des internationalen Systems komparative Vorteile für die Wohlfahrt der Europäischen Union, gleichwie sie in den nächsten Dekaden sich entwickeln und zurechtschneiden wird, anbieten kann.

Damit eröffnen sich für die zukünftige Entwicklung Russlands zwei Perspektiven, die den Rahmen sowohl zeitlich begrenzen als auch inhaltlich qualitativ bestimmen.

Erstens muss die Modernisierung des Landes innerhalb jenes Zeitfensters von maximal 20 Jahren erfolgreich abgeschlossen werden. Damit soll keiner Finalität des Entwicklungsweges das Wort geredet werden, das wäre unsinnig, sondern bedeutet nur, dass bis dahin die Abkehr Russlands von einem Rohstoff- und Energieanhängsel der entwickelten Welt abgeschlossen und die russische Wirtschaft diversifiziert und wettbewerbsfähig mit eigenen Produkten auf dem Weltmarkt präsent werden muss.

Zweitens ist dieser Zeitrahmen in etwa mit den Möglichkeiten verbunden, die Profite aus dem Geschäft mit fossilen Energieträgern und Rohstoffen so zu nutzen, dass sie für die innovative und technologische Erneuerung der Wirtschaft, aber auch für soziale Abfederungen und zur Stabilisierung politischer Prozesse genutzt werden können, die mit der Modernisierung notwendigerweise einhergehen werden. Ab der dritten Dekade des neuen Millenniums wird die

Ölförderung rapide abnehmen. Die Gasreserven werden zwar noch für Jahrzehnte reichen, aber angesichts der Planungs- und Versorgungsunsicherheiten bei der Nutzung von fossilen Brennstoffen sind Prognosen schwer anzustellen wie schnell sich klimatisch bedingte Folgen negativ auf die Förderung und Nutzung solcher Reserven auswirken können.

Als **einstweiliges Fazit** lässt sich daher aufzeigen, dass in besagtem Zeitraum von anderthalb bis zwei Dekaden die innenpolitischen Verhältnisse in Russland so gestaltet werden müssen, dass sie den europäischen Normen nicht fundamental entgegenlaufen. Das impliziert Lockerungen der innenpolitischen Situation, wie die Abkehr von administrativen Gängelungen der Medien und von Oppositionsparteien. Aus Gründen der Systemerneuerung und der Qualifizierung von leitenden Kadern, also der Schaffung einer „Modernisierungselite“ müssen bislang außen stehende soziale Gruppen, selbst Oppositionelle, angesprochen werden. Zivilgesellschaftlichen Gruppen wird unweigerlich ein höheres Maß an politischer Autonomie gewährt werden müssen. Letztlich, nimmt man Surkows Thesen von der Abkehr von administrativen Mitteln/Ressourcen ernst, werden programmatisch-ideologische Auseinandersetzungen bei zukünftigen Wahlen in den Mittelpunkt rücken. Das impliziert aber auch Umstellungen im Parteien- und Wahlsystem, vor allem aber faire Wahlen. An die Stelle zentraler, von oben dirigierter Aufgaben, würden dann die Vernetzung und der normative Überzeugungskampf um Positionen und um Stimmen bei freien Wahlen treten.

Es ist evident, dass ein erfolgreicher sowie innovativer Umstrukturierungsprozess der russischen Wirtschaft, der die bislang eher konsumtiv ausgerichteten Mittelschichten der Gesellschaft um Industrielle und Unternehmer aus der Produktion und aus der Wissenschaft ergänzen und bereichern würde, sich auch politisch auswirken würde.

Anmerkungen

- ¹ Siehe dazu: Manuel Castells, *The Information Age: Economy, Society, and Culture*. Vol 3, *End of Millennium*, Oxford 1988, und derselbe, *The Power of Identity*, Vol. 2, Oxford 1988.
- ² Aus: Forschungsstelle Osteuropa, *Russland-Analysen* Nr. 2, 24.10.2003.
- ³ *Russland-Analysen* (der deutschen *Bundeszentrale für politische Bildung*) Nr. 209, 05.11.2010, S.11.
- ⁴ *Russland-Aktuell* vom 7.4.2006 in: http://www.aktuell.ru/russland/politik/nationale_projekte_russland_auf_dem_weg_der_gesundung_3087.html „Die Konzentration von Etat- und administrativen Ressourcen zur Erhöhung der Lebensqualität russischer Bürger ist die notwendige und logische Entwicklung unseres gemeinsamen Wirtschaftskurses“ (Putin).
- ⁵ Surkow war und ist zuständig für die Beziehungen zu Parteien und gesellschaftlichen Organisationen. Zu seiner Person siehe: <http://eng.state.kremlin.ru/persons/2> Er bekleidet heute die Stellung eines Ersten Vizechefs der Präsidentialadministration. Die Rede wurde vor Edinaja Rossija und russischen Konzernchefs gehalten. Siehe auch: Peter W. Schulze, *Souveräne Demokratie: Kampfbegriff oder Hilfskonstruktion für einen eigenständigen Entwicklungsweg? – die ideologische Offensive des Vladislav Surkov*, in: *Matthes Bubbe/Gabriele Gorzka* (Hrsg.) *Russland heute. Rezentralisierung des Staates unter Putin*, Wiesbaden 2007, S. 293–313.
- ⁶ Siehe die Ausführungen von Surkow auf dem Global Policy Forum in Yaroslwal 2010, in: *Standpoints of the Week*, Moskau, 21 April 2010, S. 4-5.
- ⁷ „Wenn wir nicht zu einer offenen Gesellschaft gelangen, wenn wir uns nicht breit in die Weltwirtschaft integrieren und am globalen System der Erkenntnisse teilnehmen, dann erhalten wir auch keinen Zugang zu modernen Technologien, ohne die, wie mir scheint, die Modernisierung Russlands nicht möglich ist.“, in: <http://www.edinros.ru/news.html?id=111148>; *Wladislaw Surkow*, „Souveränität ist das politische Synonym für Konkurrenzfähigkeit“, 22.02.2006.
- ⁸ *Russland-Analysen* 202, 4.6.2010, S.6.
- ⁹ In der folgenden Erörterung der Thesen *Surkows* beschränken wir uns auf Positionen, die für das Thema wesentlich sind, wie seine Ausführungen zur Kaderproblematik, zur Konkurrenzfähigkeit Russlands und auf die außen- wie sicherheitspolitische Dimension der Konzeption „souveräne Demokratie“. Für eine ausführliche Auseinandersetzung mit seinen Thesen, siehe Peter W. Schulze, *Souveräne Demokratie: Kampfbegriff oder Hilfskonstruktion für einen eigenständigen Entwicklungsweg? – die ideologische Offensive des Vladislav Surkov*, in: *Bubbe, Matthes/Gorzka, Gabriele* (Hrsg.) *Russland heute. Rezentralisierung des Staates unter Putin*, Wiesbaden 2007, S. 293–313.
- ¹⁰ *Russland-Analysen* 202, 4.6.2010, S.7.
- ¹¹ Deutsche Unternehmen beklagen dann auch, dass der Bürokratieabbau und die Korruption zu den größten Baustellen des Modernisierungsprojektes zählen, ebenda: S. 11.
- ¹² Petra Opitz, *Russische Direktinvestitionen im Ausland – eine nachholende Internationalisierung*, in: *Russland-Analysen* 144, 12.10.2007, S. 2.
- ¹³ *Russland-Analysen* 221, 03.06.2011. S. 12.
- ¹⁴ <http://www.edinros.ru/news.html?id=111148>; *Wladislaw Surkow*, „Souveränität ist das politische Synonym für Konkurrenzfähigkeit“, 22.02.2006; siehe auch *Surkows* nicht öffentliche Rede: „Wir sind Konkurrenten in Europa. Schade, dass wir keine Feinde sind“ vor dem Aufsichtsrat von „*Delomaja Rossija*“ am 17. Mai 2005, die vom Radiosender „*Swoboda*“ später am 12. Juli 2005 ausgestrahlt wurde, in: NEWSru.com. B Roccu.

Russlands „Modernisierungspartnerschaften“: Ursprünge, Inhalte und Erfolgsaussichten

„Wir müssen Lehren aus den Ereignissen der kürzlichen Vergangenheit ziehen. So lange die Ölpreise wuchsen, gaben sich viele, fast wir alle, um ehrlich zu sein, der Illusion hin, dass strukturelle Reformen warten könnten. ... Wir können diese aber nicht länger aufschieben. Wir müssen mit der Modernisierung und technologischen Umrüstung unseres gesamten industriellen Sektors beginnen. Ich betrachte dies als eine Frage des Überlebens unseres Landes in der modernen Welt.“ (Dmitrij Medwedjew.)¹

„Wenn wir den bisherigen Weg weiter beschreiten, werden wir nicht die notwendigen Fortschritte bei der Erhöhung des Lebensstandards machen. Zudem werden wir nicht in der Lage sein, die Sicherheit unseres Landes oder seine normale Entwicklung zu gewährleisten. Wir würden sogar seine Existenz aufs Spiel setzen. Ich sage dies ohne jegliche Übertreibung.“ (Wladimir Putin.)²

„Lasst es uns offen aussprechen, [diese Modernisierungspartnerschaft] ist letzten Endes so etwas wie Transfer in eine Richtung. Natürlich werden sie die Empfänger sein. Wir sind nicht naiv. Aber es ist in unserem Interesse, dass Russland sich modernisiert.“ (EU-Beamter.)³

Einführung

Auf ihrem Gipfel am 31. Mai–1. Juni 2010 in Rostow am Don vereinbarten die „seit langem strategischen Partner“ EU und Russland eine „Modernisierungspartnerschaft“.⁴ Diese soll einen „flexiblen Rahmen [schaffen], um Reformen zu fördern, Wachstum zu verstärken und Wettbewerb zu erhöhen und [dabei] auf den Ergebnissen aufbauen, die bisher im Rahmen der vier Gemeinsamen Räume EU-Russland erreicht worden sind und die zwischen Mitgliedsländern der EU und Russland bestehenden Partnerschaften ergänzen.“⁵ Diese Zielsetzung wirft die Frage auf, ob diese „Partnerschaft“ tatsächlich etwas Neues bringt und den seit langem stagnierenden Beziehungen zwischen der EU und Russland neue Impulse zu geben vermag, oder ob es sich bei dem in Rostow vereinbarten Dokument lediglich um ein

weiteres Stück Papier handelt, das, wie schon viele vorher, nicht wesentlich mit Leben erfüllt werden kann. Ähnliche Fragen stellen sich bei den bisher sechzehn zwischen Russland und einzelnen Mitgliedsländern der EU geschlossenen und noch zu schließenden Modernisierungspartnerschaften.

Die Beantwortung der Fragen ist in den Kontext der Bemühungen russischer Akteure um eine Modernisierung der Wirtschaft und, je nach deren individuellen oder institutionellen Vorstellungen, der Politik und Gesellschaft eingeordnet.

Dies erfolgt in drei Schritten. Im ersten werden die Ursprünge und Richtungen der Modernisierungsdiskussion in Russland sowie die dort bisher getroffenen Maßnahmen und künftige Vorhaben untersucht.

Dabei wird gezeigt, dass die Auswirkungen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise auf das Land dieser Diskussion entscheidende Impulse gegeben haben. Eine der wichtigsten Auswirkungen der Krise auf die russische Innen- und Wirtschaftspolitik war die Verstärkung der von Medwedjew und Putin geäußerten Besorgnis über Russlands Abhängigkeit von importierten Waren und Technologie und seiner Rolle als Rohstofflieferant einerseits und seiner mangelnden Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt andererseits. Präsident und Premier haben infolgedessen die Notwendigkeit hervorgehoben, umfassende Veränderungen vorzunehmen, weil andernfalls die Existenz Russlands aufs Spiel gesetzt würde.

In einem zweiten Schritt werden die zwischen der EU und Russland geschlossene Modernisierungspartnerschaft sowie, als herausragendes Beispiel für die zwischen Mitgliedsländern der EU und Russland bestehenden Vereinbarungen, die deutsch-russische Partnerschaft untersucht. Dabei wird auf die besondere Rolle Berlins für das Zustandekommen der zwischen Brüssel und Moskau vereinbarten Partnerschaft hingewiesen. Betreffend die EU ist eine der Schlussfolgerungen, dass es einen eklatanten Widerspruch zwischen hehren Zielen auf der einen Seite und den tatsächlich Möglichkeiten qua Institution sowie den zur Verfügung gestellten Finanzmitteln auf der anderen Seite gibt.

Der dritte und letzte Schritt befasst sich mit den Chancen und Hindernissen sowohl einer Modernisierung Russlands als auch, damit verbunden, den Erfolgsaussichten der Modernisierungspartnerschaften. Dieser Teil der Untersuchung zeigt, dass der erfolgreichen Verwirklichung des Modernisierungsvorhabens vielfältige Barrieren im Wege stehen: Genannt werden – neben der seit der Krise noch verstärkten Abhängigkeit des Staatsbudgets von Öl und Gas – ein aufgeblähter Staatsapparat, der nicht zu positiven Veränderungen, geschweige denn zu dynamischer Entwicklung motiviert; übermäßiger Druck der Verwaltungsbehörden auf privates Unternehmertum; Zentralisierung wirtschaftspolitischer Prozesse und der Ressourcenzuteilung; Verschärfung der Korruption auf allen Ebenen; keine erkennbaren Träger von Innovation; negative demographische Trends; Abwanderung von hochqualifizierten Wissenschaftlern, Ingenieuren und Managern ins Ausland („brain drain“); vor allem aber der politische Faktor – das „System Putin“, das ein Gleichgewicht der Interessen der wichtigsten Gruppierungen erfordert und verhindert, dass notwendige harte Entscheidungen getroffen werden.

Im Fazit werden die Schlussfolgerung dieses und der beiden vorangegangenen Kapitel zusammengefasst und es wird erläutert, warum von verschiedenen auch in Russland entwickelten Szenarien, das der Beharrung am wahrscheinlichsten ist.

Ursprünge

Das Ziel einer umfassenden Modernisierung Russlands ist keineswegs neu. In der Geschichte des Landes hat es bereits eine ganze Reihe derartiger Bemühungen gegeben. Typisches Merkmal dafür war die Übernahme und Anwendung „westlicher“ – zuerst europäischer und nach dem

Aufstieg der USA zur Industrie- und Weltmacht auch amerikanischer – Institutionen, Normen und Prozesse. Herausragende Beispiele dafür sind die „*Öffnung des Tors zum Westen*“ unter Peter dem Großen im 17. Jahrhundert, die Reformen Alexander II. im 19. Jahrhundert, die

Industrialisierung der Sowjetunion unter Stalin in den 30er Jahren des 20. Jahrhunderts und Gorbatschows Anstrengungen, die Sowjetunion und das sowjetische Imperium moderner, menschlicher und effizienter zu machen. Unter dem gegenwärtigen Präsidenten Medwedjew ist „Modernisierung“ zu einem Schlagwort geworden, das stark an verschiedene Mobilisierungskampagnen der Sowjetära erinnert. Dazu gehören die „Urbarmachung“ von 36 Millionen Hektar Neu- und Brachland in Mittelasien unter Chruschtschow, der „Übergang von Quantität zu Qualität“ im Wachstum der sowjetischen Volkswirtschaft unter Breschnjew, die Antialkoholismuskampagnen Andropows und Gorbatschows und die Schlagworte von „Perestroika“, „Glasnost“, „Demokratisierung“, „Neues Denken“ (in der Außenpolitik) und „Freiheit der Wahl“ (für Ostmitteleuropa) ebenfalls unter Gorbatschow.

Zwar trifft es zu, dass Präsident Medwedjew „Modernisierung“ zum Schlagwort und Leitmotiv seiner Politik gemacht hat, den Begriff und seine eigenen Zielsetzungen von Modernisierung hat jedoch schon sein Mentor und Vorgänger Putin ins Spiel gebracht. Im Februar 2008, in einer seiner letzten wichtigen Reden noch als Präsident, stellte er eine „Entwicklungsstrategie bis 2020“ für die Zeit vor, in der er als Ministerpräsident agieren würde.⁶

In der Rückschau auf seine Präsidentschaft und als Teil einer Bestandsaufnahme stellte Putin fest, dass *“Russland auf die Weltbühne als ein starker Staat zurückgekehrt ist, als ein Land, mit dem man rechnen muss und das sich selbst behaupten kann. In der Außenpolitik haben wir erhebliches Kapital angehäuft, das jetzt zur Entwicklung unseres Landes beiträgt und dahingehend wirkt, die Interessen unserer Bürger und unserer*

Volkswirtschaft zu schützen.“ Zur wirtschaftlichen Entwicklung Russlands in seiner Amtszeit stellt er fest, dass sich die Investitionen versiebenfacht hätten. Während davor der Kapitalabfluss in den Jahren jährlich 10 Mrd. USD bis 25 Mrd. USD betragen hätte, habe das Land 2007 einen Rekordzufluss von 82,3 Mrd. USD verzeichnen können. Im Vergleich zum Jahr 1999 sei die Kapitalisierung des Aktienmarktes um den Faktor 22 gewachsen, in absoluten Zahlen ausgedrückt, von 60 Mrd. USD auf 1.330 Mrd. USD Ende 2007. Die Einkommen hätten sich um einen Faktor von 2,5 erhöht. Der russische Außenhandel hätte sich verfünffacht. Im Jahre 2008 *„konnten wir das beste Resultat überhaupt beim Bruttoinlandsprodukt erzielen – 8,1 Prozent. Nach Angaben internationaler Experten ist Russland im Jahr 2007 beim nach Kaufkraftparität berechneten BIP vor solche G-8-Länder wie Italien und Frankreich gerückt und ist jetzt die siebtgrößte Volkswirtschaft der Welt.“*⁷

Auf politischer Ebene seien ebenfalls Fortschritte erzielt worden. So sei (ganz im Gegensatz zur Realität im System Putin) *„ein großer Teil der Verantwortlichkeiten für die gesellschaftliche und ökonomische Entwicklung regionalen und örtlichen Organen übertragen, ihre finanzielle und Basis gestärkt“* und dadurch eine *„substantielle Dezentralisation von Macht“* vorgenommen worden. (Ebenfalls ganz entgegen der tatsächlichen Entwicklung) sei, so Putin, die *„wirkliche Unabhängigkeit der Gerichte gefestigt“* worden. So weit die positive Darstellung der Verhältnisse.

Seine Bestandsaufnahme wies jedoch, wenn auch kürzer und cursorischer, auf negative Aspekte der Entwicklung hin. Zuallererst habe Russland es nicht geschafft, *„das Trägheitsmoment der auf Energieressourcen und -produkten fußenden Entwicklung zu stoppen“*. Natürlich sei es

nicht falsch, den Energiesektor zu fördern und die auf ihm beruhende Warenproduktion zu erhöhen. Es gehöre infolge dessen zu *„unseren unwiederruflichen Prioritäten“*, einen modernen Energiesektor zu entwickeln und Hochtechnologieunternehmen im Bergbau sowie bei der Verarbeitung natürlicher Ressourcen zu schaffen. Dann aber kommt er zum Kern des Problems:

„Wenn auch die wirtschaftliche Situation derzeit zu unseren Gunsten ausschlägt, unternehmen wir nur bruchstückhafte Anstrengungen, unsere Wirtschaft zu modernisieren. Dies erhöht unvermeidbar unsere Abhängigkeit von importierten Waren und Technologie und verfestigt unsere Rolle als Rohstofflieferant für die Weltwirtschaft.“

Dies wiederum könnte in Zukunft dazu führen, dass wir hinter den großen Wirtschaftsmächten der Welt hinterherhinken und aus dem Kreis der Weltführungsmächte gedrückt werden.

Wenn wir den bisherigen Weg weiter beschreiten, werden wir nicht die notwendigen Fortschritte bei der Erhöhung des Lebensstandards machen. Zudem werden wir nicht in der Lage sein, die Sicherheit unseres Landes oder seine normale Entwicklung zu gewährleisten. Wir würden sogar seine Existenz aufs Spiel setzen. Ich sage dies ohne jegliche Übertreibung.“⁸

Wie noch zu dokumentieren ist, unterscheidet sich diese Sicht der Dinge nicht im geringsten von dem, was sein Nachfolger im darauffolgenden Jahr sagen würde und was in diesem Punkt von Analysten (fälschlich) bei Medwedjew als neu und im Gegensatz zu seinem Vorgänger stehend interpretiert worden ist.

Noch überraschender im Lichte des vorangegangenen Eigenlobs über seine achtjährige

Präsidentschaft ist Putins vernichtende Kritik an den bestehenden Zuständen im Verwaltungswesen. So als ob es nicht unter seiner Ägide gewesen wäre, dass die Duma zu einem willfährigen Instrument der Exekutive herabgestuft, der Föderationsrat entmündigt, Parteienpluralismus beseitigt, Freiheit der Medien eingeschränkt, NGOs gegängelt, die Unabhängigkeit der Gerichte mit Füßen getreten, private „Oligarchen“ entmachtet und staatliche Bürokraten an ihre Stelle mit der Folge gesetzt wurden, dass der Staatsapparat enorm mit der damit verbundenen Korruption anwuchs, beklagt sich Putin nun:

„Der Staatsapparat stellt in erheblichem Maße ein bürokratisiertes und korruptes System dar, das nicht zu positiven Veränderungen, geschweige denn zu dynamischer Entwicklung motiviert [...] Übermäßiger Druck der Verwaltungsbehörden ist zu einem der größten Bremsen für die Entwicklung [der Wirtschaft] geworden [...] und übermäßige Zentralisierung [zu] einem der größten Probleme staatlichen Managements.“

Welche Vision malte Putin bei seiner Abschiedsvorstellung als Präsident und Antrittsvorstellung als künftiger Ministerpräsident auf den Horizont des Jahres 2020? Was hatte er zum Thema „Modernisierung“ zu sagen? Was genau sollte modernisiert werden? Und wie sieht seine „Strategie“ der Entwicklung bis 2020 aus?

Putins Vision ist breit gefächert und vielfältig. Er will in Russland eine *„Innovationsgesellschaft“* schaffen und russischer *„Hochtechnologie zu einer weltweit führenden Position verhelfen“*. Gleich um das Vierfache will er die Arbeitsproduktivität steigern, binnen zwölf Jahren sollen 60 bis 70 Prozent der Bevölkerung zur Mittelschicht gehören. Ein öffentliches Verwaltungssystem soll auf föderaler, Gebiets- und

örtlicher Ebene aufgebaut werden und staatliche Betriebe sollen die folgenden konstitutiven Merkmale aufweisen: „Selbstständigkeit and Verantwortlichkeit, dynamische Vorwärtsbewegung, Ausführung der allgemeinen Entwicklungsprinzipien des Landes, effiziente Nutzung von Ressourcen, kühne und originelle Entscheidungen, Unterstützung von Initiativen und Innovation, zügige Personalveränderungen sowie Kompetenz und einen breiten Horizont“.

Konkret seien durchgreifende Veränderungen („Modernisierung“) in den folgenden Bereichen erforderlich.⁹ Notwendig sei, erstens, „eine umfassende Modernisierung der Produktion in allen ökonomischen Sektoren. Dies erfordert eine völlig neue Qualität der Unternehmensführung, die Ersetzung praktisch aller gegenwärtig in Russland eingesetzter Technologie und fast des gesamten Parks an Maschinen und Ausrüstung. [...] Die wichtigste Richtung ist dabei die Entwicklung neuer Sektoren [in denen hauptsächlich die] globale Konkurrenz [stattfindet], vor allem in der Hochtechnologie, den führenden Bereichen der ‚Wissensökonomie‘ – der Luftfahrt- und Weltraumtechnologie, dem Schiffbau, dem Energiesektor [und] der Informationstechnologie, der Medizin sowie anderen neuen Technologien“.

Ein zweiter von Putin angesprochener Bereich, in dem Modernisierung notwendig sei, ist die marode Infrastruktur: „Wir müssen selbstverständlich damit fortfahren, Straßen, Bahnhöfe, Häfen, Flughäfen, Stromwerke und Kommunikationssysteme zu bauen oder bestehende zu modernisieren.“

Eine dritte, eher nebenbei und in einem kurzen Satz erwähnte Sphäre ist die öffentliche Verwaltung. Bei ihrer Modernisierung sei „effiziente Regionalpolitik der wichtigste Aspekt“.

Ein vierter Bereich erhält mehr Aufmerksamkeit – die *russischen Streitkräfte und der militärisch-industrielle Komplex*. Modernisierung sei dort geboten, denn es sei „offensichtlich, dass die Welt in eine neue Spirale des Wettrüstens hineingezogen worden ist [allerdings nicht von Russland, sondern von] den am meisten entwickelten Ländern, die ihre technologischen Vorteile anwenden und Milliarden [von USD] für die Entwicklung der nächsten Generationen defensiver und offensiver Waffensysteme ausgeben. [...] Die NATO expandiert und schiebt ihre militärische Infrastruktur immer näher an unsere Grenzen vor.“ Durchbrüche in der Bio-, Nano- und Informationstechnologie könnten zu revolutionären Veränderungen bei den Waffensystemen führen und eine neue Strategie für den Gebrauch der Streitkräfte erfordern. Um diesen und anderen Herausforderungen im militärischen Bereich zu begegnen, „wird Russland in den kommenden Jahren mit der Produktion neuer Waffensysteme beginnen“.

Was aber ist zu tun? Putin sieht „drei Schlüsselprobleme, auf die wir unsere Anstrengungen konzentrieren müssen: Erstens, Chancengleichheit herstellen. Zweitens, die Motivation für innovatives Verhalten schaffen. Drittens, die Effizienz der Wirtschaft vor allem mittels der Erhöhung der Arbeitsproduktivität radikal steigern.“ Um diese hehren Ziele zu erreichen, machte der scheidende Präsident eine Vielzahl von Vorschlägen: In der Marktwirtschaft solle fairer Wettbewerb geschaffen und privates Kapital in Staatsbetriebe eingebracht werden. Das Steuersystem müsse reformiert, eine Bildungsoffensive eingeleitet, die Wissenschaft massiv gefördert, das intellektuelle Potential des Landes mobilisiert, Tausende von neuen Stellen für qualifizierte Arbeiter im Hochtechnologiebereich geschaffen, die Arbeit an der

Herstellung eines unabhängigen und wirksamen Justizwesens „fortgesetzt“, die Rechte von Unternehmern besser vor willkürlichen Verwaltungsakten und Bürokraten geschützt und Bedingungen geschaffen werden, um die besten Absolventen von Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen für den Staatsdienst zu gewinnen. Um die Aufgabe zu lösen, die Wirtschaft effizienter zu machen, müsse man *„Anreize und Bedingungen für Fortschritte in einer ganzen Reihe von unterschiedlichen Richtungen schaffen. Dies erfordert vor allem den Aufbau eines nationalen Innovationssystems, das sich auf verschiedenen staatlichen und privaten Institutionen gründet.“*

Der in der Entwicklungsstrategie 2020 verfolgte Ansatz lässt sich in drei Kernpunkten zusammenfassen.

- Staatliche und private Initiativen sollen für Innovation sorgen, um wirtschaftliche Effizienz zu bewerkstelligen.
- Die (in Putins zwei Amtszeiten als Präsident stark gewachsene) Rolle des Staates in Wirtschaft und Gesellschaft soll zurückgebaut werden.
- Im Widerspruch zum vorangegangenen Punkt: Das politische System – das „System Putin“ der „gesteuerten“ oder „kontrollierten“ Demokratie – wird als nicht korrekturbedürftiges Fundament und Orientierungsrahmen für Modernisierung vorausgesetzt.

Welche Vorstellungen Putin nun selbst hat, welche Prioritäten er bei den vielfältigen und zum Teil widersprüchlichen Vorschlägen er persönlich setzen und was und wie schnell er von all den Zielsetzungen in Angriff nehmen wollte (und will), lässt sich diesem Dokument nicht entnehmen. Wie praktisch alle derartige Dokumente, ist auch die Strategie 2020

eine kollektive Schöpfung einer ganzen Reihe von Arbeitsgruppen, die unterschiedliche Vorstellungen haben. In der Politik, wenn es um die Umsetzung gehen soll, werden derartige Programme dementsprechend kaum als verbindliche Richtlinie betrachtet. Trotzdem dienen die relevanten Beratungen der gegenseitigen Kommunikation zwischen der Regierung und der Expertenwelt und somit der Entwicklung des wirtschaftspolitischen Diskurses.¹⁰

Wenn Putins Rede auch eine ganze Reihe kritischer Punkte enthielt, war dennoch der vom Präsidenten bestimmte und gesteuerte Diskurs der politischen Klasse von angeschwollenem Selbstbewusstsein geprägt. Charakteristisch dafür im sicherheitspolitischen Bereich waren Putins Auftritt auf der Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik am 10. Februar 2007 und die sich daran anschließende Kampagnen gegen die Osterweiterung der NATO, Emanzipations- und Liberalisierungsbestrebungen in Osteuropa und im Kaukasus sowie gegen eine Westorientierung postsowjetischer Länder („Farbrevolutionen“) bis hin zur militärischen Intervention in Georgien im August 2008.¹¹ Diese russische Version der Arroganz der Macht beruhte zu einem großen Teil auf dem rasanten Anstieg der Ölpreise von weniger als 20 USD pro Barrel Rohöl im Jahre 1998 auf 150 USD im Juli 2008. Aufgrund ihrer Preisbindung an das Öl stiegen auch die Gaspreise und damit die Einnahmen aus dem internationalen Energiegeschäft stark an. Eine der Folgen war eine bedeutend verbesserte Finanzlage Russlands mit einer Anhäufung von Devisenreserven in Höhe von 597 Mrd. USD im globalen Krisenjahr 2008. Auch die Wirtschaft insgesamt profitierte: Die Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts (BIP) betrug im Jahre 2007 8,1% und lag noch im darauffolgenden Krisenjahr bei 5,6%.

Die Moskauer Machtelite sah sich infolgedessen von der Absturzwellen im Zuge der Subprime-Krise und internationalen Turbulenzen abgekoppelt. Nicht nur das, anfangs betrachtete sich Russland sogar als potentiellen Nutznießer. So stellte der russische Finanzminister, Alexei Kudrin, am 23. Januar 2008 auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos, fest: „Die amerikanische Wirtschaft befindet sich am Rand einer Rezession, und das Wachstum der Weltwirtschaft verlangsamt sich.“ In einer derartigen Situation wachse das Interesse an Russland, denn dieses Land sei eine *„Insel der Stabilität im Ozean der Weltkrise. [...] Investoren werden fortfahren, Milliarden von Dollars in die aufstrebende russische Wirtschaft zu investieren.“*¹² Derartige Diagnosen und Prognosen schienen im Frühjahr 2008 gerechtfertigt und wurden auch international geteilt, sodass der russische Börsenindex RTS im Mai 2008 zu einem Allzeithoch von 2487,92 Punkten aufsteigen konnte.

Die politische Klasse sonnte sich weiter im Kreise einer neuen internationalen Konstellation aufsteigender Mächte, der BRIC (Brasilien, Russland, Indien, China). In seiner oben zitierten und analysierten Rede vom 8. Februar 2008 stellte Putin triumphierend fest: *„Das Bruttoinlandsprodukt ist in den Jahren 2000-2007 um 72 Prozent gestiegen. Somit ist bei der gegenwärtigen Dynamik des Wachstums in Höhe von sieben bis acht Prozent eine Verdoppelung des Bruttoinlandsprodukts bereits bis Ende 2009 möglich.“* Während er dort unter Bezugnahme auf westlichen Berechnungen Russland als eine der sieben größten Volkswirtschaften der Welt aufführte, zeigte sich Igor Schuwalow, einer der stellvertretenden Leiter seiner Präsidialadministration, noch im Juni 2008 überzeugt: *„Russland wird am Ende des Jahres den sechsten Platz unter den Volkswirtschaften der Welt einnehmen.“*¹³ Derartige Hoffnungen zerschlugen sich infolge der Auswirkungen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise auf Russland.

Die Auswirkungen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise auf Russland

Wie in den USA und anderen westlichen Industrieländern geriet erst das Finanz-

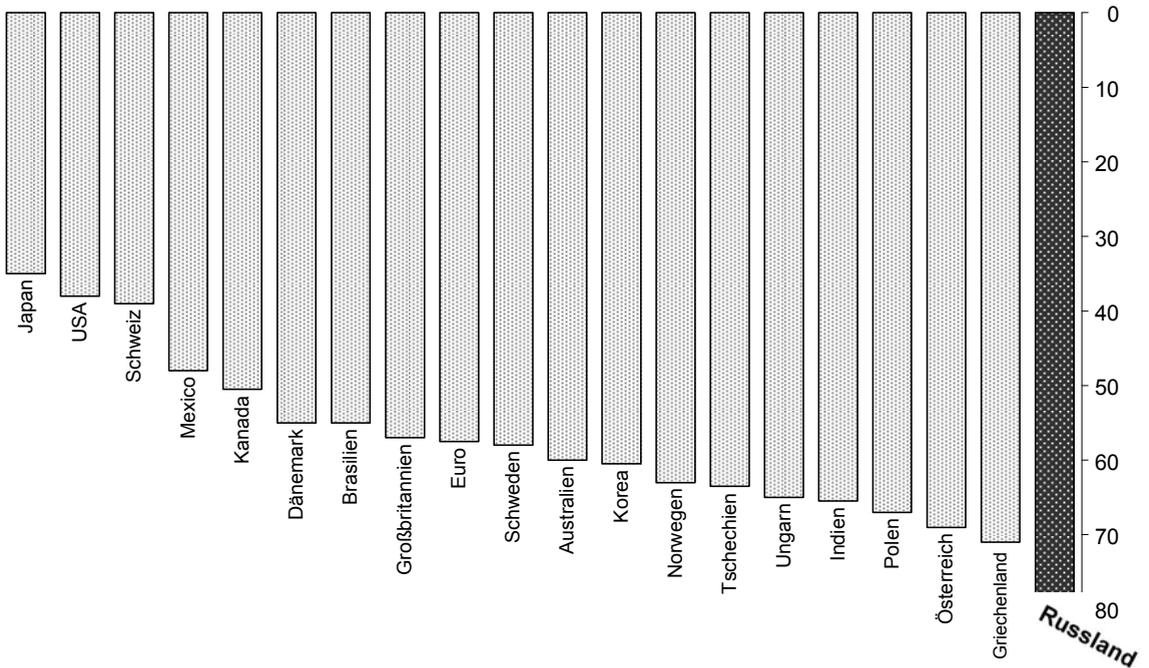
system Russlands in die Krise, die sich dann auf die Wirtschaft insgesamt auswirkte.¹⁴

Absturz des Aktienmarkts

Die ersten Anzeichen für das Übergreifen der Finanzkrise auf Russland waren kurz nach dem Krieg in Georgien zu bemerken. Im Laufe eines Monats nach seinem Ausbruch am 12. August 2008 verringerte sich die Kapitalisierung des russischen Aktienmarkts um Prozent 18%, was einen Schritt zurück zum Volumen vom Juni 2006 bedeutete. Weitere Schocks erfolgten am 16. September 2008, als der RTS Index und die Moskauer Interbank Devisenbörse (MMVB) Wertverluste von 11% beziehungsweise 17%

zu verzeichnen hatten, was einen Rückgang auf die Börsenwerte vom Dezember 2005 bedeutete.¹⁵ Die Schocks dieses „schwarzen Tags“ führten dazu, dass der Handel mit russischen Wertpapieren für zwei Tage ausgesetzt wurde. Insgesamt brach der Aktienindex RTS im Zeitraum von seinem Höhepunkt im Mai bis Oktober 2008 um 75% ein – ein katastrophaler Rückgang, der den westlichen Industriestaaten und der Schwellenländer übertraf (siehe Schaubild 1).¹⁶

Schaubild 1 – Russlands Aktienmarkt RTS: Aktienindex der 50 größten Unternehmen im Vergleich zu ausgewählten Industrie- und Schwellenländern (in Prozent im Zeitraum vom 31. Dezember 2007 bis 21. Januar 2009)

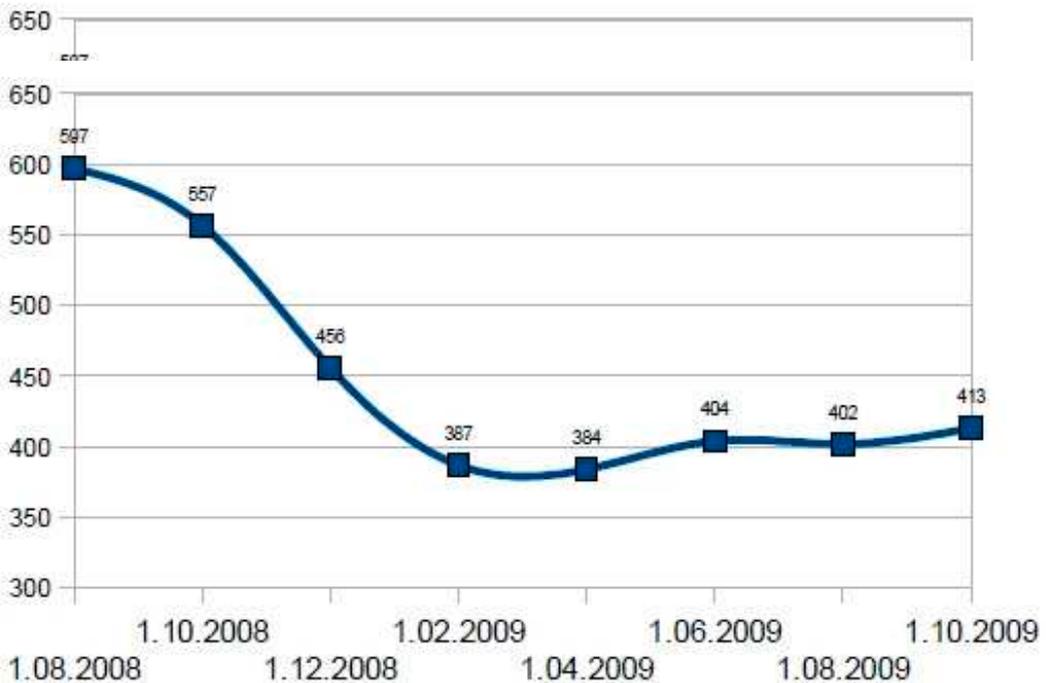


Schrumpfung der Währungsreserven

Im Zuge hoher Preise für Rohstoffe und insbesondere Öl und Gas ab 1999 (siehe Schaubild 2) hatte Russland aufgrund von Exporten von Öl, Gas und anderen Rohstoffen, hauptsächlich Metallen, riesige Devisenreserven anhäufen können. Am 1. August 2008 verfügte die russische Regierung – nach China und Japan – über die drittgrößten Devisenreserven der Welt in Höhe von 597 Mrd. USD, aufgeteilt in einen Nationalen Wohlfahrtsfond und

einen Reservefond.¹⁷ Ab diesem Monat begannen die Reserven allerdings rapide zu schrumpfen und verringerten sich bis zum März 2009 um ein ganzes Drittel auf 376 Mrd. USD.¹⁸ Die russische Zentralbank gab über 200 Mrd. USD aus, um eine drastische Abwertung des Rubels zu verhindern, ließ aber Wertverluste der Währung in kleinen Schritten zu, was zu einer Abwertung des Rubels gegenüber dem USD um 40% führte.¹⁹

Schaubild 2 – Rückgang der russischen Währungsreserven, August 2008 – Oktober 2009 (in Mrd. USD)



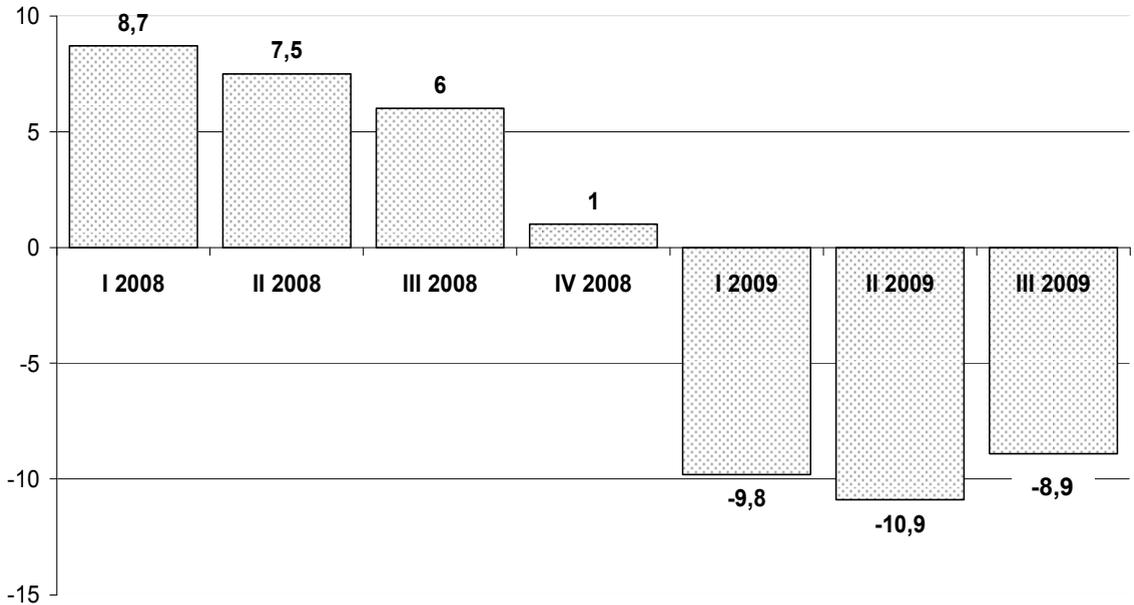
Quelle: Rosstat

Reduzierung des Bruttoinlandsprodukts

In den ersten drei Quartalen des Jahres 2008 konnte Russland noch die hohen Wachstumsraten seiner Wirtschaft beibehalten. Das Bruttoinlandsprodukt stieg in diesen Quartalen um durchschnittlich um 7,7% im Vergleich zum selben Zeitraum des vergangenen Jahres – allerdings schon mit deutlich fallender Tendenz (siehe Schaubild 3). Das letzte Quartal des Jahres 2008 verstärkte ganz deutlich diesen

Trend mit einem minimalen Wachstum von lediglich 1,1%, wodurch das BIP im Jahresdurchschnitt um 5,6% wuchs. Im ersten Halbjahr 2009 brach das BIP um 10,4% ein – 9,8% im ersten Quartal und 10,9% im zweiten. Die negative Entwicklung setzte sich im dritten Quartal mit 8,9% fort, so dass der Rückgang des russischen BIP im Vergleich zum Vorjahr insgesamt 7,8% betrug.²⁰

**Schaubild 3 – Wachstumsraten des russischen Bruttoinlandsprodukts,
1. Quartal 2008 – 3. Quartal 2009 (in Prozent im Vergleich zum Vorjahr)**



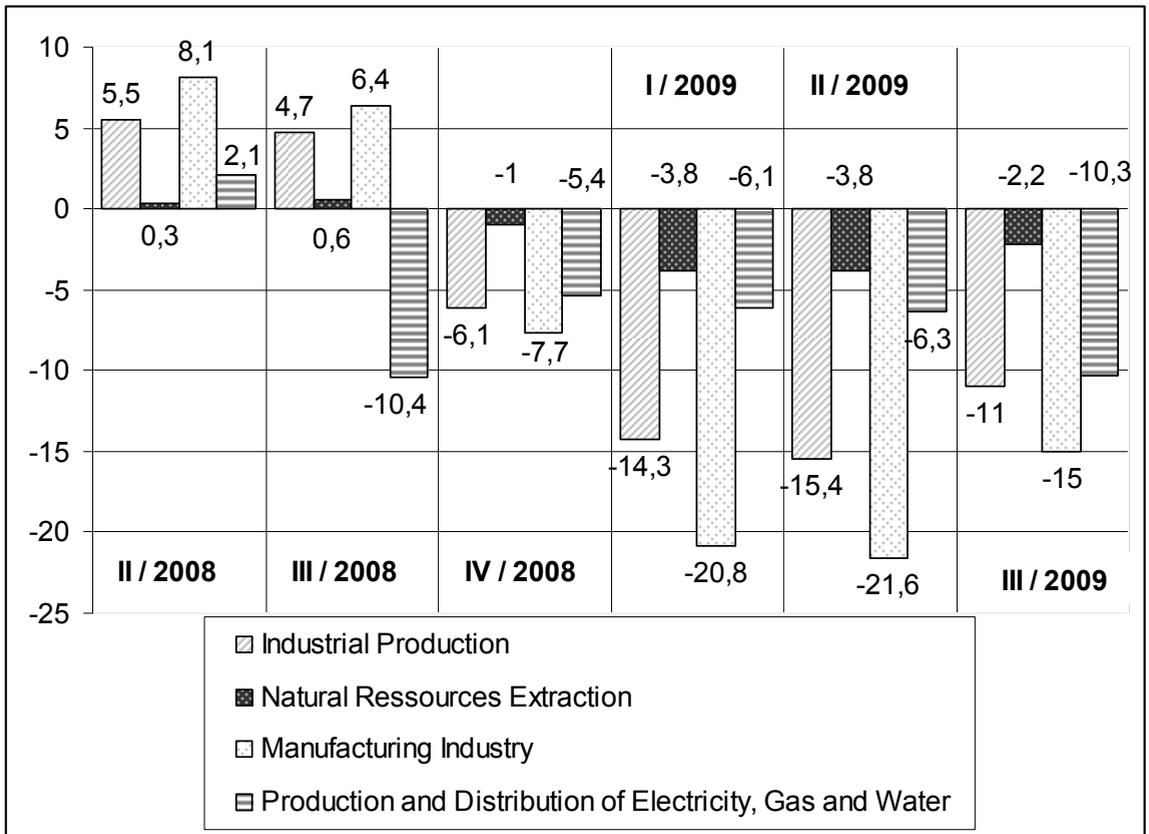
Quelle: Rosstat

Absturz der Industrieproduktion

Der Sektor des BIP, der die größten Einbrüche zu verzeichnen hatte, war die Industrieproduktion. Ihr Wachstum betrug 2008 zwar noch 2,1%, im letzten Quartal des Jahres fiel die Produktion aber um 6,1% (siehe Schaubild 4).²¹ Dieser Trend setzte sich im darauffolgenden Jahr mit Rückgängen in den ersten drei Quartalen um jeweils 14,3%, 15,4% und 11% dramatisch fort. Besonders ausgeprägt war der Einbruch der Produktion in der Gas- und der verarbeitenden Industrie. Die Gasindustrie erlitt auf das ganze Jahr 2009 bezogen einen Rückgang um 12,4% im Vergleich zum Vorjahr; in absoluten

Zahlen ausgedrückt bedeutete dies eine Reduzierung der Produktion um 582 Mrd. Kubikmeter. Aufgrund dieser Entwicklung verlor Russland seinen Rang als größter Gasproduzent der Welt, den es seit 2002 innegehabt hatte, an die Vereinigten Staaten.²² Die Produktion in der verarbeitenden Industrie schrumpfte um 20,8% im ersten Quartal des Jahres 2009, und die der Automobilindustrie sogar um 55,9%. Nur die Verteidigungsindustrie konnte Produktionsrückgänge vermeiden, weil sie Beschaffungsaufträge der Regierung zu erledigen hatte.

Schaubild 4 – Die Industrieproduktion Russlands, 2. Quartal 2008 – 3. Quartal 2009 (Veränderungen in Prozent im Vergleich zum Vorjahr)



Quelle: Rosstat

Im Wesentlichen waren drei Faktoren für die disproportional hohen Rückgänge bei der Industrieproduktion maßgeblich: Einbrüche bei der Nachfrage, die geringe

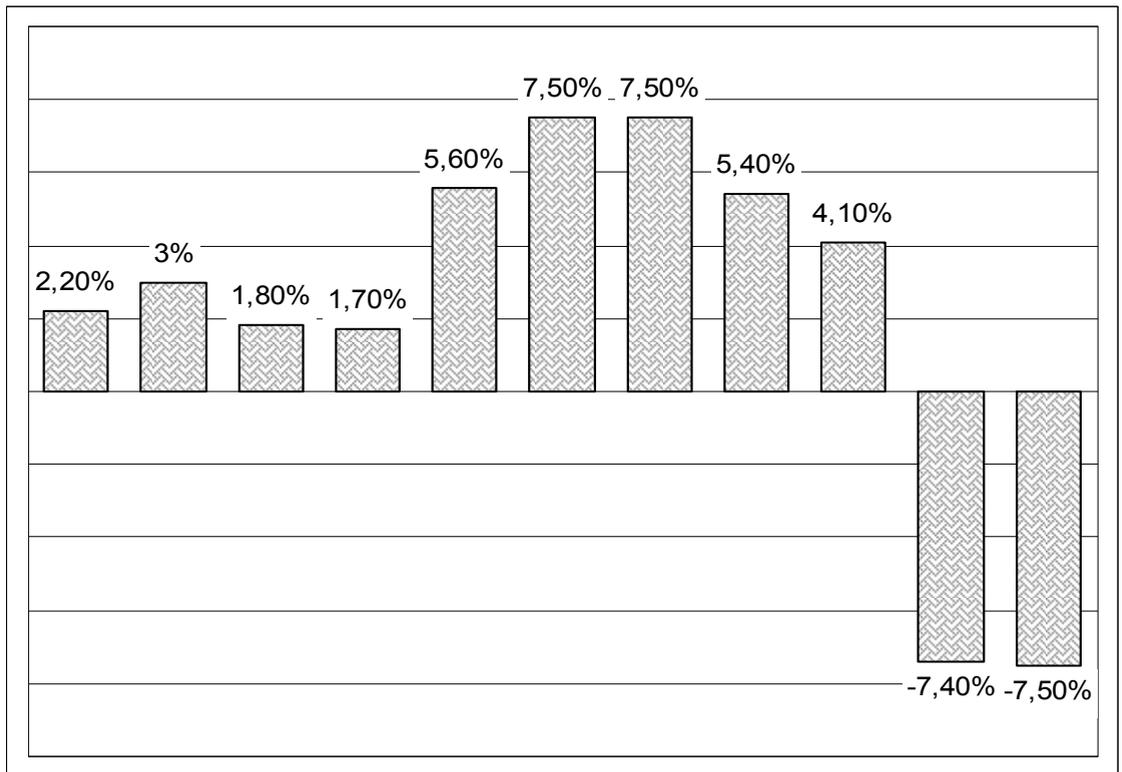
Wettbewerbsfähigkeit der russischen verarbeitenden Industrie und die starke gegenseitige Abhängigkeit der verschiedenen Produktionsbereiche.

Budgetdefizit

Im Jahrzehnt vor dem Ausbruch der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise wies der russische Staatshaushalt kontinuierlich Überschüsse auf, die im Jahre 2007 rund 5% des BIP ausmachten. Obwohl die Einnahmen aus dem Öl- und Gasgeschäft rund die Hälfte des russischen Staatsbudgets und fast zwei Drittel der Deviseneinnahmen betragen, waren die treibenden Kräfte für die Verbesserung der Finanzlage nicht hohe Energiepreise – vor 1999 lagen diese ja niedrig –, sondern erhöhte Budgetdisziplin, Ausgabenkürzungen und schärfere Anwendung von Steuergesetzen.²³ Vor der Krise plante die Regierung sogar, nur noch gut die Hälfte ihrer Einnahmen aus

dem Öl- und Gassektor, die bislang in den Haushalt geflossen waren, in künftige Budgets einzustellen, was allerdings schon 2007 zu einem Budgetfehlbetrag von über 3 Prozent des BIP geführt hätte. Derartige Absichten wurden durch die Krise zunichte gemacht.²⁴ Aufgrund drastisch fallender Öl- und (mit sechsmonatiger Verzögerung) Gaspreise und damit sinkender Einnahmen aus dem Öl- und Gasexport, Schrumpfen der nicht öl- und gasgebundenen Steuereinnahmen und erhöhter Staatsausgaben, um die binnenwirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der globalen Krise aufzufangen, rutschte der russische Haushalt ins Defizit (siehe Schaubild 5).²⁵

Schaubild 5 – Der russische Staatshaushalt 2000 – 2010 (Überschuss oder Defizit in Prozent des Haushalts)



Quelle: Rosstat

Die russische Regierung musste ihre Haushaltsansätze für 2009 revidieren. Im April des Jahres stellte sie ein neues Budget auf, das auf der Basis eines niedrigen Ölpreises von 41 USD pro Barrel beruhte und eine Verringerung der Einnahmen von 21,2% auf 16,6% des BIP

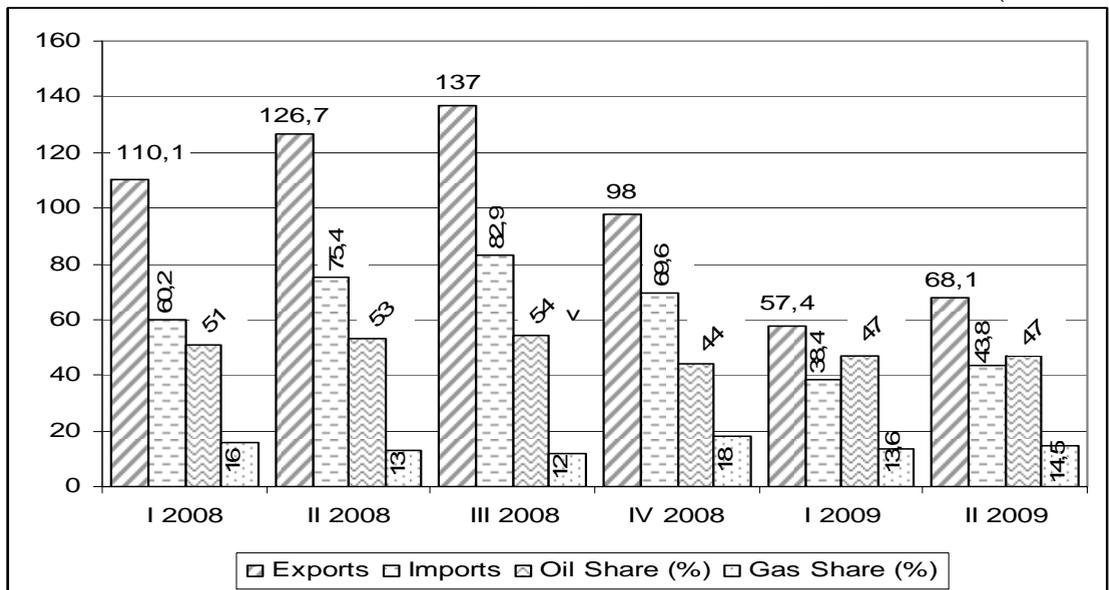
(6,72 Billionen Rubel, umgerechnet 190 Mrd. USD) vorsah.²⁶ Gleichzeitig plante sie, die Ausgaben um 30% auf 9,69 Billionen Rubel (270 Mrd. USD) zu erhöhen – mit dem Ergebnis, dass das Haushaltsloch 2,98 Billionen Rubel oder 7,4% des BIP betrug.

Abschwächung des Außenhandels

Die globale Krise wirkte sich auch negativ auf den russischen Außenhandel aus. Während dieser noch bis zum dritten Quartal 2008 anstieg, begann er danach erheblich zu fallen. Dies betraf sowohl den Export als auch den Import (siehe Schaubild 6). Obwohl das Ausfuhrvolumen im ersten Halbjahr 2009 stärker fiel als die Einfuhren – 47% gegenüber 40% – gelang es Russland dennoch, über das ganze Jahr gesehen, eine positive Handelsbilanz zu bewahren.²⁷ Allerdings war die Größe des Rückgangs enorm: Im Vergleich zum Vorjahr ging der Handelsaustausch 2009 um ganze 36,2% zurück –

bei den Ausfuhren um 35,5% auf 301,7 Mrd. USD und bei den Einfuhren um 37,3% auf 167,4 Mrd. USD. Diese Entwicklung war das Ergebnis fallender Nachfrage und infolgedessen niedriger Weltmarktpreise für Rohstoffe, die mehr als 90% des russischen Exports ausmachen.²⁸ Nicht nur der Wert der russischen Ausfuhren war rückläufig, auch ihr Volumen, das im ersten Quartal 2009 um 35% sank. Der Niedergang der Importe hing wesentlich von der Abwertung des Rubels ab, was die Preise für Einfuhrprodukte auf dem Binnenmarkt verteuerte. Die Binnennachfrage schwächte sich ab.

Schaubild 6 – Russlands Außenhandel, 1. Quartal 2008 – 2. Quartal 2009 (in Mrd. \$)



Quelle: Rosstat

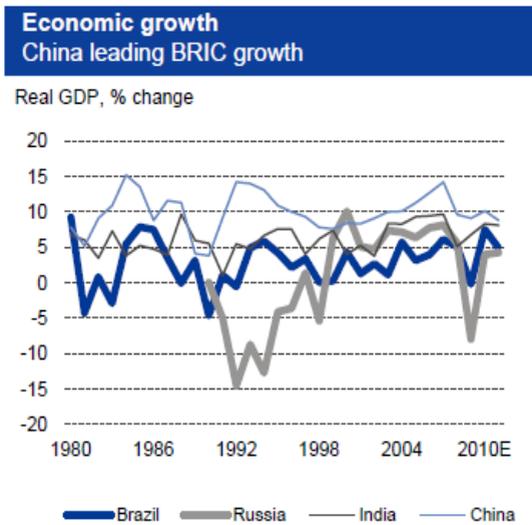
Zudem fuhr die Regierung einen protektionistischen Kurs im Außenhandel

Russland im Vergleich zu den anderen BRIC-Ländern

In den anderen BRIC-Ländern nahm die Entwicklung einen unterschiedlichen Verlauf: China und Indien konnten 2009 weiterhin kräftige Zuwächse des BIP verzeichnen, China – 11,9% (2008) und

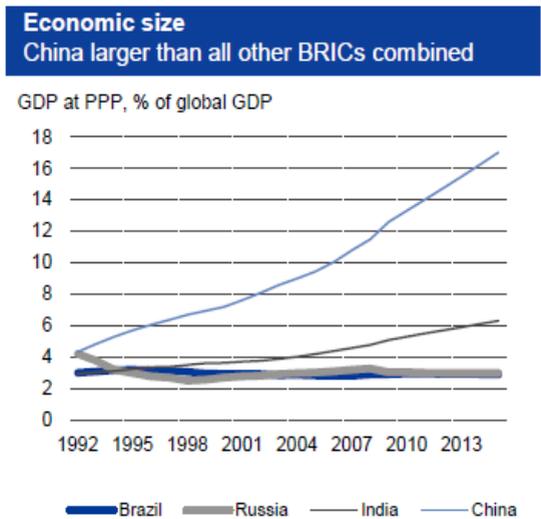
9% (2009); Indien – 11,9% (2008) und 9% (2009); auch Brasiliens Volkswirtschaft wuchs in den Jahren 2008 (9,0%) und 2009 (7,4%) (siehe Schaubild 7).²⁹

Schaubild 7 – Zuwachsraten des BIP der BRIC-Länder (1980-2010)



Source: DB Research

Schaubild 8 – BIP der BRIC-Länder nach Kaufkraftparität (1992-2013)



Source: IMF WEO as of October 2010

Die oben zitierte Prognose Schuwalows, dass Russland auf den sechsten Rang auf der Liste der größten Volkswirtschaften der Welt vorrücken würde, bestätigte sich zwar für den Stellenplatz nach Kaufkraftparität, allerdings keineswegs nach Wechselkursen, wo Russland hinter solchen mittleren Mächten wie Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien und sogar Kanada mit seinen 34 Mio. Einwohnern auf Platz 10 liegt (siehe Tabelle 1).

Der Abstand Russlands zu China und Indien ist ganz erheblich. China bleibt

Spitzenreiter. Sein BIP ist heute schon größer als das aller anderen BRIC-Länder zusammen genommen (siehe Schaubild 8), und der Abstand zu Russland wird sich nach Schätzungen der Weltbank und des IMF weiter vergrößern (ebenfalls Schaubild 8). Dem staatlichen russischen statistischen Dienst Rosstat zufolge, ist Russlands GDP im 1. Quartal 2011 lediglich um 4,1% gewachsen.³⁰ Dies ist ungefähr die Größe (4%), welche die Weltbank und der IMF als BIP-Zuwachsrates für die nächsten Jahre erwarten.³¹

Tabelle 1 – Rangliste der größten Volkswirtschaften der Welt (Berechnungen für 2010)

Land	Anteil am Welt-BIP in % nach Wechselkursen	Anteil am Welt-BIP in % nach Kaufkraftparität (Rang)
1 USA	23,6	20,2 (1)
2 China	9,3	13,3 (2)
3 Japan	8,7	5,8 (3)
4 Deutschland	5,3	3,9 (5)
5 Frankreich	4,1	2,9 (8)
6 Großbritannien	3,6	3,0 (7)
7 Brasilien	3,3	2,9 (9)
8 Italien	3,3	2,4 (10)
9 Kanada	2,5	1,8 (14)
10 Russland	2,4	3,0 (6)
11 Indien	2,3	5,3 (4)
12 Spanien	2,2	1,9 (13)
13 Mexiko	1,6	2,1 (11)
14 Korea	1,6	2,0 (12)
15 Indonesien	1,1	1,4 (15)

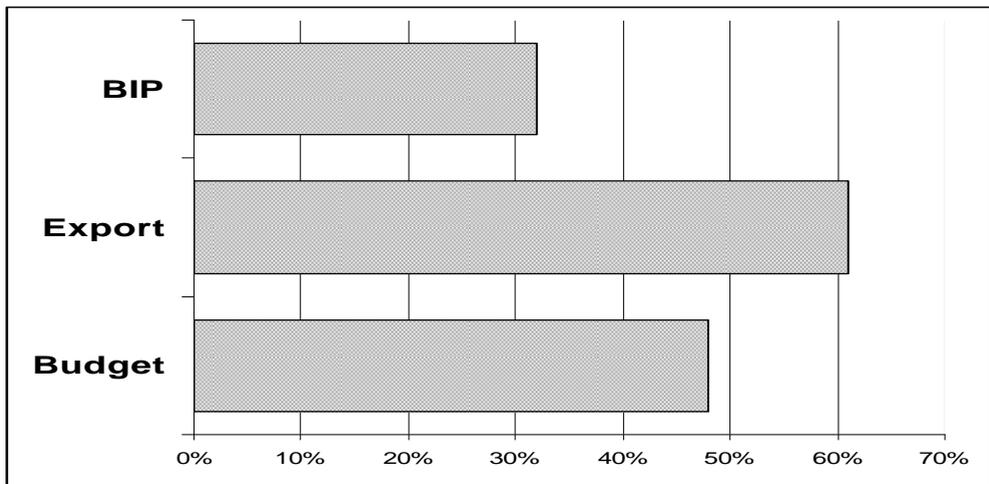
Quelle: Deutsche Bank Research

Abhängigkeit der russischen Wirtschaft vom Ölpreis

Einer der wesentlichen Gründe für die unterschiedliche Entwicklung in Russland im Vergleich zu den anderen BRIC-Ländern war die seit der Sowjetära ungebrochene Abhängigkeit der russischen Wirtschaft und des Finanzsystems von Rohstoffexporten, insbesondere von den Deviseneinnahmen aus dem Öl- und Gasexport. Vor der Krise betrug ihr Anteil fast zwei Drittel der Exporte insgesamt und die daraus erzielten Einnahmen deckten rund die Hälfte des Staatsbudgets (siehe Schaubild 9).³² Der Öl- und Gassektor machte rund ein Drittel des russischen Bruttoinlandsprodukts aus (siehe Schaubild 9).³³ Es war infolgedessen unvermeidlich, dass der Fall des Ölpreises von 150 USD pro Barrel Rohöl im Juli 2008 (s.o.) auf 50 USD im Januar 2009 (53 USD im Jahresdurchschnitt 2009) Schockwirkungen auslösen

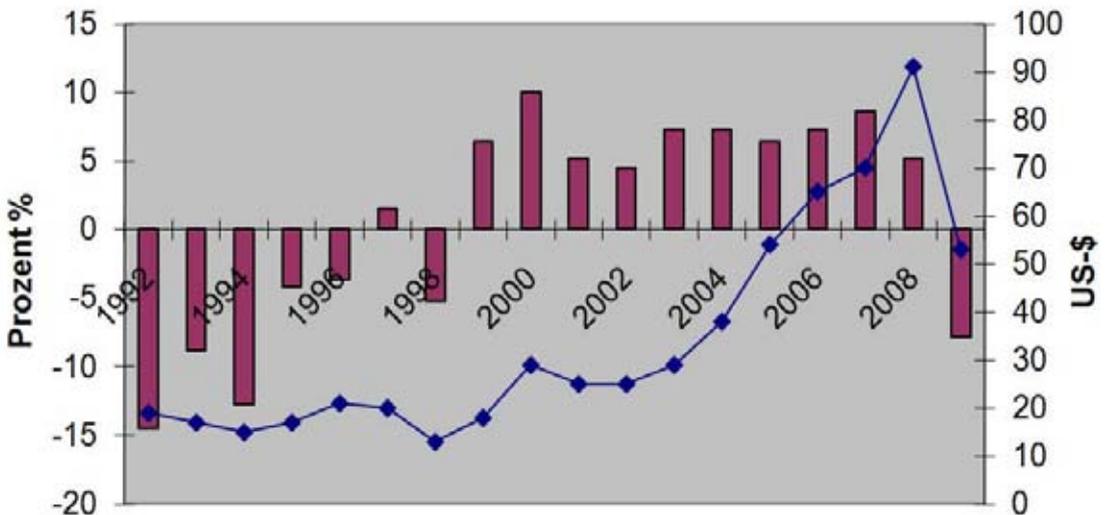
würde. Dieses Faktum bestätigte noch einmal die enge Korrelation zwischen der Entwicklung des Ölpreises und dem russischen Bruttoinlandsprodukt (siehe Schaubild 10). Allerdings war der Fall des Ölpreises nicht der einzige Faktor, welcher für den tiefen Einbruch der russischen Wirtschaft verantwortlich war. Ausländische Anleger zogen massiv Kapital aus Russland ab, um ihre eigene Liquidität zu verbessern, und Kapital russischer Wirtschaftssubjekte verließ fluchtartig das Land. Die westlichen Kreditgeber bemühten sich nicht nur, die Schulden in Russland einzutreiben – über 140 Mrd. USD im Jahre 2008 und 150 Mrd. USD im darauffolgenden Jahr –, sie sahen auch davon ab, russischen Wirtschaftssubjekten weiterhin Kredite einzuräumen, welche die Wirtschaftsmaschinerie in Gang gehalten hatten.

Schaubild 9 – Anteile aus den Öl- und Gaseinnahmen am Staatshaushalt, Export und Bruttoinlandsprodukt (in Prozent)



Quellen: Zur Bedeutung der Öl- und Gaseinnahmen für das Staatsbudget: Russian State Budget, GlobalSecurity.org, <http://www.globalsecurity.org/military/world/russia/budget.htm>; zum Anteil von Öl- und Gas am russischen Export: Peterson Institute for International Economics, http://www.piie.com/publications/chapters_preview/4242/04iie4242.pdf; zum BIP: TNK-BP Research, <http://www.tnk-bp.ru/upload/iblock/713/TNK-BP-Brochure-2006-eng.pdf>

Schaubild 10 – Wachstumsrate des BIP (in Prozent gegenüber Vorjahr; Balken) und Ölpreis (in US Dollar pro Barrel; Liniendiagramm)



Quellen: Zur Entwicklung des Ölpreises: Financial Trend Forecaster, http://www.fintrend.com/inflation/inflation_rate/Historical_Oil_Prices_Table.asp; zum Bruttoinlandsprodukt: CIA Factbook

Die globale Krise wirkte sich nicht nur auf das russische Wirtschafts- und Finanzsystem aus, sondern auch auf die Politik.

Auswirkungen auf die russische Politik

Eine der wichtigen Auswirkungen der Krise auf die russische Innen- und Wirtschaftspolitik war die Verstärkung der von Putin „ohne jegliche Übertreibung“ geäußerten Sorge über Russlands Abhängigkeit von importierten Waren und Technologie und seiner Rolle als Rohstofflieferant. Er forderte umfassende Veränderungen, weil andernfalls „die Existenz Russlands aufs Spiel gesetzt würde“ (s.o.). Diese Thematik machte Medwedjew unter dem Schlagwort der Modernisierung zum zentralen Thema seiner Amtsführung. Im September 2009 veröffentlichte er eine Art Modernisierungsmanifest mit dem Titel „Vorwärts, Russland!“.³⁴ Der Artikel in Form eines Aufrufs an russische Bürger, sich mit Vorschlägen zur notwendigen Modernisierung des Landes an einer Diskussion zu beteiligen, enthielt eine in beißendem Tonfall gehaltene, schonungslose Kritik an der jahrhundertelangen Rückständigkeit Russlands, seine „primitive Rohstoffwirtschaft“ und „erniedrigende Rohstoffabhängigkeit“ sowie Klagen über „chronische Korruption, ineffektive Ökonomie, halbsonjetisches Sozialsystem, demografischen Niedergang ...“. Derartige vernichtende Charakterisierungen setzte er in seiner Rede zur Lage der Nation vom 12. November 2009 fort, wo er ein „Russland der Vergangenheit“ skizzierte, aber eigentlich das der Gegenwart meinte, welches eine „archaische Gesellschaft aufweist, in der Führungspersonen für alle denken und entscheiden“ und Handeln „chaotisch und von Nostalgie und Vorurteil diktiert“ sei.³⁵

Schto delat'? Was also ist Medwedjew zufolge zu tun? Ein neues, modernes Russland müsse geschaffen und eine

umfassende Modernisierung vorgenommen werden. Dazu liefert er eine Definition von Modernität als eine „veränderliche Größe. Diese ist nicht das Endstadium einer Entwicklung, in der man sich ausruhen und erholen kann, sondern das Gegenteil. Eine wirklich moderne Gesellschaft bemüht sich um ständige Erneuerung, fortwährende evolutionäre Transformation gesellschaftlicher Praktiken, demokratischer Institutionen und Visionen der Zukunft [...], die auf schrittweise, aber unumkehrbare Veränderungen in technologischen, wirtschaftlichen und kulturellen Bereichen sowie auf ständige Verbesserung der Lebensqualität zielt.“

Im Zentrum der notwendigen Modernisierungsbemühungen steht bei Medwedjew der wirtschaftliche Bereich. Es müssten „Lehren aus den Ereignissen der vergangenen Zeitperiode [hoher Ölpreise] gezogen werden“. Viele hatten sich damals „Illusionen gemacht, dass man strukturelle Reformen auf schieben“ und mit der prioritären Entwicklung der Rohstoffwirtschaft weiter machen könne. Jetzt aber gehe es darum „unverzüglich die Modernisierung und technologische Erneuerung des ganzen Produktionsbereiches in Angriff zu nehmen“.³⁶ Innovationen sollen in fünf Schlüsselbereichen vorgenommen und in denen besondere Zukunftschancen für die russische Wirtschaft vermutet werden: Effiziente Energienutzung und Umweltschutz, Informationstechnologie, Raumfahrt, Kerntechnik und Biomedizin. Die russische Regierung soll in den Aufbau des Projektes knapp drei Milliarden Euro vornehmlich für die Infrastruktur investieren und High-Tech-Firmen aus dem In- und Ausland für eine Beteiligung gewinnen.

Wie schon in Putins 2020-Projekt, sollen sich staatliche und private Initiativen ergänzen. Dabei nimmt Medwedjew – beziehungsweise sein Beraterstab – ganz offensichtlich die USA als Innovationsvorbild, wobei allerdings unklar ist, ob der Präsident selbst sich der Unterschiede bewußt ist. So will er Universitäten zu sogenannten „Business-Inkubatoren“ umfunktionieren, die Absolventen die Möglichkeit geben sollen, ihre wissenschaftlich erarbeiteten Ideen in profitablen Unternehmen zu nutzen. Ganz ähnlich verhält es sich mit dem Projekt, für das Medwedjews Modernisierungskampagne am meisten in Verbindung gebracht wird, *„die Gründung eines herausragenden Forschungs- und Entwicklungszentrum, das sich auf die Unterstützung absolut aller prioritären Felder konzentriert [...] eines modernen Technologiezentrums nach dem Beispiel des Silicon Valley und anderen ausländischen Zentren, wenn Sie so wollen. Dort werden die Bedingungen geschaffen, die führenden Forschern, Ingenieuren, Konstrukteuren, Programmierern, Managern und Financiers attraktive Arbeitsmöglichkeiten bieten; neue Technologien werden entwickelt, die in der Lage sind, auf dem Weltmarkt zu konkurrieren.“*

Das Forschungszentrum soll in dem Ort Skolkowo rund 20 km westlich des Moskauer Stadtzentrums entstehen und sich genau auf die fünf High-Tech-Bereiche konzentrieren, die der Präsident vorgab.³⁷ Gemäß Wladislaw Surkow, einem der stellvertretenden Leiter der Präsidentschaftsverwaltung, sollen im russischen Silicon Valley *„nur die größten und modernsten Unternehmen ihren Sitz haben“* und mindestens *„zwei, drei, vier Nobelpreisträger“* dort arbeiten.³⁸ Medwedjew wählte Skolkowo aus landesweit achtzehn Standortvorschlägen aus, weil die *„Innovations-Stadt“* („Innograd“) nahe bei Moskau liegen soll und die Regierung dort mit

einer Außenstelle des staatlichen Forschungsinstitutes der Landwirtschaft über 307 Hektar eigenes Land verfügt. In Skolkowo wurde zudem 2006 eine Managementschule gegründet, deren Aufsichtsratspräsident Medwedjew ist.³⁹

Ebenfalls wie bereits von Putin in seiner „Entwicklungsstrategie 2020“ vorgegeben, zieht sich durch Medwedjews Modernisierungsansatz die Erkenntnis, dass der Staat (unter Putin) zu viele Aufgaben übernommen habe und seine Verwaltungsorgane ineffizient und korrupt sind. Infolgedessen sollen zumindest einige der sogenannten „Staatskorporationen“, große industrielle Komplexe, die in der zweiten Amtshälfte Putins gebildet und die Modernisierung einzelner Industriebranchen vorantreiben sollten, aufgelöst werden.

Ein weiterer Schritt zur Einschränkung der Rolle des Staates, Förderung von Privatinitiative und Herstellung größerer Transparenz ist Medwedjews Forderung, dass Minister der Regierung, die in Aufsichtsratsgremien großer Konzerne in ihrem Verantwortungsbereich vertreten sind, ihre (lukrativen) Posten aufgeben müssen.⁴⁰

Schließlich fordert Medwedjew (wie schon Putin zu Beginn seiner Amtszeit) einen entschlossenen Kampf gegen die in allen Teilen der Gesellschaft, in der Justiz, der Verwaltung, dem Staatsapparat und auch im Hochschulbereich weit verbreitete Korruption.

Derartige Forderungen sind Teil der Erkenntnis, dass eine erfolgreiche Modernisierung ohne gesellschaftlichen Wandel nicht möglich ist. Wie aber verhält es sich mit *politischen* Veränderungen?

Medwedjew charakterisiert sein Modernisierungsvorhaben als das erste in der russischen Geschichte, *„das sich auf demo-*

kratische Werte und Institutionen gründet“.⁴¹ Igor Jurgens, Direktor des Instituts für Gegenwartsentwicklung (INSOR) und einer der engsten Berater des Präsidenten für Modernisierungsfragen und zum damaligen Zeitpunkt noch Hoffnungsträger einer möglichen Kandidatur und Wiederwahl Medwedjews 2012 war überzeugt, dass sein Mentor „eine Modernisierung des politischen Systems durchsetzen will“ und diese auch „notwendig ist, um wirkliche Fortschritte für Russland zu erzielen“.⁴² Dieses System, müsse liberal und demokratisch verfasst sein.⁴³ Medwedjew selbst hielt sich allerdings in seinem Modernisierungsmanifest bedeckt. Er machte eine Reihe von Vorschlägen, wie demokratische Prozeduren auf kommunaler Ebene verbessert werden sollten, von wesentlichen Veränderungen des politischen Systems auf nationaler Ebene war allerdings nicht die Rede. Er ging lediglich auf das Parteiensystem ein und stellte (zu Unrecht) fest, dass „die politische Vielfaltigkeit unserer Gesellschaft durch die Struktur unseres Mehrparteiensystems bestimmt wird. Heute können wir sagen, dass das Mehrparteiensystem, das sich in der gesamten Föderation entwickelt hat, eine stabile, gut funktionierende, nationale politische Institution und wesentliches Instrument ist, um die fundamentalen Rechte und Freiheiten unseres Volkes, einschließlich seines alleinigen Rechts auf Macht, zu garantieren. Die in unserem Land wirkenden politischen Parteien [...] haben das Vertrauen der Wähler erworben, und sie sind zu Massenparteien geworden.“⁴⁴ [...] Ihre Programme spiegeln das gesamte Spektrum der politischen Ansichten wider.“⁴⁵

Vage und wortkarg spricht er davon, dass „viele Aspekte [welche?] des politischen Lebens kritisiert worden sind“ (von wem?), und er selbst prangert die bestehende Gesellschaft wegen ihres „geringen Maßes an politischer Kultur“ sowie dem „Fehlen

alternativer Vorschläge zu bestimmten [welchen?] Fragen der sozio-ökonomischen Entwicklung“ an. Demgegenüber kommen die Regierung und die Regierungspartei Einiges Russland ungeschoren davon. Nur am Rande geht er auf ein für Putins „gelenkte Demokratie“ typisches Demokratiedefizit ein, wenn er einräumt, es sei „auf Probleme mit der Organisation von Wahlen hingewiesen“ worden. Diese kryptische Randbemerkung sollte sich wohl auf die eklatanten Wahlfälschungen bei den Kommunalwahlen vom Oktober 2009 beziehen, die dazu geführt hatten, dass die Kreml-Partei trotz erheblicher Einbußen den größten Anteil der Stimmen für sich verbuchen konnte. Aus Protest gegen den Betrug verließ die Opposition in einer der darauffolgenden Parlamentssitzungen den Sitzungssaal. Die Kommunalwahlen seien „unfair“ gewesen, beklagten sich die Oppositionsparteien, und ihre Anhänger seien vor Ort durch Erpressungen und Drohungen „erwürgt und unterdrückt“ worden.⁴⁶ In der Hauptstadt Moskau konnten wegen der unter Putin eingeführten Sieben-Prozent-Hürde und Abschaffung von Direktmandaten nur zwei Parteien ins Stadtparlament einziehen – Einiges Russland mit 65,8 % der Stimmen und die Kommunisten mit 13,2 %. Die übrigen Parteien, darunter Gerechtes Russland und die liberale Jabloko-Partei, scheiterten an der Hürde.⁴⁷

Die vagen Andeutungen Medwedjews weisen noch einmal auf drei zentrale Fragen des politischen Diskurses hin, erstens, ob und inwieweit grundlegende Veränderungen des politischen Systems zur wirksamen Modernisierung der Wirtschaft notwendig sind; zweitens, ob es an der Führungsspitze, wie manche russische und westliche Analysten annehmen, zwei Modernisierungskonzepte gibt, ein „technokratisches“, von Putin 2010 in seiner Entwicklungsstrategie vorge-

zeichnete und weiter von ihm befürwortetes und ein „demokratisches“, von Medwedjew bevorzugtes. Diese Fragen werden weiter unten im Einzelnen behandelt.

Die globale Wirtschafts- und Finanzkrise wirkte sich auch auf die russische Außen- und Sicherheitspolitik aus – zumindest atmosphärisch und konzeptionell –, wie weitreichend und nachhaltig auch in der Praxis, ist eine andere Frage. Atmosphärisch war eine der Folgen die Abschwächung des „Großmacht“-Geredes und -Gehabes der Repräsentanten des Kremls. Konzeptionell, so Medwedjew in seinem Modernisierungsmanifest, müsste die Außenpolitik in den Dienst der Modernisierung des Landes gestellt werden. Dabei ginge es *„nicht nur um konkrete Hilfe für russische Unternehmen im Ausland und die Anstrengungen zur Einführung von Qualitätsmarken einheimischer Waren und Dienstleistungen, sondern auch um die Heranziehung ausländischer Investitionen und moderner Technologien in Russland.“* Dazu müsse das Außenministerium ein *„Programm zur effektiven Nutzung der außenpolitischen Faktoren [...] vorbereiten“*.

Dieser Forderung entsprechend, verfasste das Ministerium ein Grundsatzdokument unter dem wörtlich von Medwedjew vorgegebenen Titel *„Programm für die effektive Nutzung außenpolitischer Faktoren [...] mit dem Ziel langfristiger Entwicklung Russlands.“*⁴⁸ Das umfangreiche Dokument orientiert sich entsprechend der konservativen Grundhaltung des Ministeriums und seines Chefs an traditionellen Vorstellungen. In seinem Begleitschreiben an den Präsidenten verleiht Lawrow noch einmal seiner Sicht Nachdruck, die globale Finanzkrise sei eine Konsequenz des *„auf den Westen zentrierten Systems der globalen Regierungsführung unter der Vorherrschaft der*

USA“. Allerdings habe sich die Dominanz des Westens in der Weltpolitik und Weltwirtschaft *„abgeschwächt“*. Dies gebe Russland die Möglichkeit, Bemühungen, wie sie beispielsweise in Form der Zusammenkünfte der G-7, anstatt der G-8 oder G-20 gemacht würden, künftig auszuschließen und eine *„multipolare Diplomatie“* einzuschlagen. Er ignoriert die spezifischen Auswirkungen der globalen Krise auf Russland und betont stattdessen, dass ihre Folgewirkung, das *„Modernisierungsimperativ alle Staaten ohne Ausnahme“* beträfe.

Im Rahmen der multipolaren Ausrichtung der russischen Außenpolitik, die Lawrow fordert, spielt Europa eine besondere Rolle. Dies äußert sich in seiner Überzeugung, dass sich in der Krise herausgestellt habe, dass *„der Staat das wichtigste Instrument für die Verteidigung und den Ausgleich der Interessen des Einzelnen und der Gesellschaft ist“* und das *„sozial orientierte Modell ökonomischer Entwicklung Westeuropas seine Widerstandsfähigkeit unter Beweis gestellt hat“*. Er weist auch auf die neuen Möglichkeiten des *„Zusammenwirkens mit äußeren Quellen der Modernisierung“* hin, wozu er vor allem die *„Schaffung von ‚Modernisierungsbündnissen‘ mit unseren wichtigsten westeuropäischen Partnern und der Europäischen Union“*, aber auch das *„technologische Potential der USA“* rechnet.⁴⁹

Im Dokument selbst werden ganz offen die wirtschaftlichen und insbesondere technologischen Interessen und Ziele Russlands (aus der Sicht des Außenministeriums) in mehr als 60 (!) Staaten auf allen Kontinenten der Welt formuliert. In Bezug auf Europa wird der bisher eingeschlagene Kurs der Privilegierung bestimmter EU-Mitgliedsländer bestätigt: *„Vorrangige Aufmerksamkeit“*, heißt es dort, soll der *„Zusammenarbeit mit denjenigen EU-Ländern gewidmet werden, die*

gegenüber Russland positiv eingestellt sind, vor allem mit Deutschland, Frankreich, Italien und Spanien. [...] Das französisch-deutsche ‚Tandem‘ [soll] dazu genutzt werden, ausgewogene und konstruktive Ansätze in den Beziehungen Europas zu Russland zu verstärken“. Im Einzelnen soll die russische Diplomatie in Europa im Rahmen der EU-Russland „Modernisierungspartnerschaft“ darauf hinwirken, Investitionen und hochqualifizierte Spezialisten anzuziehen und wissenschaftlichen Austausch zu fördern sowie russische Wissenschaftler an Forschungsvorhaben der EU zu beteiligen. In den EU-Mitgliedsländern ginge es darum, „mit den Kräften großer russischer Konzerne und unter Beteiligung des Staates Aktiva von Banken, Finanzinstitutionen und Industriefirmen zu erwerben“, „vorteilhafte kooperative Beziehungsmuster zu entwickeln“ und „innovative sowie hochtechnologische Produktion nach Russland zu transferieren“.

Bei der Verwirklichung derartiger Ziele und der „gegenseitigen Durchdringung der Wirtschaft“ sei wiederum Deutschland „zentrale Aufmerksamkeit“ zu widmen. So solle die russische Regierung

- die wachsende russisch-deutsche Zusammenarbeit beim *Erdgas* – insbesondere das Nord Stream Projekt – politisch unterstützen und sich bemühen, EU-Finanzmittel für dieses Projekt einzuwerben. Zudem soll sie die Zusammenarbeit zwischen Gazprom und deutschen Partnern fördern, so vor allem mit Wintershall und ihrer Mutter BASF, desgleichen auch Vorhaben wie den Bau von Erdgaspipelines in Deutschland und die Bildung von Gemeinschaftsunternehmen, um russisches Gas an deutsche Kunden liefern zu können.
- die Zusammenarbeit in der *Atomenergie* unterstützen, vor allem im Rahmen der

vom russischen Staatskonzern Rosatom und der deutschen Siemens AG unterzeichneten Vereinbarung über die Gründung eines Gemeinschaftsunternehmens mit dem Ziel, Atomkraftwerke auf der Basis russischer und deutscher Technologie zu modernisieren und in Drittländern zu vermarkten.

- die Kooperation bei der Entwicklung *energiesparender und energieeffizienter Technologien* verbreitern und die Arbeit der Russisch-Deutschen Energieagentur (RUDEA) fördern. Dies betreffe insbesondere die Verwirklichung eines Projekts mit Siemens in Jekaterinburg und eines anderen Vorhabens (Errichtung eines Windparks) in Krasnodar.
- mithelfen, die Teilnahme Russlands als Hauptpartner bei der Entwicklung eines *Röntgenlasers* auf der Basis freier Elektronen (XFEL) in Hamburg und der Schaffung eines europäischen *Zentrums für die Beschleunigung schwerer Ionen* (FAIR) in Darmstadt sicherzustellen.
- die Zusammenarbeit beim *Flugzeugbau* fördern, insbesondere den Bau des Transportflugzeugs Airbus A-350 auf der Basis des Airbus A-320 vorantreiben.
- in der *Automobilindustrie* die Produktion deutscher Automobile der Firmen Volkswagen, Daimler und BMW in Russland sowie die Entwicklung und Produktion von Komponenten für Kraftfahrzeuge dieser Firmen unterstützen.
- im *Eisenbahnwesen* dazu beitragen, zwischen den Russischen Eisenbahnen, der Deutschen Bahn und Siemens ins Auge gefasste Projekte wie den Bau von Hochgeschwindigkeitszügen und

die Verbesserung des Schienentransports zwischen Europa und der asiatisch-pazifischen Region zu verwirklichen.

Diese umfangreiche Auflistung von bereits laufenden und möglichen Projekten unterstreicht noch einmal den besonderen Beitrag, den das russische Außenministerium Deutschland für die Modernisierung Russlands beimisst. Ebenso deutlich ist, dass das Ministerium dabei die „*technologische*“ Variante jeglicher Veränderung im Auge hat. Es ist so, als hätte ausschließlich das russische Wirtschaftsministerium das „Programm“ für die

Nutzung außenpolitischer Faktoren zusammengestellt. Das Dokument offenbart allerdings nicht die ebenso große Rolle, die Deutschland bei der Entwicklung des Konzepts der Modernisierungspartnerschaft und für seine Übernahme bei der EU spielte. Allerdings, wie noch zu zeigen ist, sind die Inhalte des in Berlin entwickelten und von Brüssel übernommenen Vorstellungen nicht mit denen des Moskauer „Programms“ identisch. Sowohl im deutschen wie auch im europäischen Ansatz wird Modernisierung sehr wohl als ein Konzept aufgefasst, das *Werte* beinhaltet.

EU-Russland und deutsch-russische „Modernisierungspartnerschaft(en)“

Der deutsche Ansatz zu einer Modernisierungspartnerschaft mit Russland geht auf die zweite Hälfte des Jahres 2007 zurück. In diesem Zeitraum erarbeiteten Russland-Experten der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin und des Planungsstabs sowie der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amts Russland betreffende Entwicklungsszenarien. Drei Szenarien wurden analysiert und mit Optionen verbunden, die sich daraus für die deutsche und europäische Politik ergeben würden. Das etwa 40 Seiten starke Dokument wurde im Dezember desselben Jahres Frank-Walter Steinmeier (SPD), dem Chef des Auswärtigen Amts, vorgelegt und bildete eine der wesentlichen Grundlagen für die Ausrichtung der Russland-Politik Berlins nach dem Georgienkrieg.⁵⁰

Ein erstes Szenario führte innen- und wirtschaftspolitisch „*von der Stabilität in die Stagnation*“. Für die deutsche und europäische Politik würde dies eine Politik der „*selektiven Partnerschaft*“ bedeuten. Zusammenarbeit würde ein „*konfrontatives, gegenseitiges Cherry Picking* beinhalten“,

also Rosinenpicken, in dem jede Seite nur dann mitspielt, wenn es ihr gerade passt. Das Papier warnt energisch davor, Russland in einer solchen Situation „*die kalte Schulter*“ zu zeigen: „*Gerade für die reformbereiten Kräfte innerhalb des russischen Establishments wären Deutschland und die EU, nicht die USA oder China, die natürlichen Partner in Not.*“ Zu dieser Rücksichtnahme würde auch der Verzicht auf eine „*Forcierung der Aufnahme Georgiens*“ in die NATO gehören, denn die würde die Reformer zugunsten der Nationalisten in Russland schwächen. Gleichzeitig müsse Moskau aber klagemacht werden, dass auch eine selektive Zusammenarbeit keine Einbahnstraße sei: „*Für die Lieferung (der für die Modernisierung Russlands unabdingbaren) westlichen Technologie müssten in jedem Fall Gegenleistungen eingefordert werden.*“

Die zweite Variante war die Entwicklung hin zu einem „*autoritär-imperialen Russland*“. Mit einem solchen Land könne Europa auf Dauer allerdings eine „*strategische Partnerschaft nicht mehr aufrechterhalten*“. Für diese Variante hielten

Steinmeiers Planer eine „*Anerkennung bis hin zur Annexion Abchasiens und Südossetiens*“ durch Russland bereits für möglich – und erwogen drastische Gegenmaßnahmen: Der Westen müsste den „*russischen außenpolitischen Zumutungen*“ durch eine Stärkung von EU und Nato begegnen. Eine „*stärkere Anbindung Georgiens an euroatlantische Strukturen*“, so das Papier, stünde „*auf der Tagesordnung*“. Allerdings warnten die Berater von Außenminister Steinmeier gleichzeitig davor, eine Abschottung Russlands mit eigenen Abgrenzungsmaßnahmen zu beantworten. Sie empfahlen vielmehr, auch beschränkte Kooperationsansätze zu nutzen, um „*einen Fuß in der Tür zu behalten*“.

Das beste Entwicklungsszenario, genannt das „*russische Davos*“, wäre die „*effiziente Modernisierung des Landes*“. Sie wäre mit einer Integration in die Weltwirtschaft und der „*sukzessiven Annäherung an europäische Normen wie Rechtsstaatlichkeit verbunden*“. Um Russland enger an den Westen zu binden, sollte die „*sicherheitspolitische Überforderung einer russischen Reformregierung zum Beispiel durch eine Nato-Mitgliedschaftsperspektive Georgiens vermieden werden*“. Mit diesem Russland könnte die EU sich sogar eine „*strategische Union*“ vorstellen. Aufgabe deutscher und europäischer Politik sei es, so war zu folgern, die Bedingungen für das Eintreten dieser Entwicklungsvariante mit Hilfe der Gründung einer „*Modernisierungspartnerschaft*“ zu verbessern.

Diesem Ziel diene wohl auch die anscheinend gezielte Indiskretion. Offensichtlich wollte das Auswärtige Amt die nach dem Georgien-Krieg eingetretene Verschärfung der Beziehungen des Westens zu Russland und der von Moskau als „*anti-russisch*“ angesehenen (von Polen und Schweden entwickelten) „*Östlichen Partnerschaft*“ etwas Positives im russisch-europäischen Verhältnis entgegensetzen.

Steinmeier trug die in seinem Amt mit den Russland-Experten der SWP entwickelten Vorstellungen bereits in der sich entwickelnden globalen Wirtschafts- und Finanzkrise und noch vor dem Georgienkrieg bei seinem Besuch in Moskau im Mai 2008 vor.⁵¹ Sowohl der Kreml unter seinem neuen Chef als auch die EU nahmen diese Idee auf – Medwedjew in seinem Modernisierungsmanifest vom November 2009 und die EU im selben Monat auf ihrem Gipfeltreffen in Stockholm. Im Februar 2010 stellte die EU-Kommission Moskau vertraulich einen Entwurf für eine „*Partnership for Modernisation*“ über diplomatische Kanäle zu.⁵² Im Kommissionsvorschlag nahmen „*Werte*“ wie Demokratisierung sowie die Errichtung eines Rechtsstaats den ersten Platz unter den Prioritäten ein.⁵³ Erst an anderen Stellen bot die Kommission Russland Hilfe bei der Verbesserung des Investitionsklimas, Bekämpfung der Korruption und Anpassung an europäische Normen und Standards technischer Art an.⁵⁴ Was Moskau sich also vorgestellt hatte, nämlich ein Projekt zur Verwirklichung „*gemeinsamer Interessen*“, stellte sich wiederum als eine EU-Initiative zur Durchsetzung „*gemeinsamer Werte*“ heraus.

Die erste, noch inoffizielle Reaktion der russischen Regierung war dementsprechend ablehnend. Das Dokument wurde (wohl mit einem sarkastischem Anflug) als „*positiver intellektueller Input*“ gelobt, der „*Werte*“-Ansatz aber dagegen heftig kritisiert. Wladimir Tschisow, Russlands Vertreter bei der EU, machte noch einmal den russischen Standpunkt deutlich: Das Modernisierungsprogramm „*sollte die Aufmerksamkeit auf praktische Fragen richten und keine Diskussionen über die Vorzüge europäischer Werte enthalten*“.⁵⁵ Sein Chef im russischen Außenministerium kündigte entsprechend an: „*Wir beabsichtigen, den konkretesten und bedeutendsten*“

samsten Fragen Vorrang einzuräumen, einschließlich der Wirtschaft, sozialer Probleme, Ausbildung, Wissenschaft, Technologie und Innovation [...]". Zusammenarbeit im Rechtswesen erwähnte er zwar, aber erst an letzter Stelle.⁵⁶ Damit letzte Zweifel an einem ökonomisch auszurichtenden EU-Russland Modernisierungsprojekt beseitigt

würden, wurde die Verantwortung dafür auf russischer Seite dem Wirtschaftsministerium übergeben. Auf dem EU-Russland-Gipfel in Rostow am Don am 31. Mai – 1. Juni 2010 wurde schließlich ein gemeinsames Dokument zur Gründung einer Modernisierungspartnerschaft angenommen.⁵⁷

*“The European Union and Russia, as long-standing strategic partners in a changing multipolar world, are committed to working together to address common challenges with a balanced and result-oriented approach, based on democracy and the rule of law ... In this context, the Partnership for Modernisation will serve as a flexible framework for promoting reform, enhancing growth and raising competitiveness ...”*⁵⁸

„Modernisierungspartnerschaft“: Neu verpackte „Gemeinsame Räume“

Die von der EU und Russland gegründete Modernisierungspartnerschaft wird von den beiden Akteuren als ein „flexibler Rahmen“ bezeichnet, der dazu dienen soll, *“Reformen zu unterstützen, Wachstum zu beschleunigen und Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen”*. Eine andere Definition und Interpretation dieser Partnerschaft wäre allerdings, dass bereits bestehende Foren und Institutionen sowie laufende Projekte der EU und ihrer Mitgliedstaaten lediglich neu verpackt werden sollen. Das lässt sich, um in der EU-Begrifflichkeit zu bleiben, aus den „Instrumenten“ ablesen, die dazu genutzt werden sollen, das Projekt in die Tat umzusetzen. Dazu gehören:

- die „*Dialoge*“ (sectoral dialogues), die zwischen der EU und Russland zur Schaffung eines „Gemeinsamen Raums der Wirtschaft“ geführt werden;⁵⁹
- der *EU-Russia Roundtable of Industrialists – IRT*, der den Beitrag der Privatwirtschaft zur Modernisierungspartnerschaft „koordinieren“ soll;
- *internationale Finanzorganisationen* wie die Europäische Investitionsbank (EIB)

und die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD);

- die zwischen Russland und einzelnen Mitgliedsländern der EU geschlossenen und noch zu schließenden *Modernisierungspartnerschaften*, von denen im Juni 2011 bereits sechzehn existierten.⁶⁰

Die „strategische Partnerschaft“, was immer auch konkret darunter zu verstehen ist, soll dabei nicht ersetzt, sondern der „Modernisierungspartnerschaft“ praktisch übergeordnet sein.⁶¹ Letzterer Begriff hat den Vorteil, dass das Reizwort der „strategischen“ Partnerschaft vermieden wird. Obwohl die Schöpfer der „Modernisierungspartnerschaft“ in Deutschland und in der EU-Kommission diesen Gedanken weit von sich weisen, ist nicht zu übersehen, dass die EU de facto auf russische Vorstellungen eingegangen ist, mit der Wertediskussion als einem angeblich kontraproduktiven Element in den EU-Russland Beziehungen Schluss zu machen und sich auf „pragmatische“ Fragen zu konzentrieren. Das in Rostow angenommene Dokument spiegelt derartige Vorstellungen in den dort aufgelisteten

„Prioritätenfeldern“ (*priority areas*) wider. Zu den entsprechend vorrangig zu lösenden Modernisierungsaufgaben gehöre es,

- *Investitionschancen* in denjenigen Schlüsselfeldern auszuweiten, die Wachstum und Innovation befördern,
- bilaterale *Handels- und Wirtschaftsbeziehungen* zu verstärken und zu vertiefen,
- *kleine und mittlere Betriebe* zu unterstützen;
- die Angleichung von *technischen Normen und Standards* zu intensivieren,
- *geistige Eigentumsrechte* durchzusetzen,
- das *Transportwesen* zu verbessern,
- Wirtschaftsformen zu entwickeln, die nachhaltig und *energieeffizient* sind und auf geringem Verbrauch von Kohlenwasserstoffen basieren sowie internationale Verhandlungen zum Kampf gegen den Klimawandel unterstützen,
- Zusammenarbeit bei der *Innovation, Forschung und Entwicklung* sowie im *Weltraum* zu verstärken,
- ausgewogene Entwicklung dadurch sicherzustellen, dass die regionalen und *sozialen Folgen* wirtschaftlicher Umstrukturierung aufgefangen werden,
- das wirksame Funktionieren des *Rechtswesens* sicherzustellen und den Kampf gegen *Korruption* zu verstärken,
- die *Verbindungen zwischen Menschen* zu fördern
- und den Dialog mit der *Zivilgesellschaft* zu pflegen sowie die Beteiligung von Einzelpersonen und der Geschäftswelt zu fördern.

Diese umfangreiche Liste zeigt dreierlei. Erstens kann von einer Festlegung von „Prioritäten“ keine Rede sein, denn praktisch alles, was die wirtschaftliche Entwicklung in der EU und Russland und die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beiden Akteuren betrifft, ist durch die Aufzählung gedeckt. Zweitens ist offensichtlich, dass zwar die Entwicklung des Rechtswesens und Kontakte zwischen den Zivilgesellschaften erwähnt werden, Fragen der politischen Entwicklung aber ausgeklammert worden sind. Drittens verschleiert die Liste die Tatsache, wie ein nicht genannt werden wollender EU-Beamter treffend bemerkt hat, dass die Modernisierungspartnerschaft „*letzten Endes so etwas wie Transfer in eine Richtung [ist]. Natürlich werden sie [die Russen] die Empfänger sein. Wir sind nicht naiv*“.⁶²

Die Einzelheiten dieses Transfers sind in einem umfangreichen und detaillierten *Arbeitsplan* (work plan) aufgeführt worden, der im Dezember 2010 vorgelegt wurde.⁶³ Gleichzeitig wurde der erste von zwei Berichten (progress reports) über die im Rahmen der PfM ergriffenen Maßnahmen und künftigen Vorhaben vorgelegt, der zweite im Juni 2011.⁶⁴ Allerdings ist es anhand dieser Dokumente kaum möglich, sich ein wirklichkeitstreuere Bild der tatsächlich durchgeführten Maßnahmen, ihrer Bedeutung und ihrer Wirksamkeit sowohl in der EU als auch in Russland zu machen. Skepsis ist aufgrund der Entwicklung der EU-Russland-Beziehungen seit der Ratifikation des 1993-1994 ausgehandelten und 1997 ratifizierten Partnerschafts- und Kooperationsabkommens (PKA) angebracht. In der im Juni 1999 auf der Gipfelkonferenz in Köln verabschiedeten „Gemeinsamen Strategie“ der EU gegenüber Russland sind all die Vorstellungen Brüssels enthalten, wie sich Russland entwickeln sollte und was die EU dazu beitragen könnte.⁶⁵ Allerdings

machte Moskaus „Antwort“, die von dem damaligen Premierminister Putin der EU-„Troika“ in Helsinki im Oktober desselben Jahres übergebene „Mittelfristige Strategie“ Russlands gegenüber der EU,⁶⁶ deutlich, dass sich europäische und russische Vorstellungen sowohl über ihr gegenseitiges Verhältnis als auch über die Entwicklung in Russland keineswegs deckten. Die EU erwartete, dass Russland auch ohne jegliche Beitrittsperspektive die zentralen Bestandteile des *acquis communautaire* in seiner Innen-, Wirtschafts- und Sozialpolitik übernehmen würde und sich außenpolitisch in europäische und westliche Strukturen „integrieren“ würde, beziehungsweise falls nicht, dennoch „eingebunden“ werden könnte.⁶⁷ In zunehmendem Maße, vor allem als das russische Selbstbewusstsein parallel zum Höhenflug des Ölpreises und der wirtschaftlichen Zuwachsraten answoll, stellten sich die Vorstellungen der EU als naiv heraus.

Der erste Schock für die Beziehungen kam mit den massiven Menschenrechtsverletzungen in Tschetschenien noch unter Putins Ägide als Premier. Nach seiner Kür zum Präsidenten im März 2000 verlief die Enttäuschung in der EU über die innen- und außenpolitische Entwicklung Russlands eher schleichend und kontinuierlich, wenn auch – je nach Mitgliedsland – unterschiedlich in der Intensität. Rat, Kommission und Parlament der EU verliehen sowohl in vertraulichen als auch in veröffentlichten Berichten ihrer Enttäuschung über die innenpolitische Entwicklung Ausdruck. Der Kreml unter Putin habe

- durch Verhaftung (im Oktober 2003) und Verurteilung (im Mai 2005) des Multimilliardärs *Michail Chodorkowskij* und die Zerschlagung des Jukos-Ölkonzerns ein fatales Zeichen gegen unternehmerische Freiheit und Rechtssicherheit,

Schutz des Eigentums und politischen Pluralismus in Russland gesetzt,

- die für ein demokratische System typischen *checks and balances* – die Gewaltenteilung von Exekutive, Legislative und Judikative – beseitigt,
- mit Hilfe staatlicher Förderung der Einheitspartei „Einiges Russland“, Abschaffung der Direktmandate und Erschwerung von Parteienneugründungen Parteienpluralismus drastisch eingeschränkt,
- die Entwicklung von Zivilgesellschaft, einschließlich der Entfaltung von Nichtregierungsorganisationen begrenzt,
- die Medienfreiheit vor allem durch die staatliche Kontrolle der großen nationalen Fernsehkanäle beschnitten,
- Rolle und Einfluss der Geheimdienste in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft gefördert,
- und die Entwicklung einer freien Marktwirtschaft mit fairem Wettbewerb durch die Ausweitung staatlichen Einflusses und Kontrolle über die sogenannten „strategischen Sektoren“ der Wirtschaft, mangelnde Rechtssicherheit und Korruption behindert.

Zudem setzte sich in allen EU-Gremien die Auffassung durch, dass die im Rahmen von TACIS für Russland entwickelten Hilfsprogramme zum großen Teil verschwendet waren. Dabei konnten sie sich auf eine Untersuchung des EU-Rechnungshofs (*Court of Auditors*) berufen, der nach zwölf Jahren Laufzeit des Programms feststellte, dass seine „Wirksamkeit gering“ sei. Insgesamt könnte man die im Rahmen von TACIS erbrachten Leistungen „nicht positiv“ bewerten.⁶⁸ In seiner Stellungnahme zu dem Untersuchungsbericht machte der

Rat der EU (nicht zu Unrecht) Russland für die Misere mitverantwortlich. Er zeigte sich „*enttäuscht*“ und „*bedauerte*“ das Fehlen eines „*wirklichen Dialogs*“ zwischen der EU-Kommission und offiziellen russischen Stellen und das mangelnde Bewusstsein der russischen Seite, dass man an den Dingen mitbeteiligt sei.⁶⁹

Es kann infolgedessen nicht verwundern, dass die Bereitschaft der EU und ihrer Mitgliedsländer, weitere Finanzmittel für Russland-Programme und Projekte zur Verfügung zu stellen, zurückgegangen ist.

Das zeigt sich in den Trends der Mittelzuweisung: In den vierzehn Jahren der Existenz des TACIS-Programms wurden 2,5 Mrd. Euro für Russlandprojekte verwandt, was einem Jahresdurchschnitt von 178 Millionen Euro entspricht.⁷⁰ Nachdem TACIS ab Januar 2007 durch das *European Neighbourhood Partnership Instrument* (ENPI) ersetzt worden ist, sind die Zuweisungen für Russland gekürzt worden. Für die „nationalen“ Programme wurden für den Zeitraum von 2007-2013 lediglich 30 Millionen Euro pro Jahr angesetzt, derselbe Betrag zusammen ebenfalls nur für die „regionalen“ und „cross-border“-Programme.⁷¹ Laut (offiziell nicht bestätigten) Informationen der Kommission seien die Mittel 2009 auf jeweils 15 Mio. Euro gekürzt worden und 2010 auf 3 Mio. Euro.⁷² Wenn auch zusätzliche Finanzmittel aus anderen Programmen für das EU-Engagement in Russland abgerufen werden können – so

beispielsweise aus den Mitteln für die Förderung von Demokratie und Menschenrechten (*democracy and human rights instrument*), nukleare Sicherheit (*nuclear safety instrument*), verschiedenen Sonderprogrammen (*thematic programmes*) und der European Investment Bank (EIB) –, so ist doch offensichtlich, dass die zur Verfügung gestellten Finanzmittel im krassen Missverhältnis zu den ambitionierten Zielsetzungen der Gemeinsamen Räume und der Modernisierungspartnerschaft stehen.⁷³

Nicht nur aufgrund dieser Tatsache ist es ebenso verständlich, dass die EU qua Institution nicht der Faktor sein kann, welcher der Modernisierung in Russland entscheidend weiterhelfen könnte. Die externen Kräfte, die dazu in der Lage wären, sind europäische und amerikanische Firmen, die sich allerdings bei ihren Investitionsentscheidungen nicht von hohen Zielsetzungen und immateriellen Werten leiten lassen, sondern von Profit-erwägungen. Die EU selbst verfügt nicht über eigene Firmen; sie kann höchstens Ausschreibungen vornehmen und Firmen beauftragen, Projekte in Russland durchzuführen; die zur Verfügung stehenden Finanzmittel, wie oben angegeben, können nicht mehr sein als Tröpfchen auf den ohnehin nicht gerade heißen Stein der russischen Wirtschaft. Größere Möglichkeiten bieten die nationalen Modernisierungspartnerschaften. Voraussetzung ist allerdings, dass diese von Russland richtig genutzt werden. Daran bestehen allerdings Zweifel, wie im nächsten Kapitel zu zeigen ist.

Chancen und Hindernisse einer Modernisierung Russlands

Woran kein Zweifel besteht, sind (wie oben zitiert) sporadisch aufflackernde apokalyptische Visionen sowohl Medwedjews als auch Putins: Wenn die „erniedrigende“ Abhängigkeit von Rohstoffexporten nicht

durch eine „Modernisierung“ der Wirtschaft abgelöst würde, drohe Russland eine „existenzielle“ Krise. Allerdings sind russische Wirtschaftsfachleute, von Soziologen ganz zu schweigen, überwiegend der

Meinung, dass „technokratische“ Lösungen innerhalb des „Systems Putin“ nur wenig bewirken können. Umfassende Reformschritte seien notwendig – und nicht nur in der Wirtschaft im engeren Sinne, sondern auch in Politik und Gesellschaft.⁷⁴

Objektiv, wie diese Fachleute, aber auch (wie oben ausgeführt) Präsident und Premier zum Teil selbst festgestellt haben, muss eine wirksame Modernisierungsstrategie folgende Hindernisse überwinden:

- „Der Staatsapparat stellt in erheblichem Maße ein bürokratisiertes und korruptes System dar, das nicht zu positiven Veränderungen, geschweige denn zu dynamischer Entwicklung motiviert [...] Übermäßiger Druck der Verwaltungsbehörden ist zu einem der größten Bremsen für die Entwicklung [der Wirtschaft] geworden [...] und übermäßige Zentralisierung [zu] einem der größten Probleme staatlichen Managements. Es dauert Monate [so Putin weiter], ehe man eine Firma gründen kann. In jede Verwaltungsbehörde muss man mit Bestechungsgeldern geben [...]“⁷⁵
- Seit dem Jahre 2000 (also seit dem Beginn der Putin-Ära) ist die Selbstverwaltung der Föderationssubjekte und Kommunen ständig eingeschränkt worden, und „die Zentralisierung des Finanzwesens hat einen kritischen Punkt erreicht.“ So ist der Anteil des nationalen Staatsbudgets, der für die subnationalen Gebietskörperschaften vorgesehen ist, von 25% im Jahre 2005 auf 37% im Jahre 2010 gewachsen. Umgekehrt sind die von den Gebietskörperschaften an die Zentralkasse entrichteten Finanztransfers von 24% auf 63% gestiegen.⁷⁶
- „Der staatliche Sektor umfasst rund 25 Millionen Beschäftigte – mehr als ein Drittel der Arbeitskräfte insgesamt.

Dieser Sektor erhält Billionen [russ.: trilliony] von Rubeln staatlicher Investitionen und laufender Zuweisungen. [...] Es ist offensichtlich, dass der Staat nicht in der Lage ist, einen solch riesigen öffentlichen Sektor zu unterhalten, und er benötigt ihn auch nicht.“⁷⁷

- Die Anzahl der zivilen Staatsbediensteten nahm allein 2005 um 143.500 Beamte auf 1,46 Millionen im Jahre 2006 und 1,6 Millionen im Jahre 2010 zu. (In diesen Zahlen sind all die Beamten nicht mit enthalten, die in Zivil oder in Uniform im Sicherheits- und Verteidigungsbereich Dienst tun.⁷⁸) Allerdings eignet sich die Beamtenschaft kaum für die Modernisierung: Sie stellt in ihrer Mehrheit eine typische „Ausbeuterklasse“ dar, ihr fehlt jedes Webersche Ethos, wie es für eine effektive Verwaltung unabdingbar ist. Sie produziert nichts, betreibt kein Unternehmen und riskiert nichts, aber sie nutzt ihre Privilegien, um ihrem Status angeblich geschuldete Einkünfte zu erzielen.⁷⁹
- Als Träger von Innovation und Modernisierung kann sich die Staatsmacht auch nicht auf die von Putin in seiner Amtszeit so geförderten „Silowiki“ stützen. Diese Angehörigen der „Spezialdienste“ und der „bewaffneten Kräfte“ sind lediglich daran interessiert, sich ihren Anteil an den Einkünften zu sichern, die der Verkauf der Rohstoffe abwirft, also an der Rohstofffronte, aber nicht daran, ein Modernisierungsprojekt zu verwirklichen.⁸⁰
- Die Herstellung von Konkurrenz als Triebkraft von Innovation ist kein Problem des bürokratischen Managements, „kein technisches Problem, sondern ein politisches Problem“.⁸¹ Jedes Mal, wenn „von oben“ versucht worden ist „den Druck der staatlichen

Bürokratie auf die Geschäftswelt mit bürokratischen Mitteln zu verringern, blieb das erfolglos.“ Die im Zuge derartiger „Reformen“ neu verfügbaren Normen und Regeln ändern nichts an der rechtlichen Stellung der Firmen auf dem Markt. Notwendig wäre die Beschneidung der Macht und des Einflusses der Bürokratie selbst.⁸²

- Entgegen allen Ankündigungen Putins und Medwedjews bei ihrem Amtsantritt 2000 beziehungsweise 2008, entschlossen den Kampf gegen Korruption aufnehmen zu wollen, hat sich das *Problem der Korruption weiter verschärft*. Dies wirkt sich negativ auf Modernisierungsbemühungen aus, denn Korruption untergräbt fairen Wettbewerb und entzieht der Wirtschaft Investitionspotential. Untersuchungen von Transparency International zufolge ist die Antikorruptionskampagne der Regierung an einem toten Punkt angelangt.⁸³ Laut Angaben dieser Organisation ist Russland im Jahre 2009 von Platz 146 auf Platz 154 gefallen, wo es sich auch 2010 befand. Damit ist es auf demselben Rang platziert wie Tadschikistan und Papua Neuguinea. Es wird als korrupter eingestuft als jedes andere Mitglied der G-20 und alle europäischen Länder unter Einschluss Moldovas, das mit Rang 105 den schlechtesten Platz einnimmt.⁸⁴ Russischen Schätzungen zufolge werden jährlich Bestechungsgelder in Höhe von insgesamt 650 Mrd. USD gezahlt.⁸⁵ Der Schwarzmarktsektor der russischen Wirtschaft wird inzwischen auf 25 bis 30% des BIP geschätzt.⁸⁶
- Das „System Putin“ in seiner Ganzheit, um die oben einzeln aufgeführten Punkte zusammenzufassen, ist ein großes Hindernis für Modernisierung.

Zu diesem System gehören integral die genannten Faktoren wie Rezentralisierung, Einmischung korrupter Bürokraten in die Wirtschaft, die gewachsene Rolle der „Silowiki“ in Entscheidungsprozesse, Wahlmanipulationen und Wahlfälschungen, Nichtzulassung auch unzweifelhaft demokratischer Parteien, Vernetzung von Gerichten, Staatsanwaltschaft und Polizei mit mafiösen Strukturen zum gegenseitigen Vorteil, Kontrolle der nationalen Fernsehprogramme und Gängelung von NGOs. In Anbetracht dieser Faktoren ist Medwedjews Charakterisierung seines Modernisierungsvorhabens als das erste in der russischen Geschichte, *„das sich auf demokratische Werte und Institutionen gründet“*, unzutreffend.⁸⁷ So sieht das auch die Beratergruppe Putins. Diese lehnt (implizit) all die in der Putin-Ära diskutierten Varianten politischer Entwicklung wie *„gesteuerte“* oder *„souveräne Demokratie“* ab und sie will auch keine *„Schein-“*, *„virtuelle“* oder *„imitierte“* Demokratie, sondern sie befürwortet (so wörtlich) ein *„radikal-reformatorisches Szenario“* in dem *„reale Demokratie auf der Basis kommunaler Selbstverwaltung“*, *„reale Freiheit der Masseninformationsmittel“* und *„die [direkte] Wahl der Gouverneure wieder hergestellt“* sowie *„die Bedingungen für realen Parteienpluralismus geschaffen“*, *„Barrieren für die Umsetzung des Volkswillens gesenkt“* und *„politischer Pluralismus der Verfassungsorgane auf allen Ebenen sichergestellt werden“*.⁸⁸

- Die *Ausgangslage für Innovationen im High-Tech-Bereich ist katastrophal*. Ein Indikator dafür ist die Anzahl der Patente, die Russland international angemeldet hat (siehe Tabelle 2). Das Land ist auf diesem Gebiet eine vernachlässigbare Größe. Sogar in der

Nanotechnologie, dem Innovationssektor, der von der Regierung als Paradebeispiel russischen Erfolgs bei

Forschung und Entwicklung groß herausgestellt wird, ist das Land eine quantité négligeable.

Tabelle 2 – International Registrierte Patente (im Jahr 2008)

	USA	Japan	Deutschland	Russland
In den USA, Europa (EPA) und Japan <i>pro 1 Mio. Einwohner</i> registrierte Patente	51	118	75	0.5
Anteile (in %) an: Informations- und Kommunikationstechnologie	35.0	18.6	7.7	0.4
Nanotechnologie	41.8	16.7	8.8	0.5
Biotechnologie	40.6	17.0	7.1	0.4
Erneuerbare Energie	20.2	19.8	10.1	1.6
Kernenergie	27.2	22.7	13.1	1.3
Hochtechnologie bei industriellen Anlagen	36.5	15.9	9.0	0.0

Quelle: OECD, Compendium of Patent Statistics, Paris 2008

○ Die *demographische Entwicklung* stellt ein weiteres Hindernis für Modernisierung und eine „ernste Bedrohung“ für Russland dar.⁸⁹ Laut offiziellen Angaben ist die Bevölkerung Russlands seit 1993 um 6,6 Millionen Menschen gesunken – im Zeitraum zwischen dem letzten Zensus im Jahre 2002 und der Volkszählung 2010 um 2,2 Millionen (1.6% der Gesamtbevölkerung) auf 142,9 Mio.⁹⁰ In den nächsten 15 Jahren wird Russland die Auswirkungen der geringen Geburtenraten der 1980er Jahre spüren, als die Geburtenraten niedrig waren,⁹¹ so dass – laut einem UN Bericht aus dem Jahre 2009 – die Bevölkerung bis 2050 auf 116 Millionen sinkt. Das eigentliche Problem ist allerdings nicht der (trotz einiger von der Regierung herausgestellter positiver Zahlen für die

letzten zwei bis drei Jahre) der zu erwartende Bevölkerungsrückgang, sondern die geringe Lebenserwartung russischer Männer, die (ebenfalls trotz angeblicher geringer Verbesserung) laut offiziellen Zahlen bei lediglich 63 Jahren liegt.⁹² Diese für ein Industrieland katastrophale Zahl resultiert nicht aus einer anormalen hohen Kindersterblichkeit, sondern russische Männer werden im erwerbsfähigen Alter durch eine Kombination aus übermäßigem Konsum von Alkohol (Medwedjew: „eine Naturkatastrophe“), Drogen und Zigaretten, AIDS, psychologischem Stress, ungesunder Ernährung und schlechter Gesundheitsversorgung dahingerafft.⁹³ Migration in die Russische Föderation kann diese Verluste nicht ausgleichen. Die von Putin eingesetzte Expertengruppe weist darauf hin, dass

der Migrationszuwachs in Spanien fünf Mal höher war als in Russland, in Australien und Kanada drei Mal so hoch.⁹⁴ Die Zahl der Ausländer, die sich mehr als ein Jahr in Russland aufhielten, betrug im April 2011 lediglich 1,5 Millionen, in Deutschland dagegen 7,1 Millionen, in Spanien 5,6 Millionen und in Großbritannien 4,4 Millionen Menschen. Hinsichtlich ihres möglichen Beitrags zur Modernisierung Russlands sieht es allerdings düster aus, denn die Migranten kommen hauptsächlich aus den post-sowjetischen Ländern, viele davon aus Mittelasien und dem Kaukasus; im Gegensatz zu den ersten Jahren nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion ist die neue Generation dieser Zuwanderer allerdings den Anforderungen einer modernen Industriegesellschaft nicht gewachsen, oft ungebildet und schlecht ausgebildet, und ein wachsender Prozentsatz spricht kein Russisch. Aus diesen Ländern kommen „*Muskeln, keine Köpfe*“.⁹⁵

- Forschung und Entwicklung und letzten Endes die Wirtschaft und die Gesellschaft leiden unter dem „*brain drain*“ – darunter, dass die eigenen Talente lieber ins Ausland gehen, aber nicht nur wegen des Geldes, sondern wegen der dortigen Freiheiten und besseren Lebensqualität. Es ist schwer zu sagen, wie viele Menschen in den letzten Jahren Russland verlassen haben. Auch wenn man die Anzahl derjenigen Menschen abzieht, die wieder nach Russland zurückgekehrt sind und die, die einen Fuß in Russland, den anderen im Ausland haben, ist es realistisch anzunehmen, dass zwei Millionen Menschen das Land verlassen haben. Die Zahlen für die letzten drei Jahre sind besonders schockierend. Laut Angaben des russischen

Rechnungshofs hat das Land allein in den letzten drei Jahren eineinhalb Millionen Menschen durch Migration verloren.⁹⁶ Nach anderen Zahlen besitzen vier Millionen Russen die permanente Aufenthaltsgenehmigung in Europa oder die „*green card*“ in den Vereinigten Staaten, und auch sie sind wohl für Russland „verloren“, denn es ist unwahrscheinlich, dass sie zurückkehren.⁹⁷

- Zusätzlich zu den langfristig und strukturell bedeutsamen Hindernissen gibt es konkrete aktuelle Entwicklungen, die dem Modernisierungsbemühen entgegen stehen. Dazu gehört die Tatsache, dass sich derzeit andere *Emerging Markets* gegen Kapitalzuflüsse wehren müssen, *potentielle Investoren dagegen netto Geld aus Russland abziehen*. Der Ertragsbilanzsaldo war zwar im Jahre 2010 zwar immer noch positiv, nicht zuletzt wegen der gestiegenen Importe verringerte sich aber der Überschuss über die vergangenen Jahre. Grosse Fortschritte erzielten die russischen Unternehmen zwar bei der Arbeitsproduktivität. Das Produktivitätswachstum ist jedoch auf das geringe Ausgangsniveau zurückzuführen: Laut OECD-Daten erreichte Russland 2009 lediglich ein Drittel des Produktivitätsniveaus der USA.⁹⁸
- Auch in anderer Weise haben sich im Vergleich zu den zwei Amtszeiten Putins als Präsident die *Bedingungen seit der Krise 2008-2009 geändert*. Das Bruttoinlandprodukt erreichte im Jahr 2010 lediglich ein Wachstum von 3,8%. Zudem wurde 2009 nach etlichen Jahren wieder ein Haushaltsdefizit eingefahren, das einige Zeit andauern wird. Dafür sorgt vor allem die steigende finanzielle Belastung des Staates bei der Altersversorgung einer tendenziell schrumpfenden

und alternden Bevölkerung.⁹⁹ Und wie das Rahmenprogramm für die Haushaltsentwicklung für den Zeitraum 2012-2014 offenbart, ist die Abhängigkeit des Budgets von Öl und Gas, anstatt gefallen, erheblich gestiegen.¹⁰⁰

In Anbetracht dieser vielfältigen Hindernisse stellt sich die Frage, welche Schritte der Kreml und die Regierung unternehmen wollen, um diese zu überwinden. Auf dem Weltwirtschaftsforum im Januar 2011 in Davos hat Medwedjew dazu zehn Programmpunkte aufgeführt.¹⁰¹

1. Die Anzahl der „strategischen“ Betriebe, die nicht privatisiert werden dürfen und in denen ausländische Direktinvestitionen nur schwer möglich sind, sei reduziert und ein Gesetz bereits verabschiedet worden, demzufolge die Anzahl dieser Betriebe auf ein Fünftel verringert wird. Zudem will die Regierung in den Sektoren Infrastruktur, Energie und Bankwesen in großem Umfang *Staatsbetriebe privatisieren*. Ziel sei es, internationales Kapital für die Erhöhung der Effizienz der Unternehmen anzuziehen.
2. Ein „*besonderer staatlicher Fond*“ soll eingerichtet werden, der dazu dienen soll, Investitionen mit ausländischer Beteiligung zu realisieren und dabei das Risiko für die ausländischen Investoren zu verringern.
3. Ebenfalls mit dem Ziel, ausländisches Kapital anzuziehen, beabsichtige Russland, *keine Sondersteuern im Finanz- und Bankensektor* aufzuerlegen. Im Gegenteil: Anfang des Jahres sei der Steuersatz auf Einkommen aus Papieren zur Verwirklichung langfristiger Investitionsvorhaben verringert worden. Zudem soll die Kapitalisierung der Unternehmen erhöht und Moskau zu einem

internationalen Finanzzentrum ausgebaut werden. Dabei gehe es nicht nur darum, den Kern für ein ausgereiftes Finanzwesen in Russland zu bilden, sondern als *„Katalysator für die Entwicklung der Finanzmärkte des gesamten postsowjetischen Raums sowie Mittel- und Osteuropas“* zu dienen.

4. Russland will *neue großräumige Märkte mit einheitlichen Normen und Regeln* schaffen und sich bereits bestehenden internationalen Institutionen mit Regelwerken anschließen. So sei das Land *„schon seit langem bereit, der Welthandelsorganisation beizutreten“*, und er erwarte, dass dieser Prozess noch 2011 abgeschlossen werde. Danach solle die Mitgliedschaft in der OECD folgen. Zudem arbeite Russland weiter an der Schaffung eines Gemeinsamen Wirtschaftsraums mit der EU. Schließlich habe Russland kürzlich mit Belarus und Kasachstan eine Zollunion *„mit einer engeren und einer europäischen Variante“* gegründet. *„All diese Prozesse seien bedeutungsvoll. Sie widersprechen einander nicht und, so hoffe ich, ergänzen sich.“*
5. Die Regierung sei dabei, neuen Spielraum für *innovatives Unternehmertum und „venture capital“* einzuräumen. Ein neues Gesetz soll den Universitäten das Recht geben, unter Nutzung ihres geistigen Potentials Unternehmen zu gründen. *„Ungefähr 1000 derartige Unternehmen sind bereits gegründet worden.“* Das größte der Projekte im Innovationsbereich sei aber die geplante Schaffung des *Innovationszentrums „Skolkowo“*. Bereits in diesem Jahr würden Dutzende von kleinen und großen Unternehmen aus verschiedenen Teilen Russlands und dem Ausland daran teilnehmen und von den Sonderbedingungen profitieren, die im Rahmen dieses Projekts gewährt werden. Als Ergebnis würden neue

russische Markennamen mit weltweiter Verbreitung erwartet.

6. Zusätzliche Möglichkeiten würden durch *großmaßstäbliche Programme für Energieeffizienz* geschaffen. Es gebe bereits entsprechende Pilotprojekte in vielen Regionen des Landes. Wie auch Putin findet Medwedjew es wichtig, dass der „*Energiesektor zu einem der Hauptantriebskräfte für Innovation*“ ausgebaut wird. Daran sollen „globale Partner“ mitbeteiligt werden. Gleichzeitig würde dadurch ein wesentlicher Beitrag zur Herstellung von Energiesicherheit geleistet. Wichtige Vereinbarungen wurden bereits in diesem Bereich abgeschlossen. „*Ich denke dabei an die neue Allianz „Rosneft*“ [mit der britischen Ölgesellschaft BP über einen Aktientausch und Investitionen in der Arktis im Volumen von 16 Mrd. USD als ein wichtiges Beispiel] *für den Übergang von Worten zu Taten.*“
7. Die Prozeduren für *Technologietransfer für die Modernisierung der Industrie* sollen verbessert werden. Zusammenarbeit in diesem Sektor sei wichtig, and das betreffe auch den Bereich der Militärtechnologie. Letztere würde auch einen Beitrag zur gemeinsamen Sicherheit leisten. Auch hier sei man von Worten zu Taten mit der Bildung des russisch-französischen Konsortiums zum Bau des Helikopterträgers „Mistral“ übergegangen.
8. Programme zur weiteren *Verbreitung elektronischer Kommunikation* einschließlich der Umstellung des Bankverkehrs und der öffentlichen Dienste auf elektronische Basis sollen beschleunigt werden.
9. Die Regierung will weiter in *Human-kapital* und die Bereiche *Erziehung und Wissenschaft investieren*. Medwedjew

hoffte, dass auch künftig „*Zehntausende unserer jungen Wissenschaftler, Ingenieure, Beamte und Fachleute [...] Magister- und Doktorgrade an den besten führenden Universitäten der Welt erwerben und danach leitende Positionen in der Wirtschaft, im Staatsdienst, der Wissenschaft und im Erziehungswesen in Russland einnehmen.*“ Für diesen Zweck und um die besten Wissenschaftler und Ingenieure der Welt anzuziehen, solle das Land attraktiver gemacht werden. Dazu gehöre auch die einseitige Anerkennung von Diplomen und Doktorgraden führender ausländischer Universitäten. Entsprechende Gesetzgebung sei in Vorbereitung.

10. In Russland würden derzeit groß angelegte *Projekte für die Verbesserung der Infrastruktur* in Angriff genommen, darunter auch für große internationale Sportveranstaltungen (die Winterolympiade 2014 und die Fußballweltmeisterschaft 2018). Die entsprechenden Vorhaben würden alle auf der Basis gemeinschaftlicher staatlicher und privater (sowie internationaler) Beteiligung realisiert.

Von all den Vorhaben der Regierung sind wohl die Verringerung der Anzahl der „strategischen“ Betriebe von 208 auf 41 und die Privatisierung von Staatsbetrieben die potentiell folgenschwersten. Der stellvertretende Ministerpräsident *Schuwalow* hat Präsident Medwedjew eine Liste mit Unternehmen vorgelegt, an denen der Staatsanteil bis 2017 entweder ganz oder teilweise reduziert werden soll. Medwedjew hatte mehrfach Kritik am bestehenden Programm geäußert und die Regierung dazu aufgefordert, Pläne für die Ausweitung der Privatisierung großer Staatsunternehmen bis Anfang August auszuarbeiten. Laut *Schuwalow* beabsichtigt die Regierung, bei 14 Staatsunternehmen die

Mehrheit der Anteile abzugeben. Dazu gehören unter anderem die Erdölproduzenten Rosneft und Sarubeschneft, die Finanzinstitute VTB und Rosselchobank, die Energieunternehmen Inter Rao und RusHydro, die Reederei Sowkomflot, der Moskauer Flughafen Scheremetjewo, der Getreidekonzern OZK, die im Landwirtschafts-Leasing tätige Rosagroleasing sowie der Diamanten-Produzent Alrosa. Bei mehreren Firmen beabsichtigt der russische Staat allerdings eine „Goldene Aktie“ zu halten, die ihm bei wichtigen Entscheidungen Sonderrechte einräumt. Für den Schiffbauer OSK sowie für die Flugzeugbau-Holding OAK sieht der staatliche Privatisierungsplan die schrittweise Reduzierung des Anteils auf 50% plus eine Aktie vor. Bei der Eisenbahngesellschaft RZD, dem Pipeline-Betreiber Transneft, dem Maschinenbauer Uralwagonsawod sowie dem Stromunternehmen FSK EES wird eine Verkleinerung der Beteiligung auf 75% plus eine Aktie vorgeschlagen. Die Privatisierungsliste umfasst 21 Unternehmen. Unklar bleibt auch mit dem neuen Programm, unter welchen Bedingungen und nach welchem Zeitplan Aeroflot privatisiert werden soll. Der Staat hält gegenwärtig rund 52% und die russische Zentralbank 12% der Aktien der Fluggesellschaft.¹⁰²

Teil der Privatisierungsvorhaben und Entflechtung von Staatsbürokratie und Wirtschaft ist auch Medwedjews Anweisung, derzufolge sich Minister und Vizepremier aus insgesamt 17 Staatsbetrieben zurückziehen sollen. Bis zum Juli 2011 haben sieben Minister der Aufforderung Folge geleistet. Zu den prominentesten „Modernisierungsoffern“ zählen Vizepremier und Putin-Vertrauter Igor Setschin aus dem Aufsichtsratsvorsitz des größten russischen Ölunternehmens Rosneft und Finanzminister Aleksej Kudrin, der bis zuletzt den Verwaltungsrat der Bank VTB leitete.

Ob der staatliche Einfluss durch die Privatisierungswelle in den Großbetrieben tatsächlich zurückgedrängt wird und ob Korruption durch faire Konkurrenz abgelöst wird, bleibt abzuwarten. Auf jeden Fall ist offensichtlich, dass der Staat bei der Modernisierung der Wirtschaft eine wichtige Rolle spielen wird.

Ein Indikator dafür ist der Geldsegen der auf die staatlichen Großkonzerne niedergeht, die nach Überzeugung der Regierung in der Lage sind, Innovation in ihrem Sektor der Wirtschaft voranzutreiben. So erhielten der Atomgigant Rosatom bereits im vergangenen Jahr 53 Bln. Rubel (1,8 Mrd. USD) für diesen Zweck, die mit der Entwicklung und (möglicher) künftiger Vermarktung von Nanotechnologie befasste Rusnano 7 Bln. Rubel (240 Mio. USD) und die an der Entwicklung des Navigationssystems Glonass beteiligten Firmen 22 Mrd. Rubel (740 Mio. USD).¹⁰³

Ein weiterer Indikator ist das von Medwedjew initiierte Leuchtturm-Projekt zur Schaffung des Innovationsparks Skolkowo am Rande Moskaus. Dort soll ein abgeschlossenes Hightech-Zentrum mit Wohnbereichen entstehen, in dem eigene Gesetze und bessere Lebensbedingungen als „draußen“ herrschen sollen. Skolkowo gilt als gehobene Wohngegend, in der u.a. der Moskauer Ex-Bürgermeister Gawril Popow und Vize-Ministerpräsident Igor Schuwalow wohnen.¹⁰⁴ Forschung und Entwicklung sollen auf fünf Kernsegmente konzentriert werden: Energie, Weltraumforschung, Telekommunikation, Biomedizin und Nukleartechnologie. Die russische Regierung rechnet mit einer Bauzeit zwischen drei und sieben Jahren. Im fertig gebauten Forschungszentrum sollen 30.000 bis 40.000 Wissenschaftler und Ingenieure arbeiten. Der Staat will in der Startphase rund 100 Millionen Euro in die

Projektplanung stecken, allerdings nicht mehr als 50 Prozent der Gesamtfinanzierung übernehmen. Projektleiter *Viktor Wekselberg* bezifferte im Oktober 2010 die Projektkosten für die ersten drei Jahre auf rund 200 Milliarden Rubel (4,8 Milliarden Euro), die je zur Hälfte von Staat und Unternehmen getragen werden sollen.¹⁰⁵ Insgesamt könne eine von Regierungschef Wladimir Putin geleitete Modernisierungskommission nach Medienberichten über rund 15 Milliarden Euro verfügen.¹⁰⁶ Wenn sich das Format durchsetzt, soll es in anderen Regionen Russlands kopiert werden. Medwedjew sagte in einem Interview, Skolkowo werde nicht alle Probleme lösen, das Projekt soll aber zeigen, wie Innovationsbranchen organisiert werden können.¹⁰⁷

Auch bei diesem Projekt ist Skepsis angebracht. Schon zu Sowjetzeiten hat es „Goldene Käfige“ für Wissenschaftler gegeben, aber letzten Endes ist doch viel Know-how durch Spionage zusammengeklaut worden. Das Problem, das systemimmanent aufgeworfen wurde war immer wieder dies: Wie kann man erfolgreiche Innovation in einem Sonderbereich (wie vor allem im militärisch-industriellen Komplex oder bei Produkten, die speziell für den Export entwickelt wurden) auf die Gesamtwirtschaft übertragen? Darauf wurde nie eine Antwort gefunden. Zudem gibt es derzeit in Russland heute schon rund 350 Technologieparks, mehr als in Japan, ohne dass es voran geht – was russische Kritiker zu Recht dazu veranlasst hat zu fragen, warum man denn riesige Summen für ein neues Mammutprojekt aufwenden muss, anstatt auf den

bereits bestehenden Wissenschaftszentren aufzubauen.¹⁰⁸ Andere russische Kritiker weisen darauf hin, dass in autoritären Gesellschaften kein Fortschritt entsteht. Dieser entwickle sich innerhalb der Gesellschaft – wie der Erfolg von Silicon Valley in den USA zeige, denn dort seien Computer-Erfindungen für die ganze Welt ohne Druck des Staates entstanden.¹⁰⁹

Was die internationale Zusammenarbeit zur Modernisierung betrifft, stoßen die entsprechenden „Partnerschaften“ immer wieder auf Grenzen – auch die, welche durch die intransparenten innenpolitischen Auseinandersetzungen über politische Macht und Einfluss sowie Ressourcenverteilung hervorgerufen werden. Dies unterstreicht auch das Schicksal der von Medwedjew in Davos im Januar 2011 hoch gelobten „neuen Allianz“ Rosnefts mit BP über eine gegenseitige Beteiligung und Investitionen in der Arktis als ein wichtiges Beispiel für den Übergang „von Worten zu Taten“ (s.o). Im April 2011 musste BP-Konzernchef Robert Dudley nach dramatischen Verhandlungen einräumen, dass die erhoffte Kooperation mit dem russischen Staatskonzern Rosneft gescheitert ist. Grund für den Kollaps der Gespräche war der erbitterte Widerstand von vier im Konsortium AAR zusammengeschlossenen russischen Oligarchen, die gemeinsam mit BP das russische Joint-Venture TNK-BP betreiben.¹¹⁰ Sie hatten monatelang erbittert gegen die Kooperation von BP mit Rosneft gekämpft, weil sie sich dabei übergangen fühlten. Sie bestanden darauf, dass nicht BP selbst, sondern die russische Tochter TNK-BP mit Rosneft in der Arktis Öl fördert.¹¹¹

Wie oben angeführte Zitate aus den Reden sowohl Medwedjews als auch Putins zeigen, sind sich Präsident und Premier nach der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise und ihren negativen Auswirkungen auf Russland einig, dass die „erniedrigende“ (Medwedjew) Ressourcenabhängigkeit des Landes überwunden werden müsse. Dies sei ein „existenzielles“ Problem (Putin und Medwedjew). Die von Präsident Medwedjew groß in Szene gesetzte Modernisierungskampagne und die damit verbundenen internationalen „Modernisierungspartnerschaften“ sind als ernst zu nehmende Antwort auf die Krise gedacht. Die Erfolgsaussichten der Bemühungen sind allerdings als gering zu veranschlagen. Sie lassen sich am besten in dem vom ehemaligen russischen Ministerpräsidenten und zuletzt Botschafter in der Ukraine, *Viktor Tschernomyrdin*, geprägten Aphorismus zusammenfassen: *„Wir wollten es besser machen, aber es kam wie immer.“*¹¹²

Wie bereits beim Scheitern des BP-Rosneft-Deals werden es wohl intransparente (soll heißen: undemokratische) innenpolitische Barrieren sein, die einer umfassenden, durchgreifenden politischen und gesellschaftlichen Einbindung der Modernisierung in demokratische Prozesse entgegenstehen. So jedenfalls sieht es auch die von Putin eingesetzte Expertenkommission zur Verbesserung seiner „2020-Strategie“: Von den in der Expertise entwickelten Szenarien ist „das Szenario der Beharrung am wahrscheinlichsten, denn es gewährleistet taktisches Gleichgewicht, das Gleichgewicht der Interessen der wichtigsten [innenpolitischen] Gruppierungen. Umgekehrt gilt: Aus dem [bestehenden System] herauszugehen und eine neue Richtung in

der Politik einzuschlagen, die dazu geeignet wäre, die gegenwärtigen Tendenzen zu überwinden, würde harte politische Entscheidungen erfordern“.¹¹³ Diese wiederum, so die implizite Folgerung der Fachleute, seien kaum zu erwarten.

Harte politische Entscheidungen zu treffen, hieße, an den verfestigten Strukturen des „Systems Putin“ zu rütteln. Verbal werden sporadisch entsprechende Shows veranstaltet: Der Präsident auf Abruf findet starke Worte, um politischen und gesellschaftlichen Wandel, vor allem im Rechtswesen, anzumahnen, und sagt der grassierenden Korruption energisch den Kampf an. Es scheint so, als sei er wie seine Kritiker aus dem liberalen Lager davon überzeugt, dass „Modernisierung“ umfassend zu verstehen sei. So tönt es denn aus dem Kreml, man (wer?) müsse *„die Qualität der Volksvertretung verbessern und zusätzliche Bedingungen für freie, faire und zivilisierten Wettbewerb zwischen den politischen Parteien schaffen“*.¹¹⁴ Es passiert aber nichts – beziehungsweise das Gegenteil wird verfügt.

Ein wichtiges Beispiel dafür ist die Nichtzulassung der neu gegründeten liberalen „Partei der Volksfreiheit“ (Parnas) für die Duma-Wahlen im Dezember 2011.¹¹⁵ Ihrer Führungsriege gehören liberaldemokratische, reformorientierte Politiker an – so der ehemalige Ministerpräsident *Michail Kasjanow*, der Ex-Gouverneur *Boris Nemzow*, der frühere Duma-Abgeordnete *Wladimir Ryschkow* und der ehemalige stellvertretende Energieminister *Wladimir Milow*. Die Entscheidung des Justizministeriums vom 21. Juni 2011, der Partei die Registrierung zu verweigern, wurde trotz der Tatsache getroffen, dass

der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte schon die Schließung der „*Republikanischen Partei Russlands*“ *Ryschkows* im Jahr 2006 für unrechtmäßig erklärt hat. In seinem Urteil spricht das Gericht in Straßburg vom russischen Parteiengesetz des Jahres 2005, dessen Anwendung das scheinrechtliche Mäntelchen bildete, um Parnas auszuschalten, als das restriktivste aller im Europarat vertretenen Länder. Auch die penibelste Erfüllung aller Bedingungen durch die Parnas nützte nichts, um die Registrierung sicherzustellen. Medwedjew hat sich dazu geäußert. Er hat den Parteigründern geraten, einen neuen Antrag zu stellen, wohl wissend, dass es für die Partei unmöglich ist, rechtzeitig all die Bedingungen für eine neue Antragstellung zu erfüllen.¹¹⁶

Die von Medwedjew geforderte Überwindung des „Rechtsnihilismus“ und die Herstellung von Rechtssicherheit auch für potentielle internationale Investoren in „Modernisierungspartnerschaften“ stoßen ebenfalls an die Grenzen des von Putin etablierten Systems. Ein starkes Signal, dass rechtsstaatliche Prinzipien unter seiner Ägide tatsächlich zur Geltung kommen, hätte mittels der Einstellung des zweiten Prozesses gegen den früheren Ölmagnaten Michail Chodorkowskij gegeben werden können. Dazu sah sich der Präsident offensichtlich aus politischen Gründen (Desavouierung Putins und der „Silowiki“) nicht in der Lage. Nach der erneuten Verurteilung Chodorkowskijs (zu insgesamt vierzehn Jahren Haft; desgleichen auch für seinen Geschäftspartner

Platon Lebedew) räumte er zwar ein, dass der Schuldige, falls er entlassen werden sollte „*absolut keine Gefahr für die Gesellschaft*“ darstelle; sich für seine vorzeitige Freilassung einzusetzen, lehnte er aber ab, vermutlich weil dies zwar nicht eine Gefahr für den Kreml und das Weiße Haus heraufbeschwören würde, aber doch die „gelenkten“ Parlamentswahlen vom Dezember 2011 und die Präsidentschaftswahlen im März 2012 hätte stören können.¹¹⁷

Wahrscheinlich wird also bei den Modernisierungsbemühungen einschließlich der „Modernisierungspartnerschaften“ mit der EU und ihren Mitgliedsländern die autoritär-, zentral gesteuerte, „technokratische“ Variante Vorrang vor dem politisch-gesellschaftlichen, demokratischen Vektor haben. Zweifellos wird es einige Verbesserungen bei der derzeit maroden Infrastruktur geben. Der obsoletere Maschinenpark wird in Teilen langsam ersetzt und, wie das Finanz- und Bankenwesen, auf elektronische Datenbasis umgestellt werden können. Wie bisher werden dabei die Großfirmen westlicher Länder aus Profitinteresse im Rahmen bilateraler Kooperation eine wichtige Rolle spielen. Die EU qua Institution wird allerdings wenig zu einer Modernisierung Russlands beitragen können. Die Medwedjewschen Ufer einer modernen Wirtschaft auf der Basis von Demokratie und Rechtsstaat, fairem Wettbewerb ohne Korruption und mit einer dynamischen, innovativen Gesellschaft werden wohl weiter lediglich Vision bleiben.

Anmerkungen

- 1 Präsident Dmitrij Medwedjew in seiner Jahresbotschaft an die Föderale Versammlung, Послание Федеральному Собранию Российской Федерации, *Kremlin.ru*, 12.11.2009 <http://kremlin.ru/transcripts/5979> (Zugriff 10.10. 2011).
- 2 В. Путин, Выступление на расширенном заседании Государственного совета „О стратегии развития России до 2020 года“, *Archive.Kremlin.ru*, 8.2.2008 http://archive.kremlin.ru/appears/2008/02/08/1542_type63374type63378type82634_159528.shtml (Zugriff 8.7.2011).
- 3 EU-Russia to Help Russia Modernise Its Economy, *Euobserver.com*, 14.5.2010 <http://euobserver.com/9/30076> (Zugriff 10.5.2011).
- 4 EU-Russia Summit, Rostov-on-Don, 31 May-1 June 2010, Joint Statement on the Partnership for Modernisation http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/en/er/114747.pdf (Zugriff 10.5.2011).
- 5 Ebenda.
- 6 Путин, „О стратегии развития России до 2020 года“ op. cit. (wie Anm. 2); engl. Text: Speech at Expanded Meeting of the State Council on Russia’s Development Strategy through to 2020, *Archive.Kremlin.ru* http://archive.kremlin.ru/eng/text/speeches/2008/02/08/1137_type82912type82913_159643.shtml (Zugriff 8.7.2011). Nachfolgende Zitate sind Übersetzungen des Autors aus dem russischen Text.
- 7 Ebenda.
- 8 Путин, „О стратегии развития России до 2020 года“, op. cit. (wie Anm. 2); (Hervorhebung hier, wie auch bei anderen Zitaten aus Putins Rede zur Entwicklung Russlands bis 2020, nicht im Original).
- 9 Aufzählung und Nummerierung der Modernisierungserfordernisse nicht im Original. Expressis verbis wurde der Begriff erforderlicher Modernisierung von Putin nur drei Mal gebraucht.
- 10 Diese Einschätzung folgt Andrei Zagorsky (schriftliche Kommunikation, 26.7.2011).
- 11 Rede auf der 43. Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik im Februar 2007, *Securityconference.de* vom 10.2.2007 http://www.securityconference.de/archive/konferenzen/rede.php?menu_2007=&menu_konferenzen=&sprache=de&id=179& (Zugriff 2.7.2011).
- 12 Rede Kudrins vom 23.1.2008, Russia Is an “Island of Stability”: Finance Minister <http://www.youtube.com/watch?v=haNGcSVVWbA> (Zugriff 2.7.2011).
- 13 И. Шувалов, К концу года Россия станет шестой экономикой мира, *RosBusinessConsulting* vom 8.6.2008 <http://top.rbc.ru/economics/08/06/2008/180593.shtml> (Zugriff 8.7.2011). (Hervorhebung nicht im Original).
- 14 Dieses Unterkapitel – bis zur Überschrift „Russland im Vergleich zu den anderen BRIC-Ländern“ – ist eine in den meisten Teilen wörtliche Übernahme und vom Autor übersetzten

Teilen aus der M.A.-Arbeit von Danuta Rydlewska, *The 2008-2009 Global Economic and Financial Crisis and Russia: Repercussions, Reactions and Possible Implications for the Negotiations of the New EU-Russia Agreement*, College of Europe, Natolin (Warschau), Mai 2010. Die Übernahme des Textes erfolgt mit freundlicher Genehmigung der Autorin.

- ¹⁵ Iwona Wisniewska, Dark Days on Russia's Exchange Markets, *East Week*, No. 29 (2008), S. 2-4. Ein wichtiger Hinweis auf einen der wesentlichen Gründe für die Sonderprobleme Russlands (Abhängigkeit des Finanzmarkts und der Wirtschaft vom Ölpreis) war in der Tatsache zu finden, dass die Energieunternehmen am 16. September 2008 die höchsten Verluste hinnehmen mussten. So sanken die Aktienwerte der russischen Elektrizitätsgesellschaft um 30%, der Ölfirmen Rosneft und LUKoil um 21% beziehungsweise 13% und von Gazprom um 18%.
- ¹⁶ Das vom Economist (London) erstellte Schaubild wurde nachgedruckt bei: Clifford Gaddy und Barry Ickes, Putin's System in a Regime of Low Oil Prices, Carnegie Endowment for International Peace, Russia's Economic Meltdown: Consequences and Prospects for the Future, [Carnegieendowment.org](http://www.carnegieendowment.org), 28.01.2009 <http://www.carnegieendowment.org/files/GaddyIckes012809.pdf> (Zugriff 02.08.2011). Zu den Zahlenangaben im internationalen Vergleich siehe OECD, Economic Outlook 84, OECD, Paris, 2008, S. 206.
- ¹⁷ Die beiden Fonds wurden im Februar 2008 eingerichtet. Zweck des Wohlfahrtsfonds war es, die russischen Pensionen zu finanzieren, der des Reservefonds, das russische Staatsbudget in einer Notsituation zu stabilisieren. In letzteren Fond wurden die Öleinnahmen geleitet, sobald der Preis 70 USD pro Barrel überschritt. Im September 2008 betrug das Volumen des Reservefonds 142,6 Mrd. USD. Nachdem das Volumen dieses Fonds 10% des BIP überschritten hatte, wurden die weiteren Einnahmen aus dem Ölgeschäft dem Wohlfahrtsfonds gutgeschrieben.
- ¹⁸ Ariel Cohen und Richard E. Ericson, Russia's Economic Crisis and U.S.-Russia Relations: Troubled Times Ahead, *Backgrounder*, No. 2333, The Heritage Foundation, November 2009, S. 7 [http://www.heritage.org/Research/Reports/2009/11/Russias Economic Crisis and US Russia Relations Troubled Times Ahead](http://www.heritage.org/Research/Reports/2009/11/Russias_Economic_Crisis_and_US_Russia_Relations_Troubled_Times_Ahead) (Zugriff 2.8.2011).
- ¹⁹ Oleg Zamulin von der Russischen Hochschule für Ökonomie hat den Standpunkt vertreten, dass die von der russischen Regierung eingeschlagene Politik des „harten“ Rubels ein Fehler war, um der Krise zu begegnen. Besser wäre es gewesen, argumentiert er, den Rubel floaten zu lassen. Zitiert bei: Василий Кошкин, Кризис как грипп, Частный корреспондент vom 21.2.2009 www.chaskor.ru/p.php?id=3722 (Zugriff 2.8.2011).
- ²⁰ OECD: Economic Outlook 86, OECD, Paris, 2009, S. 243 und CIA World Factbook <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/fields/2003.html> (Zugriff 2.8.2011).
- ²¹ Ebenda.
- ²² Der Rückgang der Gasproduktion und seine Bedeutung nach Notatka nt. sytuacji gospodarczej Rosji w 2009 r., Wirtschaftsabteilung der polnischen Botschaft in Moskau [http://www.moskwa.polemb.net/gallery/economy/Syt_gosp FR w 2009.pdf](http://www.moskwa.polemb.net/gallery/economy/Syt_gosp_FR_w_2009.pdf) (Zugriff 10.10.2010).

-
- ²³ Olga Oliker, Keith Crane, Lowell H. Schwartz und Catherine Yusupow, Russian Foreign Policy: Sources and Implications, RAND Corporation, 2009, S. 61
http://www.rand.org/pubs/monographs/2009/RAND_MG768.pdf (Zugriff 2.8.2011).
- ²⁴ Die nachfolgende Darstellung der Entwicklung des Staatsbudgets beruht auf Iwona Wiśniewska, Agata Dubas und Jadwiga Rogoża, Rosja w kryzysie: rok pierwszy, Centre for Eastern Studies, Warsaw, 2010, insbes. S. 9, und Pekka Sutela, How Strong Is Russia's Economic Foundation?, Centre for European Reform, Policy Brief, Oktober 2009
http://www.cer.org.uk/pdf/pb_sutela_russia_29oct09.pdf (Zugriff 31.7.2011).
- ²⁵ The World Bank in Russia: *Russian Economic Report*, No. 18, März 2009, S. 5-6
<http://siteresources.worldbank.org/INTRUSSIANFEDERATION/Resources/rer18eng.pdf> (Zugriff 1.8.2011).
- ²⁶ Ebenda.
- ²⁷ Notatka nt. sytuacji gospodarczej Rosji, op.cit. (wie Anm. 22).
- ²⁸ Eine gute Übersicht über die Struktur des russischen Außenhandels und die Dominanz von Öl, Gas und anderen Rohstoffen bietet Mikhail Kroutikhin, Structural Energy Industry Recentralization: Key Players and Kremlin Politics, Moskau, RusEnergy, 29.4.2008
http://www.nbr.org/downloads/pdfs/ETA/ES_Conf08_Kroutikhin.pdf (Zugriff 31.7.2011).
- ²⁹ Zahlenangaben laut http://www.indexmundi.com/china/gdp_real_growth_rate.html, http://www.indexmundi.com/india/gdp_real_growth_rate.html und http://www.indexmundi.com/brazil/gdp_real_growth_rate.html (Zugriff 1.8.2011). Das Schaubild reproduziert von BRIC Capital Markets Monitor, Chartbook, Deutsche Bank Research, Februar 2011 http://www.dbresearch.com/PROD/DBR_INTERNET_EN-PROD/PROD000000000270281.PDF (Zugriff 1.8.2011).
- ³⁰ Angaben vom 16.5.2011, zit. bei: Russia GPD Growth Rate, TradingEconomics.com [ohne Datum] <http://www.tradingeconomics.com/russia/gdp-growth> (Zugriff 1.8.2011).
- ³¹ International Monetary Fund Expects Russia's Gross Domestic Product to Expand by Less than 4 Percent in the Medium Term, RIA Novosti, 14.6.2011
<http://en.rian.ru/business/20110614/164608954.html> (Zugriff 1.8.2011) und Russia GPD Growth Rate, tradingeconomics.com [ohne Datum]
<http://www.tradingeconomics.com/russia/gdp-growth> (Zugriff 1.8.2011).
- ³² Zahlenangaben zur Bedeutung der Öl- und Gaseinnahmen für das Staatsbudget bei: Russian State Budget, GlobalSecurity.org
<http://www.globalsecurity.org/military/world/russia/budget.htm> (Zugriff 2.8.2011), zum Anteil von Öl- und Gas am russischen Export bei: Policy on Oil and Gas, Peterson Institute for International Economics
http://www.piie.com/publications/chapters_preview/4242/04iie4242.pdf (Zugriff 2.8.2011).
- ³³ Darstellung der Entwicklung des Ölpreises bei Historical Crude Oil Prices
http://www.fintrend.com/inflation/inflation_rate/Historical_Oil_Prices_Table.asp (Zugriff 2.8.2011) und des BIP bei CIA World Factbook
<https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/fields/2003.html> (Zugriff 2.8.2011).

-
- 34 **Россия, вперёд!** Статья Дмитрия Медведева <http://www.kremlin.ru/news/5413> (Zugriff 10.7.2011); zuerst wurde dieses „Modernisierungsmanifest“ in der Internet-Zeitung Gazeta.ru veröffentlicht.
- 35 **Послание Федеральному Собранию Российской Федерации**, Kremlin.ru, 12.11.2009 <http://kremlin.ru/transcripts/5979> (Zugriff 2.8.2011); engl. Text: Presidential Address to the Federal Assembly of the Russian Federation, archive. kremlin.ru, 12.11.2009 http://archive.kremlin.ru/eng/text/speeches/2009/11/12/1321_type70029type82912_22270_2.shtml)Zugriff 2.8.2011).
- 36 **Wie Putin: Davon „hängt die Zukunft des Landes ab.“**
- 37 **Nachfolgende Darstellung bis zum Ende des Absatzes folgt, zum Teil verbatim, dem Eintrag „Innovationszentrum Skolkowo“ in Wikipedia** http://de.wikipedia.org/wiki/Innovationszentrum_Skolkowo (Zugriff 2.8.2011). Analyse der Skolkowo-Idee Medwedjews siehe nächstes Kapitel.
- 38 **Milliardär Wechselberg koordiniert russisches Silicon Valley**, Aktuell.ru, 23.3.2010 http://www.aktuell.ru/russland/news/milliardaer_wechselberg_koordiniert_russ_silicon_valley_26565.html (Zugriff 2.8.2011).
- 39 **Skolkowo: Kreml will eigenes Silicon Valley**, Computerwoche.de, 4.5. 2010 <http://www.computerwoche.de/1935439> (Zugriff 2.8.2011). Einzelheiten zu Skolkowo werden im vorletzten letzten Kapitel dargestellt.
- 40 **Zu Einzelheiten und Analyse dieses Schritts siehe nächstes Kapitel.**
- 41 **Medwedjew in seiner Rede vom 12.11.2009, Послание Федеральному Собранию 2009, op. cit. (wie Anm. 1).**
- 42 **Igor Jurgens auf dem vom Zentrum Russland/Eurasien der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (Berlin) in Brüssel durchgeführten XV. EU-Russland Forum am 15.6.2010 in Brüssel zum Thema „Reciprocity in the Modernization Partnership Russia–EU“** <http://www.eu-russia-forum.net/?p=850&lang=de> (Zugriff 10.5.2011).
- 43 **Das ist auch einer der Kernpunkte der INSOR-Vision für das Russland des 21. Jahrhundert, Россия XXI века: образ желаемого завтра, eines im Januar 2010 erschienenen Essays** http://rosglobal.polpred.com/upload/pdf/Образ_жел_завтра.pdf?PHPSESSID=v41n6sepedavaun1elbhu30f1 (Zugriff 20.7.2011). Engl. Kurzfassung: Institute of Contemporary Development (INSOR), Vision for the 21st Century, Januar 2010 http://www.riocenter.ru/files/INSOR_Russia_in_the_21st_century_ENG.pdf (Zugriff 3.8.2011).
- 44 **Im russischen Originaltext heißt es: „sind tatsächlich zu Massen[parteien] geworden“ (стали по-настоящему массовыми). Daraus wurde in der autorisierten englischen Übersetzung des Kremls „have become truly popular“!**
- 45 **Zur Kritik dieser Ansicht s.u., nächstes Kapitel.**
- 46 **So der oft als Rechtspopulist gebrandmarkte Chef der Liberal-Demokratischen Partei (LDPR), der auch ein Treffen mit Medwedjew zur Klärung der Situation forderte. Wahlbetrugs-Vorwürfe führen zu Eklat im russischen Parlament, RIA-Novosti, 14.10.2009** <http://de.rian.ru/russia/20091014/123500482.html> (Zugriff 2.8.2011).

-
- 47 „Einiges Russland“ gewinnt - Opposition beklagt „Wahlfälschung“, N-tv.de, 12.10.2009 <http://www.n-tv.de/politik/Geeintes-Russland-gewinnt-article543068.html> (Zugriff 2.8.2011). Zur Analyse der oben zitierten These von Jurgens, dass Medwedjew über die Modernisierung der Wirtschaft hinaus „eine Modernisierung des *politischen Systems* durchsetzen will“, siehe unten, nächstes Kapitel.
- 48 Программа эффективного использования на системной основе внешнеполитических факторов в целях долгосрочного развития Российской Федерации, 11. 5. 2010. Homepage von Russkij Newsweek <http://www.runewsweek.ru/country/34184/> (Zugriff 10.10.2010). Die Website ist allerdings nicht mehr verfügbar, da Russkij Newsweek sein Erscheinen eingestellt hat. Der Text des Programms ist aber abrufbar z.B. unter <http://perevodika.ru/articles/13590.html> (Zugriff 2.8.2011). So weit dem Autor bekannt, wurde das Dokument vom russischen Außenministerium nicht publiziert. Die Auslassung [...] bezieht sich auf den Begriff „на системной основе“ – „auf Systembasis“. Was damit, bzw. welches „System“ damit gemeint ist, bleibt unklar beziehungsweise ist nur eine bedeutungslose Floskel.
- 49 Lawrow benutzt hier in der Tat den Begriff „Modernisierungsbündnisse“, russ. модернизационные альянсы.
- 50 Einzelheiten der Erarbeitung des Szenariensystems wurden dem Autor von Teilnehmern der SWP und des Auswärtigen Amtes mitgeteilt. Das deutsche Nachrichtenmagazin „Spiegel“ berichtete kurz nach dem Georgienkrieg zutreffend über die Inhalte des Szenariensystems unter der Fragestellung: „Kalter Krieg. Der Krieg um die georgischen Gebiete Abchasien und Südossetien hat die westliche Staatengemeinschaft in eine Krise gestürzt: Wie soll man dem neuen russischen Selbstbewusstsein begegnen?“, Spiegel, No. 36 (2008), S. 20-28. Die hier vorgenommene Charakterisierung der Szenarien und Optionen beruht auf dem „Spiegel“-Artikel. Nur die Reihenfolge der Darstellung der Szenarien ist verändert.
- 51 German Foreign Minister Upbeat About Russia Partnership, Homepage der Deutschen Welle, Dw-world.de, 16.5.2008 <http://www.dw-world.de/dw/article/0,,3341632,00.html> (Zugriff 4.7.2011). Speech Given by Foreign Minister Frank-Walter Steinmeier at the Russian Academy of Sciences. Homepage des Auswärtigen Amtes der Bundesrepublik Deutschland, auswaertiges-amt.de <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/en/Infoservice/Presse/Reden/2009/090610-BM-Moskau.html> (Zugriff 4.7.2011).
- 52 Владимир Соловьев, Законность, вперед! Эксперты еврокомиссии написали свой план модернизации России по сценарию Дмитрия Медведева, in: Kommersant, No. 24 (4324), 11.02.2010 <http://www.kommersant.ru/doc.aspx?DocsID=1319877> (Zugriff 10.05.2011).
- 53 Die Betonung von Werten war völlig konsequent und seit langem integraler Bestandteil des EU-Ansatzes. So hatte Kommissionspräsident Manuel Barroso zwei Jahre zuvor aus Anlass der Wahl Medwedjews zum Präsidenten zwar positive Signale gen. Moskau mit den Worten geschickt, er sei „zuversichtlich, dass Russland und die EU ihre strategische Partnerschaft festigen und entwickeln werden“, allerdings „nicht nur auf Basis gemeinsamer Interessen, sondern in Respekt für die gemeinsamen Werte, denen wir uns beide verpflichtet haben.“

Russland-Wahl: Europäer buhlen um Medwedjew, Spiegel Online, 3.3.2008
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,539011,00.html> (Zugriff 4.8.2011).

- 54 СОЛОВЬЕВ, Законность, вперед!, op. cit. (wie Anm. 52).
- 55 Ebenda (Hervorhebung nicht im Original).
- 56 Sergey Lavrov, The next Russia-EU Summit will take place in Rostov-on-Don on May 31 and June 1, in: RIA Novosti, 24.10.2010 <http://en.rian.ru/russia/20100224/157989227.html> (Zugriff 20.03.2011).
- 57 Council of the European Union, EU-Russia Summit, 31 May-1 June 2010, Joint Statement on the Partnership for Modernisation, Rostow am Don, Homepage von Consilium Europa http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/en/er/114747.pdf.
- 58 Ebenda.
- 59 Auf ihrer Gipfelkonferenz im Mai 2005 in Moskau vereinbarten die EU und Russland die Schaffung von vier „Gemeinsamen Räumen“: (1) Wirtschaft; (2) Freiheit, Sicherheit und Justiz; (3) äußere Sicherheit; und (4) Forschung und Bildung sowie kulturelle Aspekte. „Wegekarten“ sollen dazu dienen, diese Räume zu schaffen. Als „Instrumente“ sollen die „Sektoralen Dialoge“ dienen, die von den Generaldirektionen (Directorates-General) der Europäischen Kommission und den entsprechenden Ministerien der Russischen Föderation besetzt werden. Von diesen „Dialogen“ gibt in der Zwischenzeit insgesamt zwölf – in den folgenden Bereichen: Energie, Transport, Normen (und Standards), Industriepolitik, Informationsgesellschaft, Weltraumkooperation, Landwirtschaft, Umwelt, Finanz- und makroökonomische Politik, Regionalpolitik, Fischereiwesen und Gesundheitswesen. Eine gute Übersicht bietet die Homepage der Permanenten Botschaft Russlands bei der EU <http://www.russianmission.eu/en/sectoral-dialogues> (Zugriff 13.8.2011).
- 60 Nicht alle diese Foren und Institutionen sind im Gemeinsamen Dokument der EU und Russlands zur Gründung der Modernisierungspartnerschaft vom Juni 2010 enthalten. Diese sind in den Progress Reports vom Dezember 2010 und Juni 2011 vervollständigt worden; siehe Progress Report Agreed by the Coordinators of the EU-Russia Partnership for Modernisation for Information to the EU-Russia Summit of 7 December 2010 [in Brüssel], EU External Action Service, 7.12.2010 http://eeas.europa.eu/russia/docs/eu_russia_progress_report_2010_en.pdf und Progress Report Agreed by the Coordinators of the EU-Russia Partnership for Modernisation for Information to the EU-Russia Summit [am 11.-12. Juli 2011 in Hannover], EU External Action Service, 9-10.6.2011 http://www.eeas.europa.eu/delegations/russia/documents/news/20110610_01_en.pdf (Zugriff 14.8.2011).
- 61 Die immer wieder in den Beziehungen zwischen der EU und Russland aufgeflamten Krisen, die ständigen Auseinandersetzungen über „Werte“, die Konkurrenz der beiden Akteure im postsowjetischen Raum, ihre ganz unterschiedliche Haltung zu den „eingefrorenen Konflikten“ und schließlich die massive militärische Intervention Russlands in Georgien haben den Begriff der „strategischen Partnerschaft“ ad absurdum geführt. Zur Charakterisierung des Verhältnisses würde sich der Begriff der „strategischen Konkurrenz“ besser eignen, gäbe es denn so etwas wie eine EU-„Strategie“. Die im Juni 1999 von der EU

-
- verabschiedete „Gemeinsame Strategie“ gegenüber Russland ist keine Strategie, sondern eine Art Wunschliste, die umreißt, wie sich Russland entwickeln sollte und was die EU dazu beitragen könnte; siehe Common Strategy of the European Union towards Russia http://ec.europa.eu/external_relations/ceeca/com_strat/russia_99.pdf (Zugriff 10.08.2011).
- ⁶² Der EU-Beamte fügt dem hinzu: „Aber es ist in unserem Interesse, dass Russland sich modernisiert.“ EU to Help Russia Modernise Its Economy, Euobserver.com, 14.5.2010 <http://euobserver.com/9/30076> (Zugriff 10.7.2011). In der Tat mutet es schon etwas komisch an, wenn in dem auf der Grundlage des PfM-Dokumentes erstellten „Arbeitsplan“ u.a. von Folgendem die Rede ist: „Stengthening of an investment-friendly environment *in the EU and Russia*“ (Hervorhebung nicht im Original). Der Punkt ist ja gerade, dass Wirtschaftler und Geschäftsleute, die sich aus all den Diskussionen über die politische Entwicklung in Russland herausgehalten haben, dennoch immer wieder Verbesserung der Investitionsbedingungen und des Rechtswesens nicht in der EU, sondern in *Russland* angemahnt haben.
- ⁶³ Work Plan for Activities within the EU-Russia Partnership for Modernisation: Working Document, EU External Action Service, 7.12.2010 http://eas.europa.eu/delegations/russia/documents/news/work_plan_en.pdf (Zugriff 13.8.2010).
- ⁶⁴ Siehe Progress Report, December 2010, op. cit. (wie Anm. 60) und Progress Report, June 2011, op. cit. (wie Anm. 60).
- ⁶⁵ Common Strategy of the European Union towards Russia, op. cit. (wie Anm. 61).
- ⁶⁶ Стратегия развития отношений Российской Федерации с Европейским Союзом на среднесрочную перспективу (2000-2010 гг.), Homepage des Moskauer Staatlichen Instituts für Internationale Beziehungen http://www.mgimo.ru/files/2004/kafedry/evro_int/reader4meo_3-6.htm (Zugriff 11.8.2011).
- ⁶⁷ Derartigen „Einbindungs“-Illusionen gaben sich noch die Autoren Matthias Dembinski, Hans-Joachim Schmidt, Bruno Schoch, Hans-Joachim Spanger in ihrer Studie „Nach dem Kaukasus-Krieg: Einbindung statt Eindämmung Russlands“, Hsfk-Report, No. 6/2008, http://www.hsfk.de/fileadmin/downloads/report0608_01.pdf (Zugriff 13.8.2011).
- ⁶⁸ Im Wortlaut: „The objective of the Court’s audit was to assess whether the Commission had managed the TACIS projects in the Russian Federation in such a way that these projects had been effective. The Court examined 29 contracts (projects) out of a total of 275. [...] Overall the Court concluded that nine of the audited projects achieved their objectives. In eight cases the objectives were partially met and in twelve cases they were not achieved. [...] [T]he *audit results show that the effectiveness of the use of TACIS funds has been low; the Court cannot assess the performance of TACIS projects in the Russian Federation positively.*“ (Hervorhebung nicht im Original). Court of Auditors, Special Report No. 2/2006 Concerning Projects Financed under TACIS in the Russian Federation Together with the Commission’s Replies, 2006/C 119/01, <http://europa.eu.int/eur-lex/lex/JOHtml.do?uri=OJ:C:2006:119:SOM:EN:HTML> (Zugriff 13.8.2011).

-
- 69 Im Wortlaut: *The Council „notes with concern the main conclusion of the audit that the efficiency of the use of TACIS funds in the Russian Federation has been low. It also regrets [...] the lack of a real dialogue between the Commission and the Russian authorities and the consequent lack of a sense of ownership on the Russian side.“* <http://register.consilium.europa.eu/pdf/en/06/st11/st11428.en06.pdf> (Zugriff 13.8.2011).
- 70 Die Geldmittel wurden breit gestreut eingesetzt – auch in den russischen Regionen. Sie beinhalteten so unterschiedliche Projekte wie Nuklearsicherheit und Modernisierung der Infrastruktur (angefangen von Grenzkontrollenrichtungen bis hin zum Bau von Anlagen für Abwasser- und Abfallbeseitigung), soziale und humanitäre Programme sowie Stipendien. Siehe die Analyse der finanziellen Leistungen bei: Hannes Adomeit, Russia: ENP Competitor in: Erwan Lannon, (Hg.), *The European Neighbourhood Policy Challenges*, Cahiers du Collège d'Europe (Bern, Berlin et al.: Peter Lang – erscheint 2012), S. 381-409.
- 71 Einzelheiten der Finanzregelungen bei: European Commission, EU-Russia Financial Cooperation, Factsheet http://eeas.europa.eu/russia/sum11_06/finance.pdf (Zugriff 19.8.2011) und Cross-Border Cooperation, Strategy Paper 2007-2013 and Indicative Programme 2007-2010 http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/country/enpi_cross-border_cooperation_strategy_paper_en.pdf (Zugriff 19.8.2011).
- 72 Zahlenangaben für 2009 entsprechend persönlicher Information von einem Kommissionsmitglied; desgl. die Zahlenangabe für 2010; siehe desgl. EU-Russia Centre and the Polish Centre for International Relations (CIR), Conference on EU-Russia Modernisation Partnership – Will it Work? Warschau, 7.9.2010 <http://www.eurussiacentre.org/eu-russiacentre-news/7-september-2010-eurussiacentre-polish-centre-international-relations-cir-organised-conference-eurussia-modernisation-partnership-work-warsaw.html> (Zugriff 17.8.2011).
- 73 Eine Auflistung der Sonderprogramme findet sich bei: Euroresources http://www.euroresources.org/guide/funding_programmes_open_to_all_applicants/eu_6_dc_thematic_programmes.html (Zugriff 13.8.2011).
- 74 Das jüngste umfassende und analytisch am überzeugendste Beispiel für diese Notwendigkeit ist der mehr als 500 Seiten starke Bericht einer Expertengruppe, die von Putin beauftragt wurde, Vorschläge zur Modernisierung Russlands und Perfektionierung der Putinschen 2020-Strategie auszuarbeiten. – In einer der Beschreibungen des Auftrags heißt es, die Expertengruppe solle sich mit der „Sicherstellung makroökonomischer und sozialer Stabilität, Innovation, Wettbewerb zwischen kleinen und mittleren Unternehmen, wirksameren Einsatz von Budgetressourcen und effizienteren Beziehungen zwischen den Regierungsorganen“ befassen; Experts by August Will Present Alternative Plans for the „Strategy 2020“, World News, Russia, 23.4.2011 <http://mysouth.ru/2011/04/experts-by-august-will-present-alternative-plans-for-the-quot-strategy-2020-quot/> (Zugriff 20.8.2011). – Die Expertengruppe arbeitet unter wesentlicher Mitbeteiligung der Akademie für Volkswirtschaft (Академия народного хозяйства при Правительстве РФ <http://w3.ane.ru/>) und der Hochschule für Ökonomie (Национальный исследовательский университет. „Высшая школа экономики“ <http://www.hse.ru/>) in insgesamt 21 Untergruppen zu speziellen Themen. An der Ausarbeitung der Szenarien und Handlungsoptionen nehmen nicht nur Fachleute der auf ökonomische Fragen spezialisierten

Universitätsfakultäten und Forschungsinstitutionen teil, sondern auch Beamte aus der Präsidialadministration sowie der Regierung, Leiter regionaler Exekutivorgane und ausländische Fachleute. – Ein als „vorläufig“ gekennzeichnete Bericht wurde am 19.8.2011 vorgelegt: Промежуточный доклад о результатах экспертной работы по актуальным проблемам социально-экономической стратегии России на период до 2020 года, vedomosti.ru, vom 19.8.2011, Предисловие. Новая модель роста – новая социальная политика, www.vedomosti.ru/cgi-bin/get.../vedomosti_19-08-2011.doc?file=2011/, desgl. [kommersant.ru http://kommersant.ru/content/pics/doc/doc1753934.pdf](http://kommersant.ru/content/pics/doc/doc1753934.pdf); die Ergebnisse der 21 Arbeitsgruppen bei: <http://2020strategy.ru/>.

- 75 Путин, „О стратегии развития России до 2020 года“, op. cit. (wie Anm. 2).
- 76 Промежуточный доклад о результатах экспертной работы, op. cit. (wie Anm. 74).
- 77 Путин, „О стратегии развития России до 2020 года“, op. cit. (wie Anm. 2).
- 78 Entsprechend den Angaben des staatlichen statistischen Diensts (Rosstat). Die neuesten Zahlenangaben bei: Николай Гульбинский, Модернизация или „отстой“, Свободная мысль, No. 3/2009, S. 73-84; desgl. Владимир Гельман, Тупик авторитарной модернизации, Pro et Contra, Bd. 3, No. 5-6 (September-Dezember 2009), S. 51-57..
- 79 Гульбинский, Модернизация или „отстой“, op. cit. (wie Anm. 78).
- 80 Гельман, Тупик авторитарной модернизации, op. cit. (wie Anm. 78).
- 81 Промежуточный доклад о результатах экспертной работы, op. cit. (wie Anm. 74).
- 82 Ebenda.
- 83 Laut Jelena Panfilowa, der Leiterin des Büros von Transparency International in Moskau; zit bei: Ira Iosebashvili, Russia Sinks in Corruption Ratings, Wall Street Journal, 26.10. 2010.
- 84 Angaben für 2009: Ebenda. Für 2010: Transparency International http://www.transparency.org/policy_research/surveys_indices/cpi/2010/results (Zugriff 22.8.2011).
- 85 Average Bribe Grows to About \$10,000 in Russia – Police, Interfax, (russ.), 10.8.20.
- 86 Vladimir Kuzmishchev, Grey Shadows Have Merged Together, Grani.ru, 25.3.2010.
- 87 Послание Федеральному Собранию 2009, op. cit. (wie Anm. 1).
- 88 Die explizite Befürwortung des von der Expertengruppe vorgestellten „radikal-reformatorischen Szenarios“ war in Anbetracht seiner politischen Brisanz nicht zu erwarten. Allerdings stellten die Fachleute vorläufige Ergebnisse ihrer Expertise Putin bereits im März 2011 vor, in der deutliche Kritik an dem unter ihm entwickelten System geäußert wurde. Wie meist der Fall, war Putin nicht anzusehen, welche Meinung er dazu hatte. Er räumte lediglich ein, dass man an seiner „2020-Strategie“ Verbesserungen vornehmen könne.
- 89 So Präsident Medwedjew in seiner Jahresbotschaft 2010, Послание Федеральному Собранию Российской Федерации 30 ноября 2010 года <http://kremlin.ru/news/9637> (Zugriff 13.8.2011).
- 90 Laut Angaben des russischen statistischen Dienstes, Росстат, Предварительная годовая оценка ожидаемой продолжительности жизни при рождении <http://www.gks.ru/wps/wcm/connect/rosstat/rosstatsite/main/> (Zugriff 13.8.2011).

-
- ⁹¹ Послание Федеральному Собранию 2010, op.cit. (wie Anm. 89).
- ⁹² Росстат, Предварительная годовая оценка, op.cit. (wie Anm. 90).
- ⁹³ So der russische Demograph Andrej Polunin, Что нужно, чтобы Россия перестала вымирать <http://svpressa.ru/society/article/32430/> (Zugriff 16.8.2011).
- ⁹⁴ Im Durchschnitt der Jahre 2005-2009; Промежуточный доклад о результатах экспертной работы, op. cit. (wie Anm. 74).
- ⁹⁵ Ebenda.
- ⁹⁶ So Sergej Stepaschin vom Rechnungshof der Russischen Föderation, zit. bei: Russia – Dislike, Novaya gazeta, 30.5.2011 <http://en.novayagazeta.ru/data/2011/057/00.html> (Zugriff 23.8.2011)
- ⁹⁷ „Be innovative!“, Orders the Kremlin, Open Democracy, 16.7.2010 <http://www.opendemocracy.net/andrei-kolesnikov/be-innovative-orders-kremlin> (Zugriff 20.8.2011)..
- ⁹⁸ Gerald Hosp, Zwei Wege für Russland. Rahmenbedingungen sind wichtiger als die Etablierung von Modernisierungssinseln, Neue Zürcher Zeitung, 27.01.2011, S. 25.
- ⁹⁹ Gerald Hosp, Zwei Wege für Russland. Rahmenbedingungen sind wichtiger als die Etablierung von Modernisierungssinseln, Neue Zürcher Zeitung, 27.01.2011, S. 25.
- ¹⁰⁰ “The budget framework [2012-2014] envisages a contraction of the non-oil budget deficit from 11.7% of GDP planned for 2011 to around 10% of GDP in 2014. Despite the small contraction of the non-oil deficit, the plans mean that the federal budget will remain significantly more dependent on oil and gas revenue than before the crisis.” Russia Economy: Budget Framework for 2012-2014 Agreed, Global Economic Library, 7Economy, 10.8.2011 <http://7economy.com/archives/15089> (Zugriff 22.8.2011).
- ¹⁰¹ Президент России выступил на открытии Всемирного экономического форума, kremlin.ru, 26.1.2011 <http://kremlin.ru/news/10163> (Zugriff 25.8.2011).
- ¹⁰² Rosneft soll bis 2017 verkauft sein. Details zum russischen Privatisierungsprogramm, Neue Zürcher Zeitung, 05.08.2011, S. 23.
- ¹⁰³ Oleg Nikishenkov, Innovate or Die, Moscow News, 29.3.2010.
- ¹⁰⁴ Nachfolgende Informationen bei: Skolkowo: Kreml will eigenes Silicon Valley, op. cit. (wie Anm. 39).
- ¹⁰⁵ Максим Гликин, Наталья Костенко und Дмитрий Казьмин, Сколковская премия, Vedomosti.ru, 5.4.2010 <http://www.vedomosti.ru/newspaper/article/2010/04/05/230314#ixzz1TyCGXVXb> (Zugriff 2.8.2011).
- ¹⁰⁶ Skolkowo: Kreml will eigenes Silicon Valley, op. cit. (wie Anm. 39).
- ¹⁰⁷ Ebenda.
- ¹⁰⁸ Почему Сколково? Эксперты The New Times — о перспективах российской Кремниевой долины, Newtimes.ru, 5.4.2011 http://newtimes.ru/articles/detail/18896?sphrase_id=298929 (Zugriff 28.8.2011); Ирина Самахова, Сколково? — Стольково! И еще полстольково, Novayagazeta.ru, 25.1.2011

<http://www.novayagazeta.ru/data/2011/008/15.html?print=201127080900> (Zugriff 23.8.2011).

- ¹⁰⁹ So der Kreml-Kritiker Ex-Schachweltmeister und Ex-Präsidentschaftskandidat Garri Kasparow; zit. bei Skolkowo: Kreml will eigenes Silicon Valley, op. cit. (wie Anm. 41).
- ¹¹⁰ AAR –Alpha-Gruppe und Access Renova, russ.: Альфа-групп – Аксес-Ренова. Das Oligarchenkonsortium AAR ist zu 50 Prozent am russisch-britisches Joint Venture TNK-BP beteiligt. Die bekanntesten der AAR-Oligarchen sind der für die Ausführung des Skolkowo-Projekts von Medwedjew eingesetzte Wiktor Wechselberg und Wladimir Potanin, Chef der Interros Holding, dessen Privatvermögen auf 13,5 Mrd. USD geschätzt wird.
- ¹¹¹ BP-Geschäft mit Rosneft geplatzt. Der britische Ölkonzern BP ist bei seinen monatelangen Bemühungen um eine Partnerschaft mit den russischen Ölkonzern Rosneft vorläufig gescheitert, Wirtschaftsblatt.at, 17.5.2011
<http://www.wirtschaftsblatt.at/home/boerse/binternational/bp-geschaeft-mit-rosneft-geplatzt-472718/index.do> (Zugriff 27.8.2011).
- ¹¹² Russ.: Хотели как лучше, а получилось как всегда. Tschernomyrdin in Bezug auf die fehlgeschlagene Geldreform des Jahres 1993.
- ¹¹³ Промежуточный доклад о результатах экспертной работы , op. cit. (wie Anm. 77).
- ¹¹⁴ Послание Федеральному Собранию 2009, op. cit. (wie Anm. 1).
- ¹¹⁵ Russ.: Партия народной свободы „За Россию без произвола и коррупции“.
- ¹¹⁶ Siehe die Analyse von Jens Siegert, Die „Partei der Voksfreiheit“ ist nicht die Partei der Wahl - jedenfalls nicht des Kremls, Blog.boell-net, 12.7.2011 <http://blog.boell-net.de/blogs/russland-blog/archive/2011/07/12/die-quot-partei-der-voksfreiheit-quot-ist-nicht-die-partei-der-wahl-jedenfalls-nicht-des-kremls.aspx> (Zugriff 28.8.2011).
- ¹¹⁷ Medwedjew auf einer Pressekonferenz in Moskau, Interfax (russ.), 18.5.2011. Die Verurteilung erfolgte im Dezember 2010; im Mai 2011 wurden die Haftstrafen von einem Berufungsgericht um ein Jahr reduziert.

Russland modernisiert sich – nicht

Aspekte der russischen Modernisierungsdebatte

Modernisierung ist einer der Schlüsselbegriffe im politischen Wörterbuch Russlands. Während der Jahre der hohen Ölpreise in den Hintergrund getreten, prägt er seit 2008 wie kaum ein anderer die Diskussion. Dieser Begriff ist häufig in den Nachrichtensendungen des Fernsehens zu vernehmen; er steht im Mittelpunkt wichtiger Reden und Namensartikel des Präsidenten wie der Tendenz nach auch des Ministerpräsidenten; ihm sind zahlreiche Aufsätze in wissenschaftlichen Zeitschriften und politischen Journalen gewidmet; er füllt die Kommentarspalten der Tageszeitungen

und des Internets, wo er sogar eine eigene Website aufweist (modernizatsya.ru); schließlich werden groß angelegte Konferenzen zu diesem Thema durchgeführt. Bei alledem geht es nur vordergründig darum, wie die russische Wirtschaft ihren Rückstand gegenüber den fortgeschritteneren Industrieländern aufholen kann. Den eigentlichen Kern der Diskussion bildet die Frage, ob Staat und Gesellschaft in Russland fähig und bereit sind, ihren gegenwärtigen Zustand zu überwinden und den Weg in die Moderne anzutreten – mit entsprechenden Veränderungen im Innern wie nach außen.

Der Kreml gibt den Rahmen vor: Das Wunder ist möglich

Modernisierung ist zu allererst ein Thema der politischen Führung. Ministerpräsident Putin, ab 2012 – wie seit September 2011 klar ist – erneut im Amt des Präsidenten, spricht sich mit Blick auf russische Unternehmen und Betriebe in ständiger Wiederholung für konkrete Verbesserungen aus, um deren Möglichkeiten auf dem Binnenmarkt wie im internationalen Wettbewerb zu verbessern. Präsident Medwedjew – der Interimspräsident, wie man ihn inzwischen wohl bezeichnen muss – geht in dieselbe Richtung, holt aber viel weiter aus, indem er zunächst die Lage in Russland analysiert. Dabei wird deutlich, dass er die Gebrechen, an denen Staat und Gesellschaft in Russland leiden, genau kennt; jedenfalls schildert er sie in aller Deutlichkeit in programmatischen Artikeln und

wesentlichen Reden:¹ chronische Rückständigkeit; eine ineffiziente primitive Wirtschaft, gegründet vor allem auf Rohstoffe; endemische Korruption; eine halb-sowjetische soziale Sphäre; eine brüchige Demokratie; negative demographische Trends. Heilen soll dies alles, so der Präsident, die Modernisierung Russlands. Freilich präsentiert Medwedjew keine stringente Modernisierungsstrategie; statt dessen definiert er bestimmte strategische Bereiche, in denen Modernisierungsschritte unternommen werden sollen – Raumfahrt, Kernkraft, Medizintechnik, Telekommunikation, Energieeffizienz –, kündigt er zahlreiche Einzelmaßnahmen an und stellt vielfache Forderungen auf, damit Russlands Wirtschaft zu einer „treibenden Kraft der globalen Entwicklung“ werden

könne, darunter auch die inzwischen berühmte Anregung, ein russisches „Silicon Valley“ zu schaffen. Darüber hinaus nimmt der Präsident auch die Außenpolitik des Landes in den Dienst der Modernisierung: Russland brauche, um auf der Weltbühne wieder den ihm gebührenden Platz als „Große Macht“ einzunehmen, spezielle „Modernisierungsbündnisse“ mit seinen wesentlichen Partnern, insbesondere Deutschland, Frankreich, Italien, generell den EU-Staaten und den USA. Um sie zu erreichen, müsse man in der globalen Arena allerdings entsprechend auftreten – tunlichst mit einem Lächeln im Gesicht.²

Was der Präsident vorgibt, wird von *Vladislav Surkov*, dem stellvertretenden Leiter der Präsidentschaftsadministration weiter ausgeführt. Surkov, der wesentliche Spin-Doktor des Kremls und maßgebliche Technologie der Macht, obliegt es, die vom Kreml – nicht selten auf seinen Vorschlag – gewählten Themen umzusetzen, sie der politischen Öffentlichkeit nahezubringen und dabei allen ungewollten Effekten vorzubeugen. Diese Aufgabe hat Surkov auch in Sachen Modernisierung übernommen, und zwar als Leiter einer neugeschaffenen Arbeitsgruppe zur Schaffung eines „Sonderkomplexes für die Entwicklung der Forschung“ – so die offizielle Bezeichnung des in Skolkovo bei Moskau zu errichtenden russischen Pendant zum amerikanischen Silicon Valley. In zahlreichen Auftritten und Interviews³ macht Surkov deutlich, dass er wie sein Präsident die wirtschaftliche Lage des Landes genau kennt. Dabei geht er in seiner Analyse zum Teil noch über Medwedjews Erkenntnisse hinaus. Wir sind ein Rohstoffland, ruft er seinen Landsleuten zu, und zwar nicht nur mit Blick auf die Wirtschaft, sondern auch der Mentalität nach. Wenn Russland diesen Status beibehalte, sei es zum Untergang

verdammt, zumindest aber zu einer Niederlage im globalen Konkurrenzkampf und zu einer trostlosen Existenz. Russland könne nicht allein davon leben, dass man – Surkov denkt an Öl und Gas – Löcher in die Erde bohre: Eine Rohstoffgesellschaft führe nur zur Stagnation.

Was braucht Russland also? Surkov überwältigt den Leser mit einem ganzen Strauß von Ideen und Forderungen: grundlegende Umgestaltung, Modernisierung, Innovation, eine moderne Wirtschaft, gegründet auf schöpferische Kraft, einen neuen Typ von Menschen und Unternehmern, die nicht nur erwerben wollen, sondern schaffen und erfinden, die fähig sind, Produkte herzustellen, die ihresgleichen suchen und den Menschen nützen; schließlich – in Aufnahme von Medwedjews Vorgabe – die Schaffung eines Innovationskomplexes nach amerikanischem Vorbild.

Surkov weiß angesichts der Lage in Russland, wie er sie analysiert hat, dass es einem Wunder gleichkäme, wenn sich seine Vorstellungen verwirklichen ließen. Aber er hält – so der Tenor seiner Interviews – das Wunder für möglich, vorausgesetzt, man schaffe alle Bedingungen dafür. Insbesondere müsse man der Tatsache Rechnung tragen, dass eine „souveräne Modernisierung“, also eine Modernisierung aus eigener Kraft, nicht infrage komme: weil die Kapazitäten Russlands dafür nicht ausreichen. Die Lösung des Problems sieht Surkov in klassischer russischer Tradition und in Anlehnung an die Ideen des Präsidenten in der Abstützung auf Ressourcen, die von außen kommen: Wir brauchen eine neue „*nemeckaja sloboda*“, so seine Forderung, also die Vorstadt, in der zu Zeiten Peters des Großen die zur Modernisierung des Staates und insbesondere seiner Streitkräfte herbeigerufenen Ausländer

wohnten. Wir brauchen eine „höhere Kultur der Produktion, der Technologie und der Forschung – zusammen mit ihren Trägern“, also ausländische Fachleute, Wissenschaftler und Ingenieure.

Wie aber kann man das Ausland zur Kooperation veranlassen? Insbesondere den Westen, den Surkov – die russischen Hurratrioten mögen ihm diese Auffassung, wie er anfügt, verzeihen – wegen des „Erfindungsreichtums, der Mobilität

und der schöpferischen Kraft“ seiner Menschen hoch schätzt? Surkov äußert einen Gedanken, der ebenso einfach wie naiv ist und von dem es zu den „Modernisierungsbündnissen“ und dem Lächeln Medwedjews nicht weit ist: Wenn wir „offen und friedfertig“ sind, werden wir von den führenden westlichen Staaten „Geld, Wissen und Technologien“ erhalten. Und auf diese Weise werde, so Surkov, die russische Demokratie „souveräner und stärker“.

Der Staat soll es richten – aber kann er?

Die Analyse der Lage, wie sie aus dem Kreml zu vernehmen ist, wird von der Mehrzahl der vielen Autoren geteilt, die sich in Russland dem Thema Modernisierung widmen. Doch beschränkt man sich nicht wie die Macht darauf, eher allgemein gehaltene Forderungen zu formulieren, sondern sucht Antworten auf zielgerichtet gestellte Fragen: Wie kann die gegenwärtige Situation im Einzelfall verbessert, wie kann konkret modernisiert werden? Und vor allem: Wer kann, wer soll modernisieren?

Die landläufige Antwort auf diese Fragen heißt in Russland: Der Staat soll es richten. Aber ist der dazu fähig? In dieser Hinsicht herrscht Skepsis vor. Wie kann, so wird etwa gefragt,⁴ das industrielle und technologische Potential der russischen Wirtschaft wiederhergestellt bzw. erneuert werden, wenn im Russland von heute die grundlegenden Institute einer Marktwirtschaft, insbesondere das Gerichtswesen, nicht zureichend entwickelt sind und der Überfluss an Öl und Gas die entsprechenden Reformen fast vollständig zum Stillstand gebracht hat, weil man auch ohne sie auszukommen glaubt? Wie soll man modernisieren, so die Fortsetzung

dieser in der Debatte gestellten Fragen, wenn die Qualität der wesentlichen staatlichen Institutionen sich permanent verschlechtert und gleichzeitig der Grad ihrer Korruptiertheit ebenso permanent steigt? Mit anderen Worten: Wie soll die Wirtschaft vorankommen, wenn die staatliche Maschinerie nicht als ein Mechanismus erscheint, der das Privateigentum garantiert, sondern der für dessen Umverteilung steht, soll heißen für die Aneignung fremden Eigentums durch den Staat oder vom Staat begünstigte Unternehmen?

Vor diesem Hintergrund spricht man sich vor allem für die Verbesserung der institutionellen Landschaft aus.⁵ Der Staat als der wesentliche Akteur müsse insbesondere das Gerichtswesen, die Gesetzgebung sowie das administrative System reformieren. Die Hoffnung, dass eine weitere Entwicklung Russlands möglich sei, ohne die Institutionen zu modernisieren, sei jedenfalls in wirtschaftlicher Hinsicht irrational und im überdies politisch gefährlich. Im übrigen müsse man, um einen Durchbruch zur Modernisierung zu erzielen, auf Industriepolitik setzen. Damit wird letztlich erneut nach dem Staat gerufen und damit implizit die

Frage gestellt, ob die Macht in Russland zu sinnvoller Industriepolitik fähig und willens ist.

Auch in dieser Hinsicht trifft man vielfach auf Skepsis.⁶ Mit dem gegenwärtigen Apparat, in dem nur an die Veruntreuung staatlicher Gelder gedacht werde, sei, so heißt es, eine Modernisierung unmöglich. Modernisierung falle nicht vom Himmel, folge auch nicht aus einem „schöpferischen Durchbruch“ oder einem „großen Sprung“. Sie sei vielmehr das Ergebnis systematischer, komplexer und konsequenter Arbeit. Von einer so verstandenen Modernisierung sei indessen im letzten Jahrzehnt nichts zu entdecken gewesen, und das obwohl die Bedingungen dafür günstig gewesen seien: politische und soziale Stabilität, anhaltendes Wirtschaftswachstum, hohe Preise für Öl und damit finanzieller Überfluss des Staates. Vom Staat sei also in dieser Periode kaum etwas getan worden, um Russland zu modernisieren. Das einzige, was in dieser Zeit zugenommen habe, sei, so liest man, die Zahl der staatlichen und kommunalen Beamten: Sie habe sich massiv erhöht. Dies sei allerdings mit Blick auf die notwendige Modernisierung nicht unbedingt eine gute Nachricht.

Damit ist eine Frage angesprochen, die viele Autoren bewegt, die an der Modernisierungsdiskussion teilnehmen: Wer denn soll die Modernisierung konkret durchführen, wer kann ihr Subjekt sein? *Vladimir Gel'man*, Professor an der Europäischen Universität in St. Petersburg und Repräsentant der liberalen Intelligenz, hat eine klare Antwort auf diese Frage: Niemand.⁷ Keiner der möglichen Akteure, auf die sich der Kreml in seinem Modernisierungsvorhaben stützen könne, sei unter den Bedingungen des heutigen Russland zur Modernisierung geeignet:

weder die Bürokratie noch die „siloviki“, also die Angehörigen der Machtinstitutionen (Geheimdienst, Innenministerium, Streitkräfte), oder die Staatspartei „Edinaja Rossija“ („Einheitliches Russland“).

Der russischen Bürokratie fehle jedes Webersche Ethos, wie es für eine effektive Verwaltung unabdingbar sei. Der administrative Apparat befinde sich seit dem Zerfall der Sowjetunion in einem institutionellen Niedergang. Darüber hinaus sei die Bürokratie in den Jahren seit 2000 schlicht der Kontrolle der Führung des Landes entglitten. Diese ihrerseits sei mehr an der kurzfristigen politischen Loyalität der Beamten interessiert als an der langfristigen Effizienz von deren Arbeit. Und die Beamten zielten nur auf ihr eigenes Wohlergehen und damit auf die Erhaltung des Status quo ab, nicht aber auf Veränderungen, wie sie eine Modernisierung mit sich bringen würde. Die Korruptiertheit des Beamtenapparates sei damit, dies müsse der Kreml begreifen, eines der ernstesten unlösbaren Probleme.

Auch auf die „siloviki“ bzw. auf die Staatspartei „Einheitliches Russland“ könne die Macht sich in ihrem Modernisierungsansatz nicht stützen: Die Angehörigen der „Spezialdienste“ (*specslužby*) und der „bewaffneten Kräfte“ seien lediglich daran interessiert, sich ihren Anteil an den Einkünften zu sichern, die der Verkauf der Rohstoffe abwerfe, also an der Rohstofffronte, keinesfalls aber daran, ein Modernisierungsprojekt zu verwirklichen. Und „Edinaja Rossija“ könne nicht als Agens der Modernisierung fungieren, weil weder der administrative Apparat noch die politische Führung des Landes daran interessiert seien, die „Partei der Macht“ in eine einflussreiche politische Institution zu verwandeln.

Gel'mans Fazit: Der Staat in Gestalt des Kreml verfügt nicht über die notwendigen Instrumente, um das Land zu modernisieren. Gleichwohl unternommene Versuche führten bestenfalls zur Übernahme

gewisser technischer Innovationen, im schlechtesten Fall zu einer „Potemkinschen Modernisierung“, gerichtet lediglich darauf, das Image der Führung, ihr Rating, zu verbessern.

Was modernisieren und wie?

Auf die Frage nach dem *Subjekt* der Modernisierung folgt die nach dem *Objekt*; sie ist weiterer wesentlicher Gegenstand des öffentlichen Diskurses, wie er sich in Russland zum Thema Modernisierung vollzieht: Was kann, was soll Gegenstand der Modernisierung sein und, daran anschließend, wie, also mit welchem Ansatz soll modernisiert werden? Die Antwort des Kreml und seiner Apologeten ist in der Sache klar: Es ist die Wirtschaft und nur die Wirtschaft, die man modernisieren will, und zwar „von oben“, also in einem Ansatz autoritärer Modernisierung. Doch wird das nicht apodiktisch formuliert; vielmehr wird der Anschein erweckt, dass auch Staat und Gesellschaft in die Modernisierung einbezogen werden sollen. So will Präsident Medwedjew auch das politische System „in gewissem Ausmaß“ berücksichtigen, ohne dass er freilich sagt, wie das geschehen soll. Und Vladislav Surkov reagiert auf die Frage, ob die von ihm in den Vordergrund gestellte wirtschaftliche Modernisierung nicht von einer politischen Modernisierung begleitet werden müsse, auf seine bekannte sophistische Weise: Er bejaht die Frage formal, verneint sie aber in materieller Hinsicht. Natürlich müsse man sich auf das demokratische System, auf die demokratischen Institute abstützen, um das Land zu modernisieren, und dabei auch Anpassungen an die veränderten Umstände vornehmen. Dabei dürfe man allerdings, so warnend Surkov, eine liberale,

demokratische Gesellschaft nicht mit Chaos und Unordnung verwechseln, dürfe keine „Ukrainisierung“ zulassen. Vielmehr müsse man das bestehende System beibehalten – es sei tief im sozialen Geflecht verwurzelt. Wer es zerstören wolle, sei „sozial gefährlich“. Außerordentlich wichtig sei es daher, die politische Stabilität zu bewahren. Sie sei keineswegs gleichbedeutend mit Stagnation, sondern sei ein „Instrument der Entwicklung“. Stabilität ist also auch hier, wie generell im Putinschen Russland, die alles andere verdrängende Zielvorstellung und ein Wert in sich. Demokratie dagegen bleibt eher verbale Hülle; den Inhalt, den der Begriff landläufig hat – Pluralismus, politischer Wettbewerb, Rechtsstaat – indossiert Surkov nicht: weil er ihn mit Chaos („Ukrainisierung“) gleichsetzt, das doch niemand wollen könne.

Während also der Kreml sich auf die Wirtschaft beschränken will und einer Modernisierung von oben das Wort redet, können sich die meisten Autoren eine wirtschaftliche Modernisierung ohne eine gleichzeitige politische und gesellschaftliche Modernisierung nicht vorstellen. Für *Sergej Aleksašenko* etwa, unter Jelzin Vizepräsident der Staatsbank, nunmehr in der Geschäftswelt und gleichzeitig ein namhaftes Mitglied der demokratischen Opposition, muss die wirtschaftliche Modernisierung von einer politischen begleitet werden oder sogar mit ihr beginnen.⁸ Das Kapital, auf dem jede

wirtschaftliche Entwicklung aufbaue, bestehe heutzutage nicht – wie der Kreml glaube – in Geld und Maschinen, sondern in Wissen, in Fertigkeiten und Know how, in Menschen, die all dies besäßen und es anwenden könnten. Diese Art Kapital, diese Menschen könne man aber, so Aleksašenkos Kernaussage, nicht im Wege einer *autoritären Modernisierung* schaffen, sondern nur durch eine, wie er es nennt, *demokratische Modernisierung*, die die gesellschaftliche und politische Sphäre einschließe.

Auch für *Vladimir Milov*, unter Jelzin stellvertretender Energieminister und nunmehr ebenfalls namhaftes Mitglied der demokratischen Opposition, können nur demokratische Reformen die Atmosphäre von Freiheit und Schöpfertum schaffen, die neue und kreative Lösungen in der

Wirtschaft erlaube und Talente aus der ganzen Welt anziehe.⁹ *Igor Jurgens*, Investmentbanker, Vizepräsident des russischen Industriellen- und Unternehmerverbandes (RSPP) und Direktor des Instituts für moderne Entwicklung (INSOR) und einer der wesentlichen Befürworter eines umfassenden Modernisierungsansatzes, unterstreicht ebenfalls, dass es für die Modernisierung des Landes unerlässlich sei, zunächst einmal das politische Denken zu modernisieren: Eine wirtschaftliche Modernisierung könne ohne eine politische und soziale nicht funktionieren; denn im 21. Jahrhundert gebe es keine Modernisierung ohne Freiheit, und ein „Silicon Valley“ sei in einem feudalen Umfeld unmöglich.¹⁰ An diesen Einsichten indessen, so die Auffassung der Kritiker, fehle es der Macht.

Außenpolitik als Instrument von Modernisierung?

Anhänger einer „autoritären“ wie einer „demokratischen“ Modernisierung in Russland haben eines gemeinsam: Sie wissen oder glauben zu wissen, dass das Land nicht allein auf seine eigenen Ressourcen bauen kann. Diese Erkenntnis hatten schon der Präsident und sein Adlatus Surkov; sie mündete in die Forderung nach „Modernisierungsallianzen“ mit den führenden Industriestaaten. Freilich hatten die beiden Protagonisten der Macht – außer ihrer Forderung, die Außenpolitik in den Dienst der Modernisierung zu nehmen, und der Anregung, der Außenwelt dabei „mit einem Lächeln“ (Medwedjew), „offen und friedfertig“ (Surkov) zu begegnen – kein wirkliches Rezept dafür vorgegeben, wie man denn die Ressourcen der fortgeschrittenen Staaten zum Nutzen des Landes anzapfen könne.

Die Problematik ist letztlich gleichbedeutend mit der Frage, ob und wie die russische Außenpolitik zur Modernisierung des Landes beitragen kann. Darf man die Außenpolitik überhaupt zu diesem Zweck beanspruchen? Sollen außenpolitische Ziele sich wirtschaftlichen Bedürfnissen des Landes unterordnen? Bei der Diskussion dieser Fragen scheiden sich die Geister.

Sergej Aleksašenko meint,¹¹ wer Anhänger der „demokratischen Modernisierung“ sei, die auch Staat und Gesellschaft umfasse, könne, ja müsse die Außenpolitik als Mittel zur Förderung der Modernisierung nutzen. Eine Außenpolitik dagegen, die auf die Abschottung Russlands und auf antagonistischen Widerstand gegenüber der entwickelten Welt hinauslaufe, könne die Modernisierung ernsthaft behindern. Eine solche Politik entspreche dem Wesen

der „autoritären Modernisierung“, wie sie die gegenwärtige politische Führung betreiben wolle.

Den zahlreichen Autoren, die diese Auffassung teilen, geht es in erster Linie um die Frage, wie man der russischen Wirtschaft die dringend benötigten externen Ressourcen sichern könne. Die nahezu einhellige Antwort lautet: durch Annäherung an Europa wie den Westen insgesamt, die USA und Japan eingeschlossen; denn nur von dort könnten die moderne Technologie und das Know how kommen, die man in Russland brauche.

Diese Aussage bedeutet gleichzeitig eine Absage an China wie an Asien insgesamt. Asien kann nicht unser Partner sein, schreibt Aleksaŝenko: Es ist Konkurrent, will dasselbe Kapital anlocken, das wir für Russland wollen. Eine Annäherung an China sei, wie auch Igor Jurgens¹² betont, nicht möglich. Dort herrsche eine Jahrtausende alte eigenständige Zivilisation, dort sei man in einer langfristig angelegten ständigen Bewegung nach vorne begriffen und kenne dabei kein Nachgeben, keine Kompromisse. Aus China erhalte Russland allenfalls zweitrangige Technologie, nicht aber solche, die es benötige. Was aus China tatsächlich kommen könne, sei Geld, und damit werde Russland aufgekauft, wie dies bereits in Ostsibirien geschehe und in Westsibirien beginne. Wir werden zur Provinz Chinas, warnt Jurgens, dem Aleksaŝenko mit der Bemerkung zustimmt, der chinesischen Führung sei die sich gegenwärtig abzeichnende wirtschaftliche Lage Russlands, in deren Rahmen das Land zu einem Rohstoffanhängsel Chinas werde, sehr recht. Mit einem Lächeln quittiere man in Peking die Freude der russischen Führung darüber, dass nun bald eine Öl- und Gaspipeline nach China gebaut werde.

Was aber bedeutet die von diesen Vertretern empfohlene „Annäherung“ an den Westen, die, wie von Jurgens gewünscht, „strategische Allianz“ mit den USA und Europa? Was der Westen in einem solchen Verhältnis in russischer Sicht zu bieten hat, ist klar – was aber hat Russland dem Westen zu bieten? Die Antworten auf diese Frage fallen eher spärlich und nicht einmütig aus. Igor Jurgens stellt die wirtschaftlichen Vorteile einer „wirklichen strategischen Partnerschaft“ in Aussicht, die auf objektiven Interessen beider Seiten aufbaue. Dazu zählt er einen „gemeinsamen Energie-raum“ mitsamt garantierter Energiesicherheit, einen gemeinsamen Markt für Transportdienstleistungen, gemeinsame Entwicklung und Herstellung von Produkten in technisch fortgeschrittenen Sektoren. Die globale Konkurrenz sei rau; sie werde durch eine neue Dimension ergänzt: durch Konkurrenz um konstruktive Zusammenarbeit. Und hier habe Russland, so Jurgens, dem Westen viel zu bieten.

Sergej Karaganov, einer der führenden Vertreter der russischen außenpolitischen *community*, argumentiert in ähnliche Richtung,¹³ wenn er davon ausgeht, dass Europa aus eigenem Interesse an einer Annäherung an Russland gelegen sein müsse: Man beginne dort zu begreifen, dass man selbst noch schneller schwächer werde als Russland. Was Karaganov hier befürwortet und offenbar auch andere Teilnehmer an der Diskussion im Auge haben, ist ein Bündnis zwischen Russland und dem Westen, das letztlich auf beiderseitiger Schwäche beruht und auf gemeinsamer Behauptung in einer globalen und insbesondere asiatischen Umwelt abzielt, die rapide an Stärke zunimmt.

Dmitri Trenin, der Direktor des Moskauer Carnegie-Zentrums und einer der

hervorragendsten Stimmen auf dem Gebiet der Außen- und Sicherheitspolitik, stellt dem Westen politische Vorteile in Aussicht, sollte er sich zu einer umfassenden Kooperation bereit finden¹⁴: Die europäische Wahl eines sich modernisierenden Russlands müsse sich in der Bereitschaft manifestieren, „Europa“ zu Hause zu schaffen: einen Rechtsstaat, soziale Marktwirtschaft, Demokratie, Menschenrechte. Und die Art wirtschaftlicher Integration, die Russland suche, sei nur möglich, wenn das Verhältnis zwischen Russland und dem Westen verlässlich und in vollem Umfang „demilitarisiert“ werde. Dazu müsse der Kreml auf die Wiederherstellung seiner Dominanz in Eurasien verzichten; andernfalls werde Russland seine Ressourcen im Kampf mit den Objekten seiner Machtambitionen schnell erschöpfen, gleichzeitig werde es sich in einer intensiven Konfrontation mit den USA und Europa wiederfinden, mit der weiteren Folge einer vielleicht kurzen, aber schmerzhaften und destruktiven zweifachen Isolierung: von außen wie von innen her. Das gegenwärtige Projekt einer Modernisierung Russlands könne man dann, so Trenin, vergessen.

Mit seiner Argumentation wendet sich Trenin allerdings weniger an den Westen als an den Kreml. Ihm bedeutet er, dass Russland für die Bereitschaft des Westens zu einer „Modernisierungsallianz“ mehr als nur ein Lächeln bieten müsse: Die Macht müsse eine Demokratie im Lande schaffen, die diesen Namen verdiene und nicht nur eine formale Nachahmung sei.

Denen in Russland, die allein die Wirtschaft modernisieren wollen, gibt er damit zu verstehen, dass man auf umfassende Kooperation des Auslandes nur dann zählen könne, wenn man sich gleichzeitig gesellschaftlich-politisch modernisiere.

Sind sich die Vertreter der außenpolitischen *community* mit Blick auf die wesentliche Bedeutung der Außenpolitik für die Modernisierung des Landes weitgehend einig und befürworten sogar eine „neue ökonomische Außenpolitik“ (Jurgens), sind doch auch bei ihnen einzelne Stimmen zu vernehmen, die sich skeptischer äußern. Zu ihnen gehört *Aleksėj Puškov*, Moderator eines patriotisch-konservativ ausgerichteten Fernsehmagazins („*Postskriptum*“) und, wie schon üblich in diesen Kreisen, Professor an der Eliteuniversität MGIMO und an der Diplomatischen Akademie. Puškovs Auffassungen sind auch deswegen interessant, weil er sich, wie man hört, regelmäßig im Weißen Haus, also dem Sitz der Regierung, abstimmt, um es einmal so zu nennen: Er gibt damit, diese Annahme erscheint berechtigt, die Auffassungen der konservativen Kräfte in der russischen Führung wieder.

Puškov¹⁵ wendet sich gegen jeglichen „ökonomischen Radikalismus“, d.h. gegen die „von höchster Stelle“ – gemeint kann nur Präsident Medwedjew sein – geäußerte Auffassung, wonach die Effizienz der Außenpolitik sich daran messen lassen müsse, inwieweit sie die Wirtschaft beeinflusse und die Lebensqualität der Bevölkerung erhöhe. Es klinge zwar logisch, wenn die russische Außenpolitik sich an den Bedürfnissen der Modernisierung orientieren solle, doch würde dies nur zu unangemessenen Zugeständnissen führen: Solle man etwa, um Investitionen und High-tech nach Russland zu holen, die Georgien- oder die Iranpolitik ändern? Oder etwa die negative Einstellung gegenüber der Ausdehnung der NATO nach Osten aufgeben? Doch wohl nicht!

Und selbst wenn Russland außenpolitische Konzessionen „in größerem Ausmaß

als jetzt“ (!) mache, sei es alles andere als gewiss, dass der Westen dann die russische Wirtschaft modernisiere und entwickle. Warum sollte Europa der russischen Industrie umfassende Infusionen verabreichen und ihr fortgeschrittenste Technologie zur Verfügung stellen? Damit es dazu komme, müsse in Russland – so Puškov, der bisher nicht durch übermäßige Kritik an den russischen Verhältnissen aufgefallen ist, in einer bemerkenswerten Argumentation – einiges geschehen: Es müssten glasklare Eigentums Garantien gegeben werden; Anwälte großer westlicher Firmen dürften – ein Hinweis auf den Fall Magnickij – nicht in Untersuchungshaftanstalten umkommen und Gesetze nicht

rückwirkende Geltung erhalten; Urteile der Gerichte dürften nicht von den Interessen bestimmter Gruppierungen und Clans diktiert werden statt von der Sache selber.

Wenn es Präsident Medwedjew gelinge, in dieser Hinsicht Abhilfe zu schaffen und insbesondere die Korruption zu verringern, welche Gesellschaft und Wirtschaft in Russland auffresse, werde der Westen von ganz allein im Land investieren – ohne außenpolitische Konzessionen Moskaus. Der Schlüssel zur Modernisierung Russlands liege damit, so Puškov, im Innern des Landes, aber nicht außerhalb seiner Grenzen. Ihn in der Außenpolitik zu suchen sei also vergeblich.

Modernisierung mit russischem Antlitz

Erstaunlich viele Stimmen aus dem patriotischen Lager, die sich sonst stets zu allen Themen vernehmen lassen, schweigen zum Thema Modernisierung. Wie es scheint, passt ihnen die ganze Richtung nicht. Viele erinnern sich offenbar daran, wie die Sowjetunion endete: mit der „Beschleunigung“ (uskorenije) und dem „Umbau“ (perestrojka) des Systems, also dem Versuch seiner Modernisierung. Schnell stellte sich dann heraus, dass es nicht zu modernisieren war. Die Folgen sind bekannt. Im übrigen finden sich in diesem Lager viele Vertreter der Auffassung, dass Russland keinerlei Modernisierung benötige – schließlich sei man Großmacht, verfüge über ungeheure Bodenschätze und mit Öl und Gas über die maßgebliche Machtwährung, sei also von niemandem abhängig, sondern wahrhaft souverän. Diese Haltung entspricht der Stimmung der Bevölkerung, die sich in ihrer Mehrheit und trotz mancher Unzufriedenheit nicht in einer Situation sieht, die eine grundlegende Reformierung von Staat und Gesellschaft unabdingbar macht.

Zu denen, die ihre Auffassung in dieser Hinsicht auch aussprechen, gehört *Vitalij Tret'jakov*, früher Chefredakteur der *Nezavisimaja gazeta* sowie später der Ende 2009 eingestellten patriotisch-konservativen Zeitschrift *Političeskij klass* und nunmehr – die Eliten halten zusammen – ebenfalls Professor am MGIMO sowie Dekan der Fakultät „Fernsehwesen“ an der Moskauer Staatsuniversität. Tret'jakovs Losung heißt: Russland darf nicht modernisiert werden! Statt dessen: „Man muss nur leben und sich entwickeln!“¹⁶ Das Land sei wie eine Antiquität, die man schließlich auch nicht modernisieren könne. Und diese Antiquität, dieser Staat sei für Russland ein „zivilisatorischer Wert“ an sich: Das Land sei unabhängig, müsse sich niemandem unterordnen, schon gar nicht den „westlichen Modernisierern“. Ob diese in Gestalt der Europäischen Union die nächsten 15 Jahre überlebten, sei im Übrigen nicht ausgemacht. Und mit der EU werde das Modell untergehen, dem Russland angeblich nacheifern solle.

Noch weiter in diese Richtung geht *Aleksandr Dugin*, russischer Nationalist, Vertreter eines Neo-Eurasismus und, zurückhaltend ausgedrückt, eher rückwärtsgerichtetem Denker. Er gibt ebenfalls seiner Abneigung gegenüber einer dem Land von oben verordneten Modernisierung Ausdruck und wendet sich gegen die herkömmliche, in seinen Augen vor allem westlich beeinflusste Konzeption der Modernisierung. Statt dessen plädiert für einen grundsätzlich anderen Ansatz.¹⁷

Die technische Variante der Modernisierung möge, wie der Autor eher unwillig einräumt, in mancher Hinsicht ihre Berechtigung haben; doch die mit ihr einhergehende moralische Modernisierung ziehe katastrophale Folgen nach sich. Sie zerstöre die überkommenen Beziehungen zwischen den Menschen; der Einzelne stehe nur noch für sich, akzeptiere keinerlei gesellschaftliche Normen mehr. Diese Art von Modernisierung bedeutet für Dugin das Abrücken von allen Werten, die ihm lieb und teuer sind: von konservativen Grundsätzen, von den überkommenen Formen der Moral, von traditioneller Weltanschauung, von religiösen Normen, von Familienwerten, von Kollektiv, Volk, Ethnos, Gemeinschaft, also von allem, was die „kollektive Identität“ des Volkes ausmache. Und all das, so der Autor mit erkennbarem Abscheu, werde Fortschritt, Vervollkommnung, Entwicklung genannt.

Mit dieser Auffassung kommt Dugin in einem historischen Rückblick zu einer ganz anderen Einschätzung von Renaissance und Aufklärung, als sie im Westen vorherrscht, wo diese Epochen positiv bewertet und ihre weitgehende Abwesenheit in Russland gerade als Mangel angesehen wird, der für die heutige Lage mitursächlich sei. In einem geistigen

Rundumschlag macht der Autor insbesondere die Aufklärung für all das verantwortlich, was ihm als Übel erscheint: der Kampf gegen die Religion, die Marginalisierung der Rolle der Kirche in der Gesellschaft, die Entlassung des Menschen aus seinen traditionellen Bindungen, Gewohnheiten, Grundsätzen. Im Zeitalter des Humanismus habe man dann, klagt Dugin, Gott vom Sockel gestürzt, worauf der „autonome Mensch“ erschienen sei, der sich als „frei“ bezeichnet und sich in Wirklichkeit an Gottes Stelle gesetzt habe.

Der Mensch glaube, er könne die Modernisierung beherrschen; doch das sei, so Dugin, ein Trugschluss. In dieser Sicht spricht er sich, wie die von ihm gewählten Beispiele zeigen, selbst gegen an sich nützlichen Fortschritt im konkreten Fall aus, aus Sorge vor den möglichen Weiterungen der einmal in Gang gesetzten Entwicklung. Die Menschen lebten heute mit Implantaten, Prothesen und Mikrochips; für einen Invaliden sei das gut, für die Menschheit aber nicht: Einmal von allen Beschränkungen befreit, kenne der Mensch, so der Autor, mit seiner Technik keine Grenzen mehr und falle ins Extrem, statt die goldene Mitte einzuhalten. Auch hier also die häufig bei russischen konservativen Denkern anzutreffende Haltung: Wir müssen die Menschheit retten, mag auch der einzelne Mensch zugrunde gehen.

In seiner gegenüber fast allem Fortschritt skeptischen Haltung sieht sich Dugin durch die russische Geschichte bestätigt. Niemals sei eine Modernisierung von unten ausgegangen; immer sei sie den Menschen um eines bestimmten Zieles willen von oben aufgezwungen worden; und immer sei sie aus dem Westen gekommen. Peter I. habe zwar das Land in technischer Hinsicht in gewissem

Umfang modernisiert, aber auf Kosten der Menschen: Ihnen habe man fremde Sitten, fremde Kleidung, fremde Ideen aufoktroiert. Die Bolschewiki hätten eine eindrucksvolle technische Modernisierung durchgeführt; doch ebenso eindrucksvoll seien die Kosten gewesen: der Zerfall der Moral, die Zerstörung der Kultur und der sozialen Institute einer traditionellen Gesellschaft, die Vernichtung der Bauernschaft, der Geistlichkeit und des Adels, schließlich die Repressionen. In einem Satz: Russland habe für die Modernisierung mit dem Verlust seiner Identität bezahlt.

Dugin weiß trotz allem, dass Russland nicht ohne eine gewisse Modernisierung auskommt. Das müsse aber eine eigene, eine nationale Modernisierung sein, unter Berücksichtigung „*all unserer Bedingungen*“, eine „*Modernisierung mit russischem Antlitz*“. In ihr werde die Bewahrung der

russischen Identität stets wichtiger sein als Entwicklung, das spezifisch „Russische“ immer bedeutender als Fortschritt. „Modernisierung ohne Verwestlichung“ – etwas in dieser Art schwebt Dugin vor. Die russische Modernisierung soll denn auch nicht nach Westen, nicht nach Europa führen. *“Manches werden wir von dort nehmen, manches wegwerfen, doch im Großen und Ganzen brauchen wir den Westen nicht, er ist absolut anders, er geht in Richtung Abgrund.”*

Die „russische Modernisierung“, so Dugins Fazit, werde Russland zusammen mit einer „konservativen Revolution“, die gleichzeitig notwendig sei, in technischer Hinsicht stärken und vor allem: Sie werde die russische Identität, „*unsere ewige konservative Quelle*“, kräftigen. Und dies brauche das Land; denn: „*Russland muss groß sein, oder es wird nicht sein.*“

Modernisierung? Empörung!

Bei den Menschen im Lande finden die ständigen Aufrufe der Macht zur Modernisierung und die entsprechenden Erfolgsmeldungen kaum eine Reaktion. Allenfalls trifft man auf ein müdes Lächeln und sarkastische Kommentare. Der Unterschied zwischen der Modernisierungsrhetorik des Kremls und dem russischen Alltag ist zu krass, als dass die Menschen sich von den Worten der Macht angesprochen fühlen könnten. Überdies enthüllen immer wieder Krisen und Katastrophen den fragilen und vielfach aller Modernität abholden Zustand von Staat und Gesellschaft. Berühmt ist die Äußerung eines russischen Bloggers angesichts der Brandkatastrophe vom August 2010, der auch seine Datscha zum Opfer gefallen war: *„Was soll uns ein Innovationszentrum in Skolkovo, wenn wir nicht einmal die einfachsten Feuerwehrautos*

*haben?“*¹⁸ Der Blogger verlangt die erneute Aushebung von Löschteichen, die die neue Macht zugeschüttet hatte, und Rückgabe der Glocke, mit der er früher hatte Alarm schlagen können. Das statt dessen dem Dorf zur Verfügung gestellte Telefon funktioniere nicht, weil man vergessen habe, es anzuschließen.

Es gibt zahlreiche ähnliche Fälle und entsprechende Kommentare. Dafür muss man nicht auf die größeren und kleineren Katastrophen warten, wie sie Russland jedes Jahr leider heimsuchen – es reicht, sich im Alltag mit eben dem Mann auf der Straße zu unterhalten. Man glaubt nicht an die russische Modernisierung – zu viel ist schon versprochen, zu viele schöne Begriffe sind schon geprägt und in immerwährender Wiederholung den Menschen

aufgetischt worden, ohne dass sich, so die verbreitete Auffassung etwas geändert hätte. In dieser Perspektive fehlt es den Menschen an Vertrauen in den Willen wie die Fähigkeit der Macht, das Land und seine Gesellschaft entscheidend voranzubringen. In der Folge ergibt man sich der *terpenie*, also dem russischen Gleichmut, gemischt mit Resignation und Zynismus. Die Reaktion auf die Vorgänge im Land fällt damit relativ gemäßigt aus. Das ist nicht verwunderlich: Vor dem Hintergrund der vielen extremen Situationen und Vorkommnisse, denen sich die Menschen in Russland über die Jahrhunderte hindurch gegenüber sehen, gehört es geradezu zum genetischen Code der russischen Bevölkerung, sich über nichts mehr zu wundern, von nichts mehr überrascht zu werden¹⁹ und sich folglich auch kaum noch aufregen und empören zu können.

In dieser Perspektive ist es umso bemerkenswerter, dass nicht wenige Teilnehmer an der Modernisierungsdebatte ein Ausmaß an Empörung zeigen, das seinesgleichen sucht. Zum Ausdruck kommt darin die weitgehende Diskreditierung der Macht in den Augen großer Teile der politischen Klasse. Wie wolle, so liest man etwa,²⁰ die herrschende „Elite“ Russland modernisieren, wenn die Herren bei ihren Banketten im Kreml nur italienische, aber keinesfalls russische Pilze äßen? Sich nur mit Importen kleideten, sich in ausländischen Autos und Flugzeugen fortbewegten, ihren Nachwuchs in der Schweiz zur Schule gehen und ihre Kinder in England zur Welt kommen lassen? Wenn sie Villen an der Côte d'Azur besäßen und sich im Winter in Courchevel vergnügten? Wenn diejenigen, die im Staatsapparat Verantwortung tragen, jegliche Moral und Ethik vermissen ließen? Wie wolle man ein Land modernisieren, in dem zigtausende

Siedlungen ohne durchgehende Zugangsstraßen auskommen müssten, wo große Teile der Bevölkerung kein fließendes Wasser hätten und Hunderttausende jährlich an durchaus heilbaren Krankheiten stürben, weil sie keine adäquate medizinische Versorgung erhielten? Die Russische Föderation sei ein Land mit einer schwer geschädigten Umwelt, mit fürchterlichen Straßen, einem auffälligen Wohnungsbestand, mit mangelndem Schutz des Eigentums und Willkür der Behörden, mit einem von Raub und Bestechung seitens der zuständigen Rechtsschutzorgane durchdrungenen Gerichtssystem. Und in diesem Land, fragt der Autor mit erkennbarem Sarkasmus, wolle man ein Silicon Valley schaffen?

Andere gehen in ihrer Empörung noch weiter, wenn sie unmittelbar auf die von Vladislav Surkov geäußerten Thesen zur Modernisierung antworten („*Das Wunder ist möglich*“). Zu ihnen gehört *Georgij Satarov*, Berater des Kreml unter Präsident Jelzin und nunmehr Direktor der Stiftung „*Information für die Demokratie*“ (INDEM), eines Politikberatungsinstituts. Wer Surkovs Aufruf zur Modernisierung lese, der solle sich, so Satarov,²¹ vergegenwärtigen, wie es in Russland aussehe und was im Land vor sich gehe. Satarovs Russlandbild ist nicht eben rosig: die ständige Zombifizierung und Vergiftung der Menschen durch die von der Macht kontrollierten Massenmedien; die beispiellose und in der russischen Geschichte einzig dastehende Korruption; die unkontrollierte Willkür der Polizei, die Folter in den Gefängnissen und Polizeirevieren; die Zerstörung von Demokratie und Föderalismus. Inhaber hoher Staatsämter, die von Bord eines Hubschraubers geschützte Tiere jagen (und dabei abstürzen),²² die in Palästen an der Rublevo-Chaussee wohnen und Manschettenknöpfe tragen, die soviel kosten,

wie in Russland ein habilitierter Doktor der Naturwissenschaften im Jahr verdient. Eine primitive Wirtschaft, die, wie die sowjetische, von der Öldroge vergiftet ist und die Bürger mit Importwaren ruhigstellt. Eine verderbte Bürokratie, die sich alles erlauben kann und deren Loyalität sich die Macht durch entsprechende Nachsicht erkaufte. Ein Russland, dem sich, so der Autor, gegenwärtig nur zwei Aufgaben stellen: Wie kann man die Bürger vor der Macht retten? Und wie kann man das Land selbst vor der Macht retten?

Satarovs Folgerung aus alledem kommt in der Überschrift seines Artikels zum Ausdruck, in dem er auf Surkovs Aufsatz Bezug nimmt: *Es wird kein Wunder geben.* Und weiter: *Vergesst das versprochene Silicon Valley!* Das ganze Gerede über die Schaffung einer Innovationswirtschaft diene, so Satarov, nur einem Ziel: der Schaffung einer virtuellen Realität. In anderen Worten: Es sei Propaganda. Nun wird Satarov auch klar, warum Surkov mit der Leitung der Gruppe beauftragt worden ist, die ein russisches Silicon Valley schaffen soll: Surkov sei ja, so Satarov, der beste Propagandist des Kreml.

Die Welle geht zurück

Die Modernisierungsrhetorik der Macht hat sich gegen Ende 2010 und weiter im Verlauf des Jahres 2011 abgeflacht. Vladimir Putin, der den Begriff „*Modernisierung*“ in einem weiteren Beispiel der zwischen beiden funktionierenden Arbeitsteilung offenkundig Medwedjew überlassen hat, schien sich generell auf den wolkigen Terminus nicht recht einlassen zu wollen und hat ihn eher implizit und im Rahmen konkreter Vorhaben angesprochen. So hat er im November 2010 einem deutschen Publikum seine Vorstellungen für eine russisch-europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft präsentiert;²³ dabei wurde deutlich, dass es dem Ministerpräsidenten über seine politischen Vorschläge hinaus – Schaffung einer „*harmonischen Wirtschaftsgemeinschaft von Lissabon bis Wladiwostok*“ und, darin eingeschlossen, eines „*gemeinsamen Energiekomplexes*“ – um eine im engen Sinne technische Modernisierung der russischen Wirtschaft geht: „*Wir wollen ... konsequent unsere Betriebe modernisieren und dabei solche europäische Technologien zum breiten Einsatz bringen, welche die weitestgehende Kompatibilität mit unserer Produktionskultur und*

unseren Traditionen aufweisen.“ Zu diesem Zweck schlug Putin eine „*gemeinsame Industriepolitik vor*“; sie solle sich auf die „*Zusammenballung der Technologie- und Ressourcenpotentiale Russlands und der EU*“ stützen.

Putins Vorschläge sind letztlich eine Fortsetzung und Konkretisierung der Ideen, die er bereits in seiner Rede vor dem Bundestag in Berlin im Jahr 2001 geäußert hat, und die auf eine strategische Verbindung zwischen russischen Rohstoffen und deutscher Technologie hinauslaufen. Wie damals finden auch heute diese Vorschläge in Deutschland wenig Resonanz, obwohl sie eine umfassende Antwort verdient hätten.²⁴ Und auch in Russland sind sie, soweit man sehen kann, nicht auf großen Widerhall gestoßen.

Generell ist in der Bevölkerung wie auch in großen Teilen der politischen Klasse die Skepsis gegenüber dem gestiegen, was die Macht in ständiger Übung verkündet. Dazu beigetragen hat die Tatsache, dass der Machtmissbrauch und die Rechtsverstöße seitens des Staates unterdessen,

in den Worten der führenden russischen Soziologen, „gewaltige Dimensionen“ erreicht haben.²⁵ Es wachse das für autoritäre Systeme typische Gefühl, ohnmächtig und schutzlos skrupellosen Geschäftsleuten und kriminellen Organisationen ausgeliefert zu sein; auch darauf beruhe das zu konstatierende mangelnde Vertrauen der Bevölkerung in die politische Führung. Hinzutreten die zahlreichen Unglücke und Katastrophen sowie die – fast nie aufgeklärten – Verbrechen, die in regelmäßigen Abständen über die Bildschirme des Fernsehens, die Zeitungen und vor allem über das Internet die Bürger des Landes erreichen und die die Boulevardpresse fragen lassen, „warum bei uns alles explodiert, untergeht und einstürzt, und zwar mit einer unanständigen Häufigkeit, die einem anständigen Land nicht angemessen ist.“²⁶ Schließlich lassen die ebenso konkreten wie ständigen Fälle von Korruption bei vielen Menschen den Eindruck entstehen, die Staatsdiener bereicherten sich auf ungläubliche Weise, während der Mann auf der Straße sich andauernd neuen Belastungen gegenübersehe. Zum Ausdruck kommt diese Haltung in der Bezeichnung, die die Partei der Macht, also „Einheitliches Russland“, inzwischen im Volksmund gefunden hat: „*Partei der Gauner und Diebe*“ (*partija žulikov i vorov*).

Gewiss, man findet in Russland neue Flughäfen und Bahnhöfe, neue Straßen und Bahnlinien, neue Züge und Flugzeuge, Fabriken neuesten Zuschnitts. All dies kann sich durchaus sehen lassen und entspricht modernem Standard. Doch zu der umfassenden und flächendeckenden Modernisierung, die das Land braucht, fehlt noch jeder Ansatz. Trotz der Krise und trotz der allen bekannten Notwendigkeit einer umfassenden Modernisierung habe sich – so die Auffassung vieler

Beobachter – in Russland wenig bewegt.²⁷ Weder habe es Reformen der Wirtschaft noch eine Hinwendung zu politischem Pluralismus gegeben.

In dieser Perspektive hat Igor Jurgens – wie gesagt, einer der wesentlichen Protagonisten der Reformbewegung – die Modernisierung in Russland unterdessen für letztlich gescheitert erklärt.²⁸ Grund sei, dass die russischen Eliten in ihrer Mehrheit nicht an einer Modernisierung Russlands interessiert seien; hinzu kämen als ernsthaftes Hindernis die Rohstofforientiertheit der russischen Wirtschaft sowie Korruption und Bürokratismus. Die wesentliche Ursache sei indessen die Rückständigkeit („*archaičnost*“) der Menschen („*narod*“) in Russland, die mit dem „durchschnittlichen fortschrittlichen Europäer“ mental nicht mithalten könnten. Das Humankapital im Lande tendiere zu „Degradation“, leide unter mangelnder Qualifikation und entwickle sich in Richtung Lumpenproletariat. Änderungen dieses Zustandes hält Jurgens allenfalls ab 2025 für möglich. Bis dahin setzt er seine Hoffnung in die sich herausbildende russische Mittelklasse.

Im Unterschied zu Jurgens haben andere nie an die Aussichten der Modernisierung in Russland geglaubt; für sie sind es personelle und strukturelle Unzulänglichkeiten mitsamt dem System als solchen, die den Fortschritt in Richtung moderner Staat verhindern. Dabei zeigt sich für manche²⁹ im Russland von heute erneut die Gespaltenheit der Gesellschaft, wie sie schon immer in der Geschichte des Landes geherrscht habe: Erneut gebe es den „*barin*“ und den „*mužik*“, den Herrn und denjenigen, der die Arbeit tun muss. Und die neu-alte herrschende Klasse sei ohne jede soziale und historische Verantwortung: Nicht die Verbesserung der

Lebensumstände der Menschen sei ihr Ziel, sondern allein ihr eigenes Wohlergehen, also die Erhaltung ihrer Sinekure („kormuška“). Damit sei, wie andere³⁰ im Anschluss an diese Gedanken meinen das gegenwärtig in Russland existierende System für eine Modernisierung grundsätzlich ungeeignet. Das Regime gründe ausschließlich auf politischer Kontrolle und Verteilung der Rente, also der vor

allem aus Rohstoffverkäufen erzielten Erlöse. Damit bleibe es bei Untätigkeit und Unselbständigkeit, statt dass Mobilität, Unternehmungsgeist und Unabhängigkeit gefördert würden. So sei denn die Passivität der Gesellschaft zusammen mit den Öl- und Gasgewinnen die wichtigste Stütze des Regimes und damit ein prinzipielles Hindernis für jeglichen Versuch einer Modernisierung des Landes.

Stabilität statt Modernisierung

Es besteht kein Zweifel daran, dass Russland dringend das braucht, was unter dem weiten Begriff „Modernisierung“ verstanden wird: umfassende Reformen in allen Bereichen von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Was die Wirtschaft betrifft, beginnen das offenbar auch diejenigen in Russland zu begreifen, die seit 1999, als ihnen die Macht von Präsident Jelzin auf dem Silbertablett offeriert wurde, das Land regieren und es, in der Formulierung von Dmitrij Trenin,³¹ in vielerlei Hinsicht auch besitzen. Es nimmt, so der Eindruck, im engeren Kreis der Macht die Zahl derer ab, die immer noch glauben, Russland sei bereits erfolgreich und könne sich auch in Zukunft vornehmlich auf seine Rohstoffe und dabei insbesondere auf Öl und Gas stützen.

Aber diejenigen, die in der Führung Russlands von Modernisierung nicht nur sprechen, sondern es auch, so scheint es jedenfalls, ernst damit meinen, wollen lediglich, wie es *Heinrich Vogel*³² ausgedrückt hat, eine politisch „aseptische“ Modernisierung: Sie soll in ihrer Beschränkung auf die Wirtschaft den Status quo der Macht- und Einkommensverteilung unangetastet lassen. Und ihre Protagonisten wollen – in einer Fortführung ihres „aseptischen“ Ansatzes –

Innovationsfähigkeit und Kreativität der Menschen nur in enger Begrenzung fördern nämlich nur, soweit dies einen konkreten Fortschritt der Wirtschaft, also von Unternehmen und Betrieben, ermöglichen kann. Frei sollen die Gedanken nur sein, sofern sie dem wirtschaftlich-industriellen Fortkommen des Staates dienen.

Die „aseptische“ Natur dieser von der Macht bevorzugten Art von Modernisierung hat auch eine außenpolitische Komponente: Man sieht im Kreml, wie schon beschrieben, sehr wohl, dass eine „souveräne Modernisierung“, also ein Abstützen allein auf die eigenen Ressourcen Russlands, nicht möglich ist: Ohne das Anzapfen des Modernisierungspotential der westlichen Industriestaaten wird es nicht abgehen.³³ Doch die Macht ist nicht bereit, dafür einen politischen Preis in Gestalt einer Demokratisierung und Verrechtlichung von Staat und Gesellschaft zu zahlen. Die Kooperation mit dem Westen auf wirtschaftlichem Gebiet, die Vergrößerung westlicher Investitionen in Russland und die Übernahme neuester Technologien, all das soll auf „pragmatischer“ Grundlage geschehen, also zum politischen Null-Tarif und auch in finanzieller Hinsicht möglichst unter Nutzung europäischer

und sonstiger Fördertöpfe. „Aseptisch“ heißt in dieser Perspektive, wie man es in einer Fortführung eines von Moskauer Beobachtern³⁴ gebrauchten Bildes ausdrücken kann: Der Kreml zeigt ein Lächeln, der Westen liefert, und *Chodorkovskij* und *Lebedev* sitzen im Gericht in ihrem Käfig, in dem sie einem Prozess unterworfen werden, dessen Prozedere und dessen Ausgang nicht einmal russischem Recht entsprechen.³⁵

Eine aseptische Modernisierung ist ein Widerspruch in sich selbst.³⁶ Zumindest gilt das für ein Land wie das Russland von heute: Modernisierung, eng begrenzt auf die Wirtschaft, ist dort nicht möglich. Das Land kann nur modernisiert werden, wenn seine Herrscher zu umfassenden, auch die Gesellschaft und Politik ergreifenden Reformen bereit sind. Und vor allem: wenn sie bereit sind, die wesentlichen, die entscheidenden Ressourcen zu nutzen, die Russland besitzt. Dies sind nicht die Rohstoffe, sind nicht Öl und Gas. Es sind die menschlichen Ressourcen, das Humankapital, die große Zahl von Talenten, die es in Russland gibt und die seine Gesellschaft immer wieder hervorbringt. Damit sie sich zum Wohle des Landes entfalten können, braucht es vor allem eines: Freiheit. Im wirtschaftlichen wie im politisch-gesellschaftlichen Bereich. Auch in Russland gilt die Erkenntnis von *James Shikwati*, eines kenianischen Entwicklungssoziologen: „*The free human mind is the ultimate resource.*“³⁷

Ob die Macht den inneren Widerspruch ihrer aseptischen Modernisierung kennt, ist eine offene Frage. Kennt sie ihn und handelt nicht entsprechend, nämlich durch Ausweitung ihres Modernisierungsansatzes, zeigt sie damit, diesen Eindruck muss man haben, dass es ihr letztlich nicht ernst ist mit dem, was sie ständig

verkündet. Kennt die Macht dagegen den Widerspruch nicht und glaubt tatsächlich an die Möglichkeit einer eng auf die Wirtschaft begrenzten Modernisierung, lässt sie mit Blick auf das Funktionieren von Wirtschaft und Gesellschaft wesentliche Gesetzmäßigkeiten außer acht. Diese sind ihr nicht unbekannt – die Regierung wird nachdrücklich auf sie hingewiesen, etwa durch eigens dazu eingesetzte Expertengruppen, die im Rahmen der von der vom Staat verfolgten „Strategie 2020“ eine neue Sozialpolitik entwerfen: Wir müssen, so heißt es dort³⁸ weg vom Verlass auf Rohstoffe und statt dessen die „*hohe Qualität des Humankapitals*“ nutzen, müssen eine „*kreative Klasse*“ schaffen, um einem weiteren Verfall der Gesellschaft zu begegnen.

Wie aber schafft man eine kreative Klasse, wie modernisiert man die Gesellschaft, wenn, wie die beiden bedeutenden russischen Soziologen *Gudkov* und *Zaslavsky* schreiben,³⁹ das derzeitige Regime in Russland „*bedingungslos seiner Logik der Herrschaftssicherung*“ folgt? Wenn, wie der namhafte Politologe *Aleksandr Šumilin* in einer kurzen, an die Protagonisten der Modernisierung (und Anhänger Medwedjews) in den Instituten gerichteten rhetorischen Frage feststellt,⁴⁰ er kenne in der Geschichte der letzten 100 Jahre kein Beispiel dafür, dass diejenigen, die ein Land in eine systemische Sackgasse geführt hätten, es auch wieder herausgebracht hätten? Wenn *Gudkov* und *Zaslavsky*, dieses Argument konkretisierend, hinzufügen,⁴¹ gegenwärtig solle eine ineffiziente und korrupte Bürokratie sich selbst umgestalten, eine Strategie, die seit jeher zum Scheitern verurteilt sei? Wenn schließlich *Sergej Petron*, Parlamentsabgeordneter („*Gerechtes Russland*“) und Begründer eines großen Handelshauses, fragt,⁴² welche Perspektiven ein Staat

haben könne, der gekennzeichnet sei durch „archaische Institutionen, eine Rohstoffwirtschaft, eine allgemeine Korruption, gefährdete Eigentumsrechte, gekaufte Gerichte, 'vergewaltigte' Wahlen, eine amoralische Macht und eine Gesellschaft, die sich abseits hält“?

Von der Macht kommt keine Antwort auf diese Fragen. Von den Wissenschaftlern, Experten und Politikern dagegen hört man eindeutige Äußerungen, die allerdings sämtlich auf eines hinauslaufen: Es geht bergab in Russland; und die Folgen sind unabsehbar. *Vladislav Inozemcev*, ein in der Materie ausgewiesener Wissenschaftler, kann sich unschwer vorstellen, dass Russland sich in eine, wie man es genannt hat, „*classic non-developing nation*“ verwandelt.⁴³ Zwar hält er es für wenig wahrscheinlich, dass das Regime in naher Zukunft ins Wanken geraten könnte, doch sieht er das Land von einer „*Tyranei der Inkompetenz*“ beherrscht, die Staat und Gesellschaft zunehmend schwäche,⁴⁴ eine Aussage, die kaum verwunderlich ist angesichts seiner Auffassung, dass „*die Staatselite eines der reichsten Länder der Welt gekapert und privatisiert*“ habe. *Sergej Petrov*⁴⁵ sagt gerade aus diesem Grund einen Zerfall des Staates voraus und hält diese Auffassung für die herrschende Meinung unter den russischen Experten. Uneinig sei man nur hinsichtlich der Frage, wann und wie das geschehen werde: ob in einem glimmenden Fäulnisprozess oder einem blitzartigen Akt der Zerstörung. *Lilija Ševcova*, Mitarbeiterin des Moskauer Carnegie-Zentrums und eine der brilliantesten Stimmen der russischen Politikanalyse, sieht durchaus die „*kompensatorischen Mechanismen*“, mit denen die Macht auch in Zukunft versuchen werde, das System über Wasser zu halten, vor allem also der Einsatz von Geldmitteln, wie sie aus den Rohstoffverkäufen zur Verfügung stehen. Doch sie warnt vor einer Situation, in

welcher der Einsturz, den auch sie vorhersieht, sich schneller vollzieht als angenommen: Gegenwärtig nähere sich die Agonie rascher, als „*unser Bewusstsein ihrer Unabwendbarkeit*“.⁴⁶

Vom gegenwärtigen Regime ist also, so sieht es die Mehrheit der Beobachter, keine Reform, keine Modernisierung zu erwarten. Am eindeutigsten drückt es *Georgij Satarov*⁴⁷ aus: Die Macht werde nichts tun, selbst wenn sie es wollte: Für sie komme jede wirkliche Reform einem Selbstmord gleich. Daher auch, so kann man dieses Argument fortführen, die ständige Betonung der Stabilität durch die Macht: Stabilität, so wie der Kreml sie versteht, nämlich als Ausschluss jeder Veränderung, welche die eigene Herrschaft gefährden könnte, ist das Gegenteil von Modernisierung.

Auch im Westen und insbesondere in Deutschland beginnt man allmählich zu begreifen, dass die Aussichten für eine Modernisierung Russlands trübe sind. Die Amtszeit Medwedjews hat profunde Zweifel daran geweckt, ob eine Modernisierungsagenda im heutigen Russland überhaupt umzusetzen ist. Es wird immer mehr für unwahrscheinlich gehalten, dass eine „*energische, flächendeckende Modernisierung*“ stattfinden wird, wie sie nötig wäre, um „*die Abwärts Spirale in der inner-russischen Entwicklung umzukehren*“.⁴⁸ In dieser Perspektive wird für die Beziehungen der EU zu Russland bereits ein „*Plan B*“ gefordert, das heißt ein Konzept für die Zusammenarbeit mit einem Russland, das sich zur Modernisierung außerstande zeigt.⁴⁹ Andere, darunter die politischen Kräfte, die in Deutschland bald wieder maßgeblichen Einfluss erlangen dürften, bleiben bei ihrem Konzept der „*Modernisierungspartnerschaft*“ und ihrem angeblichen Wirkungsmechanismus („*Annäherung*

durch Verflechtung⁶⁾,⁵⁰ und das, obwohl in dieser Hinsicht ein offener Dissens zwischen Europa und dem Kreml zu beobachten ist: Während man in Brüssel und den europäischen Hauptstädten mit Blick auf Russland eine umfassende, Wirtschaft wie Gesellschaft einschließende Modernisierung für nötig hält, beharrt die Macht in Moskau auf ihrem engen Konzept einer „aseptischen“ Modernisierung. Wie soll vor diesem Hintergrund eine „Modernisierungspartnerschaft“ gelingen?⁵¹

Kann der Westen – dies die ewige Frage – etwas tun, um Russland und seine Herrscher von einem Weg abzubringen, den man für wenig erfolgversprechend hält? Die Aussichten für entsprechende Versuche sind nicht besonders gut, unternommen werden müssen sie gleichwohl. Zunächst einmal sollte auf der Basis der Gegenseitigkeit der Visazwang aufgehoben werden; denn dies würde der Modernisierung Russlands in jedem Fall nützen, und sei es mittelbar; überdies wäre es im Interesse der Menschen in Russland. Darüber hinaus muss der Kreml-Führung auf höchster Ebene wieder und wieder deutlich gemacht werden, dass ihre Vorstellungen von Modernisierung, sofern sie denn ernst gemeint sind, ein grundlegend falsches Verständnis vom Funktionieren von Wirtschaft und Gesellschaft verraten und in keiner Weise den Notwendigkeiten entsprechen, die im Lande herrschen. Und dass die vom Kreml gewünschten „Modernisierungsalianzen“ mit westlichen Staaten in dieser Perspektive gar nicht möglich sind.

Wer sich in Europa gleichwohl auf derartige Vorstellungen der Macht in Russland einlassen will, muss wissen, dass er damit der Perpetuierung des gegenwärtigen Regimes dient, Russland selber,

seiner Gesellschaft und den russischen demokratischen Kräften aber schadet. In dieser Perspektive sollten die Europäer auch und gerade mit der russischen Gesellschaft zusammenarbeiten, anstatt sich wie bisher auf die Macht zu konzentrieren. Davon sollten sie sich auch nicht durch die subtilen Moskauer Drohungen abhalten lassen, Europa und insbesondere die EU würden keinen Ausweg aus ihrer Phase der Schwäche finden, wenn sie nicht umfassend mit Russland zusammenarbeiten, und zwar nach den Vorstellungen des Kreml.⁵²

Ist die Lage in Russland so aussichtslos, wie viele sie sehen? Nicht ganz: Man trifft im Land zunehmend auf Stimmen, welche die tiefe systemische Krise, in der man das Land sieht, als Chance begreifen⁵³ und sich gegen die Auffassung wenden, der russischen Gesellschaft sei der Weg zur Modernisierung wegen der kulturellen Prägungen ihrer Mitglieder grundsätzlich versperrt.⁵⁴ Und die dazu auffordern, sich auf die künftigen Ereignisse einzustellen: Es sei die Pflicht jedes denkenden und nicht gleichgültigen Menschen, Alternativen zur gegenwärtigen Politik auszuarbeiten und sich entsprechend vorzubereiten; für die Modernisierung gelte es zu kämpfen.⁵⁵ Diese Sätze sind auch als Mahnung an die demokratischen Kräfte in Russland zu verstehen, die es ja durchaus gibt, wenn sie auch – da ihnen der Zugang zum Fernsehen verwehrt wird – kaum die Möglichkeit haben, den Menschen in Russland ihre Botschaft nahezubringen. In der Tat wäre es sinnvoll, wenn sich die Demokraten aus der Opposition heraus dazu verstünden, ihr Konzept einer Modernisierung Russlands auszuarbeiten und es der Gesellschaft vorzulegen. Das Internet, bisher immer noch frei, ist dafür das geeignete Medium. Wenn die Demokraten keine Antwort auf die Krise haben,

wird diese in jedem Fall den üblichen Ausgang nehmen: eine erneute Verhärtung des Kurses und damit weiterhin ein Gang in die falsche Richtung.

Es ist richtig: Russland braucht Zeit. Aber diese Forderung ist letztlich eine Binsenweisheit, die schon zur Floskel geworden ist; sie wird nur allzu oft von denen in Russland wie im Westen verwandt, die den gegenwärtigen Zustand und die mangelnden Perspektiven bemänteln wollen. Ja, Russland braucht Zeit, aber diese Zeit muss genutzt werden. Die Aufgabe ist gewaltig: *„Zu bewältigen ist der Strukturwandel von den alten Industrien zu den neuen – in einem Land, das bis in die jüngste Gegenwart von Stahl und Kohle geprägt ist, mit Regionen, die sich ausnehmen wie ein einziger rust belt, ein gewaltiger Vorgang. Das Bildungswesen muss neu aufgebaut werden, um die besten Köpfe im Lande zu halten und die Flucht der Gehirne ins Ausland aufzuhalten.“* Mit dieser Aussage trifft Karl Schlögel⁶ den Kern der Problematik, auch wenn die Aufgabe wahrscheinlich noch größer ist, als aus seinen Sätzen hervorgeht: die Infrastruktur des Landes, sein Gesundheitswesen, Justiz und Verwaltung – all dies muss gründlich überholt und zum großen Teil neu geschaffen werden.

Wie soll all dies gelingen unter der Herrschaft eines Mannes, der, wie man inzwischen sicher weiß, die Macht nie aufgegeben hat und sie nach seiner Wiederwahl 2012 bis zum Jahr 2024 behalten kann? Und der durch die Manipulationen um das Präsidentenamt und seinen Platzhalter Medwedjew zeigt, wie er mit der russischen Gesellschaft und insbesondere deren geistigen Eliten umzugehen gedenkt? Und der offenbar gar nicht bemerkt, dass er durch sein Vorgehen eine weitere und tiefere Abwendung derjenigen

intellektuellen Kräfte verursacht, die er doch für seine Vorhaben, wenn er sie ernst meint, dringend braucht? Der auf dem Kongress der Partei der Macht „Einheitliches Russland“ im September 2011 erklärt, Russland werde innerhalb von fünf Jahren zu einer der fünf stärksten Wirtschaftsmächte aufsteigen, ohne auch nur ein Wort darüber zu verlieren, wie das erreicht werden kann und soll?⁵⁷ Und der dem Westen eine *„harmonische Wirtschaftsgemeinschaft von Lissabon bis Wladiwostok“*, eine *„gemeinsame Industriepolitik“* und eine *„Zusammenballung der Technologie- und Ressourcencapotentiale Russlands und der EU“*⁵⁸ in der Erkenntnis vorschlägt, dass auf sich allein gestellt Russland den Aufstieg nicht schaffen kann, der aber gleichzeitig in Worten und Taten zu verstehen gibt, was er von westlichen Werten und Überzeugungen hält, nämlich nichts? Der in klassischer russischer Tradition seit Peter dem Großen zeigt, dass seine Modernisierungsvorstellungen nicht eine Verbesserung der Lebensumstände der Menschen zum Ziel haben, sondern eine Verbesserung der Stellung Russlands in der Welt? Der schließlich in keiner Weise Anlass für die Annahme gibt, wie sie in Berlin bereits wieder im Schwange ist, dass er nämlich ein anderer geworden sei – „Putin 3“ – und künftig mit anderen, jüngeren Mitarbeitern andere Ziele als bisher verfolgen werde?

Der Inbegriff von Putins politischer Gedankenwelt besteht in dem Satz: Russland muss stark sein; denn die Schwachen schlägt man. Die Nachbarn des Landes, insbesondere die Europäer, können mit dem ersten Teil dieser Botschaft leben. Mehr als das: Sie können diese Aussage indossieren, weil sie selbst an einem starken Russland interessiert sind oder es jedenfalls sein sollten; denn

nur ein starkes Russland kann die Aufgaben erfüllen, die sich ihm in der Weltarena stellen. Aber ein *starkes* Russland kann nach europäischem Verständnis nur ein *demokratisches* Russland sein. Ein autoritär regiertes Russland kann – vielleicht, doch auch das ist nicht sicher – mächtig sein und reich, aber stark wird es nicht sein.

In einem so verstandenen starken Russland kann die politische Führung dem eigenen Volk vertrauen, wie umgekehrt die Menschen im Lande ihren frei gewählten Repräsentanten vertrauen können. Eben darin besteht eine der wesentlichen Voraussetzungen für eine umfassende Modernisierung. Doch die Verhältnisse, sie sind nicht so: Der Eindruck ist unabweisbar, dass die Macht in

Russland dem eigenen Volk nicht vertraut. Offenbar bedeutet die Freiheit der Bürger für den Kreml das implizite Risiko des Machtverlustes. Und dieses Risiko will die Macht erkennbar nicht eingehen.

In dieser Perspektive ist zu befürchten, dass die Aussage Dmitrij Trenins,⁵⁹ es sei wiederholt: einer der brilliantesten Analytiker des Landes, sich bewahrheiten wird: Der Kreml muss wählen: Entweder man gibt dem Weiterleben des gegenwärtigen Systems Priorität und nimmt Russlands stetige Marginalisierung in Kauf. Oder man beginnt mit der Öffnung des Systems und riskiert damit dessen Überleben. Modernisierung oder Marginalisierung – das ist die Alternative, vor der das Land und seine Führung stehen.

-
- 1 Insbesondere der Artikel Россия, вперед! (Vorwärts, Russland!), <<http://www.kremlin.ru/news/5413>>, sodann die Botschaft an die Föderale Versammlung der Russischen Föderation (Послание Федеральному Собранию Российской Федерации), kremlin.ru, 12.11.2009 <<http://kremlin.ru/transcripts/5979>>
 - 2 Der Präsident hat diese Formulierung in einem Gespräch mit einem dänischen Journalisten gewählt, als Antwort auf dessen Frage, wie denn das Gesicht der russischen Außenpolitik aussehen solle. Zitiert wird die Äußerung von Lilija Ševcova in einem Interview (Pokazat' miru lico s ulybkoi, imeja kletku s Chodorkovskim i Lebedevym, očen' složno) (Der Welt ein Lächeln im Gesicht zeigen, während man Chodorkovskij und Lebedev im Käfig hat, ist sehr schwierig), Fond Karnegi, 29.6.2010 (<http://carnegie.ru/publications/?fa=41088>)
 - 3 Hervorgehoben seien das Interview Surkovs mit dem Nachrichtenmagazin *Itogi* vom Oktober 2009 („Erneuert Euch, meine Herren?“) sowie das Interview mit der liberalen Tageszeitung *Vedomosti* vom Februar 2010 („Das Wunder ist möglich“).
 - 4 Beispielhaft der Artikel von Sergej Stepašin, kurzzeitiger Ministerpräsident sowie Chef des FSB und nunmehr Vorsitzender des Rechnungshofes der Russischen Föderation, verfasst zusammen mit seinem Mitarbeiter Valerij Goregljad: Na vychode iz krizisa (Am Ausweg aus der Krise), in: *Svobodnaja mysl'*, 8 (1603) 2009, S. 5-12
 - 5 Stepašin/Goregljad, ebd.
 - 6 So etwa der Publizist Nikolaj Gul'bidinskij, Modernizacija ili „otstoj“? (Modernisierung oder „Aussitzen“?), in: *Svobodnaja mysl'*, 3 (1610) 2009, S. 73-84
 - 7 Vladimir Gel'man, Tupik avtoritarnoj modernizacii (Die Sackgasse der autoritären Modernisierung), in: *Pro et Contra*, 5-6 (September-Dezember) 2009, S.51-61
 - 8 Sergej Aleksašenko, Kto partner, a kto konkurent? (Wer ist Partner, wer Konkurrent?, in: *Voenno-promyšlennyj kur'er*, 24 (23.-29.6. 2010).
 - 9 Vladimir Milov, Silikonovyje implantaty modernizacii (Silikonimplantate für die

-
- Modernisierung), in: gazeta.ru, 28.6.2010
(<http://www.gazeta.ru/column/milov/3391373.shtml>);
- 10 Jurgens ist im Februar 2010 mit einer in seinem Institut erarbeiteten großen Studie zum Thema Modernisierung hervorgetreten. Dazu Jens Siegert, Das Medwedjew-Institut legt sein „Bild der wünschenswerten Zukunft Russlands im 21. Jahrhundert“ vor, in: Russlandanalysen 198/10, S. 2-5. Vgl. auch die Äußerungen von Jurgens in Reformy na doverii (Reformen auf der Grundlage von Vertrauen), in gazeta.ru, 11.11.2009 (http://www.gazeta.ru/.../11_a_3283110.shtml); Interview mit der Berliner Zeitung vom 4.3.2010
- 11 Sergej Aleksašenko, Kto partner, a kto konkurent? (Wer ist Partner, wer Konkurrent?), in: Voенno-promыšlennyj kur'er, 24 (23.-29.6. 2010)
- 12 Put' v buduščee - c Evropoj i SSA (Der Weg in die Zukunft - mit Europa und den USA), in: Voенno-promыšlennyj kur'er, 24 (23.-29.6. 2010)
- 13 Sergej Karaganov, Političeski - s Evropoj, ekonomičeski - s Aziej (Politisch mit Europa, wirtschaftlich mit Asien), in: Voенno-promыšlennyj kur'er 25 (30.6.-6.7. 2010).
- 14 Trenin, Dmitrij, „Moskva muskulistaja“: odinočestvo otdel'nogo vsjatogo centra sily („Das muskulöse Moskau“: Die Einsamkeit eines einzelnen Machtzentrums), in: Brifing, Moskovskij Centr Karnegi, 11 (Januar 2009); ders., A new and modern foreign policy, in: Moscow Times, 14.5.2010
- 15 Aleksej Puškov, in: Priderživatsja politiki mudrogo soseda (Die Politik eines weisen Nachbarn befolgen), in: Voенno-promыšlennyj kur'er, 23 (16.-22.6.2010)
- 16 Vitalij Tret'jakov, Nužno prosto zit' i razvivat'sja (Man muss einfach leben und sich entwickeln), in: Voенno-promыšlennyj kur'er 22 (9.6.-15.6. 2010).
- 17 Aleksandr Dugin, Čto takoe modernizacija? (Was ist das: Modernisierung?), in: Političeskij klass 1 (Januar) 2009, S. 60-65
- 18 Dazu gazeta.ru vom 4.8.2010 (gazeta.ru/news/.../n_1529631.shtml)
- 19 Klassisch Nikolaj Leskov „Obwohl in Russland geboren und deshalb gewöhnt, mich über Unvorhergesehenes nicht mehr zu wundern...“ (Am Ende der Welt, Erzählungen, Leipzig 1973, S. 135)
- 20 Nikolaj Gul'bidinskij, Modernizacija ili „otstoj“? (Modernisierung oder „Aussitzen“?), in: Svobodnaja mysl', 3 (1610) 2009, S. 73-84
- 21 Georgij Satarov, Čuda ne budet (Ein Wunder wird es nicht geben), in: Eženedel'nyi žurnal, 18.2.2010 (http://ej.ru/?a=note_print&id=9890)
- 22 Zu diesem Vorgang Vladimir Ryžkov, Killing endangered species and democracy, in: Moscow Times, 10.8.2010
- 23 In einem Gastbeitrag für die *Süddeutsche Zeitung*, SZ 25.11.2010, S. 22
- 24 Bundeskanzlerin Merkel hat unmittelbar nach Putins Beitrag, wie sie es formuliert hat, „Wasser in den Wein“ geschüttet: Die Schritte, die Russland in letzter Zeit gegangen sei, wiesen nicht in die Richtung, die der Ministerpräsident gehen wolle. Positiver äußerte sich Außenminister Westerwelle: Putins Vorschläge zeigten, „wie eng wir in unseren strategischen Zielstellungen beieinander liegen“. Vgl. SZ 26.11.2010, S. 21
- 25 Lev Gudkov/Victor Zaslavsky, Russland: Kein Weg aus dem postkommunistischen Übergang?, Berlin, 2011, S.183 f.
- 26 Als Konsequenz ist am 20.9.2011 der Verkehrsminister in die Duma zitiert worden, um dort

-
- zu den sich häufenden Unglücken Stellung zu nehmen. Vgl. Moskovskij komsomolec 19.9.2011
- 27 So Maria Lipman, Chefredakteurin der vom Moskauer Carnegie-Zentrum herausgegebenen Zeitschrift *Pro et Contra*, im Vorwort (Ot redaktora) zur Ausgabe September-Dezember 2009 der Zeitschrift. Ähnlich auch der Dumaabgeordnete (Fraktion „Gerechtes Russland“) Sergej Petrov, *Vedomosti* 1.8.2011, und Lilija Ševcova, *Rossija: logika upadka* (Russland: Die Logik des Niedergangs), in: *Novaja gazeta*, 12.9.2011 und 13.9.2011
- 28 *Nezavisimaja gazeta*, 16.9.2010, *Novyj region-Moskva*, 15.9.2010 (<http://www.nr2.ru/moskow/300609.html>), *gazeta.ru*, 16.9.2010 gazeta.ru/.../16_e_3420186.shtml)
- 29 So etwa für Andrej Piontkovskij, einen der radikalsten und entschiedensten Kritiker des Systems. Vgl. seinen Artikel „Tupiki `modernizacij`“ (Die Sackgassen der „Modernisierung“), in: *grani.ru*, 29.12.2009
- 30 So Maria Lipman, (Anm.27)
- 31 Dmitrij Trenin, *Rossija peresmatrivaet svoju rol' v mire i svoi otnošenija s Zapadom* (Russland definiert seine Rolle in der Welt und seine Beziehungen zum Westen neu), in: Dmitrij Trenin, *Odinočnoe plavanie* (etwa: Einsame Schifffahrt), Moskau 2009, S.145-162 (146)
- 32 Heinrich Vogel, *Peredyška ili povorot* (Atempause oder Wende), in: *Rossija i sovremennij mir*, Moskau, 2011
- 33 Fjodor Lukjanov, *Tapping into West's modernization reservoir*, in: *Moscow Times*, 16.12.2009
- 34 Lilija Ševcova, *Pokazat' miru lico s ulybkoi, imeja kletku s Chodorkovskim i Lebedevym, očen' složno* (Der Welt ein Lächeln im Gesicht zeigen, während man Chodorkovskij und Lebedev im Käfig hat, ist sehr schwierig), *Fond Karnegi*, 29.6.2010 (www.carnegie.ru/publications/?fa=41088)
- 35 Otto Luchterhandt, *Rechtsnihilismus in Aktion. Der Yukos-Chodorkovskij-Prozeß in Moskau*, in: *Osteuropa* 7/2005; ders., *Verhöhnung des Rechts. Der zweite Strafprozeß gegen Michail Chodorkovskij und Platon Lebedev*, in: *Osteuropa* 4/2011
- 36 Heinrich Vogel (Anm.32)
- 37 James Shikwati, *Aid or development?*, in: *Jeju Peace Institute/Friedrich-Naumann-Stiftung* (Hrsg.), *Developing a region*, 2011, S.239-246 (239)
- 38 Evgenija Pis'mennaja, *Social'naja politika Rossii sposobstvuet ljumpenizacii naselenija* (Die Sozialpolitik Russlands fördert die Lumpenisierung der Bevölkerung), in: *Vedomosti.ru*, 17.8.2011
- 39 Lev Gudkov/Victor Zaslavsky (Anm.25), S.182
- 40 Aleksandr Šumilin, *Freundschaftliche Frage an Evgenij Gontmacher*, *Echo Moskvy*, 28.7.2011. Ähnlich Gudkov und Zaslavsky (Anm.25), S.183: „Die russische Geschichte kennt ... kein einziges Beispiel für eine erfolgreiche Reform der staatlichen Verwaltung. ... stets wurde der Umbau des Regierungssystems dem Staatsapparat selbst übertragen.“
- 41 Anm. 25, S.183
- 42 Sergej Petrov, *Rossija 2020: Prosuščestvuet li RF do 2020 goda* (Russland 2020: Wird die RF das Jahr 2020 noch erleben?), in: *Vedomosti* 1.8.2011
- 43 Vladislav Inozemtsev, *Dilemmas of Russia's modernization*, in: Ivan Krastev u.a. (Hrsg.),

-
- What does Russia think?, London 2009, S.47-52
- 44 ders., Alle Macht dem Mittelmaß, in: Internationale Politik, März/April 2011, S.101-111
- 45 Petrov (Anm.42)
- 46 Lilija Ševcova, Rossija: logika upadka (Russland: Die Logik des Niedergangs), Teil 2, in: Novaja gazeta, 13.9.2011
- 47 Georgij Satarov, Beznadega (Hoffnungslosigkeit), in: Eženedel'nyj zurnal, 12.8.2010
- 48 So Susan Stewart, Wenn Russland schwächer wird, SWP-Aktuell 42, September 2011, S.2 f
- 49 Stewart, ebd., S.4
- 50 Vgl. die Rede des ehemaligen (und zukünftigen?) Außenministers Steinmeier vor der DGAP in Berlin am 27.9.2011
- 51 Dazu Hannes Adomeit in diesem Band
- 52 Fjodor Lukjanov (Anm.33), Moscow Times, 16.12.2009
- 53 Sergej Petrov (Anm. 40), auch Maria Lipman (Anm.27)
- 54 Emil' Pain, Novacii kak prodolženie tradicii. O sociokul'turnych uslovijach modernizacii Rossii (Neuerungen als Fortsetzung der Tradition. Über die soziokulturellen Bedingungen der Modernisierung Russlands), in: Nezavisimaja gazeta, 3.9.2010
- 55 Lipman (Anm.27)
- 56 Karl Schlögel, Russlands zweite Modernisierung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 8/2011, S.49-61 (59)
- 57 Moscow Times, 27.9.2011
- 58 siehe oben, Anm.23
- 59 Kremlin two step, in: Moscow Times, 11.1.2010

Die Rolle der ROK im Modernisierungs- und Transformationsprozess des modernen Russland

Die Russisch-Orthodoxe Kirche (ROK) ist, anders als die röm.-katholische Kirche für den modernen (europäischen) Nationalstaat, seit beinahe tausend Jahren einer der prägenden Faktoren im russischen Selbstverständnis, wenn nicht überhaupt der prägendste. Die wesentliche Frage, die diesem Vortrag vorangestellt ist, welchen Einfluss die ROK auf den Modernisierungs- und Transformationsprozess des sogenannten „modernen Russland“ ausüben, kann nur im Lichte der kirchlichen Tradition richtig analysiert werden. Wenn man diese Frage etwas anders formuliert, könnte man ganz einfach auch formulieren: welche politische Kraft hat die ROK und was unterscheidet ihre Stellung beispielsweise von der der röm.-kath. Kirche in einem liberal-demokratischen Land wie Österreich? Die Beantwortung dieser Frage ist für unser Verständnis von Vorgängen in Russland wesentlich. Die ROK ist keine Randgruppe, sie steht im Zentrum des kulturellen Selbstfindungsprozesses der zerfallenden Sowjetunion und später der entstehenden Russischen Föderation. Zunächst muss man bemerken, dass nicht nur die ROK als Religionsgemeinschaft in der Russischen

Föderation eine Rolle spielt, durchaus wichtig und angebracht wäre es beispielsweise den Islam in seiner Stellung und Bedeutung zu analysieren, davon handelt dieser Artikel aber bewusst nicht.

Wenn nun die Analyse der ROK in ihrer Beziehung zum modernen russischen Staat unser Ziel ist, so soll dies in fünf Schritten geschehen. Zunächst werden wir zwei Punkte einer kurzen Klärung unterziehen. Zum einen müssen wir uns fragen, was die „Modernisierung aus der Sicht der Kirche bedeutet, was heißt Modernisierung für die Kirche und wie korrespondiert diese mit der Tradition? Weiters müssen wir die byzantinische „*symphonia*“ untersuchen, schließlich baut die kirchliche Tradition ihre Beziehung zum Staat auch heute noch auf diesem Ideal auf. In einem dritten Schritt werden wir die Sozialdoktrin der russischen Kirche untersuchen um in einem vierten Schritt die Wirkung der Kirche auf die russländische Regierung analysieren können. Schließlich werden wir, fünftens, ein Fazit der Staat-Kirche-Beziehung ziehen, das die Rolle der russischen Kirche im modernen Russland darlegen soll.

Tradition vs. Modernisierung?

Wie korrespondiert in der orthodoxen Geschichte die Tradition mit der „Modernisierung“? Tradition bedeutet, im russisch-orthodoxen Selbstverständnis, die Rückbindung an Christus, die Rückbindung an die Kirchenväter und in diesem Selbstverständnis ist auch die Essenz zu sehen, die eine Modernisierung verhindert.

Diese starke Rückbindung der Kirche auf die „Heilige Überlieferung“ (die Tradition) verhindert freilich auch, dass die Kirche eine Art Flexibilität (ohne Wertung!) an den Tag legt, die beispielsweise die Westkirche im Laufe der Jahrhunderte zeigte. Die Westkirche hat einen „flexibleren“ Begriff von Tradition entwickelt, während

die Orthodoxie ihren Hauptwert in der Bewahrung der Tradition sieht, nicht unbedingt in deren Weiterentwicklung. Traditionelle Standpunkte finden auch ihren Niederschlag in der gegenwärtigen geistigen, als auch tagespolitischen Debatte. *Aleksander Dugin* ist ein Beispiel hierfür. Dugin kann mit Recht als „Esoteriker“ verstanden werden. Seine Einordnung in westlich-neuzeitliche Politschemata ist schwierig. Er könnte nach diesen Kriterien sowohl als „links“ als auch als „rechts“ bezeichnet werden. Im Übrigen ist Dugin nicht der erste Fall eines „mystischen“ Beraters in Kremlnähe in der Geschichte Russlands. Seine Beziehungen

zur Orthodoxie sind differenziert zu sehen. Dugin ist ein derart facettenreiches Phänomen, so dass seine Person hier nicht gebührend analysiert werden kann. Ein weiteres Problem, welches auch die Person Dugins betrifft, ist, dass die Orthodoxie (gemeinsam mit vielen esoterischen Strömungen) die Menschheitsgeschichte als eine „*Involution*“ sieht, die Menschheitsgeschichte bewegte sich vom göttlichen Ideal weg, es handelt sich also um einen Abstieg. Der lineare Geschichtslauf, von der Erschaffung der Welt bis zum „Jüngsten Gericht“, ermöglicht es der Kirche auch eine Eschatologie zu entwickeln, die an den „Zeichen der Zeit“ orientiert ist.

Die Problematik des „kanonischen Territoriums“

Die ROK hält an einem kanonischen Territorium fest, das weit über die Grenzen der Russischen Föderation reicht. Die Ukraine beispielsweise zählt dazu. Der Zerfall der SU hatte zwar zunächst zur Folge, dass die Religion nicht mehr am direkten Gängelband des Staates hing und sich frei entfalten konnte, er hatte aber auch zur Folge, dass die ROK nun vor der

Situation steht, historischen Boden insofern zu verlieren, als dass neue „eigenständige Länder“ entstehen. Diese Vorgänge sind für die Kirche so lange kein Problem, so lange nicht in innerkirchliche Angelegenheiten eingegriffen wird. In der Ukraine, wie bereits erwähnt, sind die Probleme allerdings bereits vorhanden und eine schnelle Lösung ist nicht zu erwarten.

Die byzantinische Symphonie

Die Haltung der russischen Kirche zum Staat ist in ihrem Ideal nach wie vor von der Kaiseridee des byzantinischen Reichs geprägt. Wenn auch diese Idee in der Geschichte des russischen Staates an die Eigenheiten angepasst und modifiziert wurde, so bleibt dennoch dieses Leitbild führend. Das byzantinische Kaiserbild zeichnet die *symphonia* aus: die Kirche bleibt als eigenständige Institution bestehen, der Kaiser bildet das Oberhaupt der Gesellschaft, oder besser der Gemeinschaft, er ist oberster Hüter der Kirche,

Verteidiger der Dogmen, Berufer der Konzilien, er ist aber nicht dem Papst gleichzusetzen, er hat keine unmittelbare theologische Gewalt. Er ist nicht „Herr“ über die theologische Debatte. Diese *symphonia*, die man auch als „Symbiose“ bezeichnen könnte, zeichnet also bis heute das Weltbild der russisch-orthodoxen Kirche aus, wie es im Übrigen das Bild aller orthodoxen Kirche vom Verhältnis zum Staat ausdrückt. Davon zeugt gerade die Sozialdoktrin der russischen Kirche.

Die Sozialdoktrin der russisch-orthodoxen Kirche

Die Sozialdoktrin der russisch-orthodoxen Kirche kann als Schlüsseldokument der neueren Zeit betrachtet werden. *Patriarch Kirill* war auch bei der Sozialdoktrin der führende Kirchenmann. Obwohl ich selbst von der Etikettierung „*konservativ*“, „*liberal*“, „*traditionalistisch*“ nicht viel halte, wenn es um den kirchlichen Bereich geht, so kann man konstatieren, dass Kirill ein Mann der Mitte ist, allerdings ist Mitte hier nicht beliebig zu verstehen, sondern mehr in seiner Positionierung als kluger austarierender Taktiker. Kirill hat, wie im übrigen der überwiegende Großteil der orthodoxen Hierarchen, ein sehr klares Wertefundament und die orthodoxe Ekklesiologie hat sich seit bald einem Jahrtausend, im Gegensatz zur Westkirche, nicht verändert. Musste sie auch nicht. Die Verzahnung zwischen russischem Staat und russischer Kirche war von 988 an, mit der „*Tauf der Rus*“ bis 1917 lebendig. Erst durch die, von der orthodoxen Kirche als „*Katastrophe*“ bezeichnete, bolschewistische Revolution wurde diese

Verzahnung gelöst. Allerdings geschah dies nicht in einem Prozess, der der westlichen Laizität oder der Säkularisierung entspräche, sondern in einem Akt der Gewalt, der von einer Seite, der Kirche, nie akzeptiert wurde. In dieser Zeit der Verfolgung bildeten sich nun mindestens drei Haltungen heraus, die das Verhältnis der Orthodoxie zum atheistischen Staat bestimmten. Die eine war eine abwehrende, stramm antikommunistische Haltung, die zweite war jene der partiellen Zusammenarbeit und die dritte die des Kollaborateurs. Die Kirche hat als Ganzes dennoch die Zeit des Kommunismus als Joch empfunden. In der Zeit unmittelbar nach dem Zusammenbruch bildete sich nun eine Gesellschaft, die sich in Richtung des westlichen Pluralismus bewegte, bzw. es wurde der Anspruch erhoben ein dem westlichen Modell des liberal-demokratischen Systems ähnliches System zu formen, mit all den Folgen, die eine solche Entwicklung für die Religion zeitigen sollte.

Nation

Zunächst ist es interessant festzuhalten, dass die ROK in vorliegendem Dokument den Begriff der Nation „zerlegt“ und zwar in sowohl die ethnische Gemeinschaft, als auch die Bürger eines bestimmten Staates. Wenn die Kirche auch den „universalen Charakter“ der christlichen Botschaft betont, so betont sie umgekehrt, ganz dem orthodoxen Verständnis der „*autokephalen Kirchen*“ folgend, dass orthodoxe Christen ihre irdische Heimat nicht vergessen dürften. Sie betont zudem, dass es eine „nationale christliche Kultur“ gäbe. Ebenfalls führt die Kirche klar an, dass die Teilnahme an Befreiungskriegen erlaubt sei, eine Tatsache, die bei Kriegen wie

dem „Tschetschenienkrieg“ aktuelle Bedeutung gewinnt. Überraschend für den westlichen Leser ist auch die Tatsache, dass dem „Patriotismus“ ein hoher Stellenwert in der Lehre der Kirche eingeräumt wird. Allerdings in Abgrenzung zu jenem Begriff von Nationalismus, den der Westen prägte. Wobei die Grenzen hier gefährlich eng werden können, wenn es in der Doktrin heißt: „(...) Dementsprechend bezieht sie keine Stellung, in interethnischen Konflikten, mit Ausnahme solcher Fälle, in denen seitens einer der beiden Parteien eindeutig Aggression betrieben bzw. Ungerechtigkeit geübt wird“.

Die Doktrin streicht gleich am Anfang des Abschnittes über „Kirche und Staat“ heraus, dass der Staat den Zweck habe die irdischen Angelegenheiten zu regeln. Die Kirche also zieht hier eine klare Trennlinie. Den idealen Staatsmann bezeichnet die Doktrin als „irdischen Statthalter“, dieser sei aus einem Entfremdungsprozess des Menschen von der Gehorsamspflicht Gottes entstanden. Die israelitischen Stämme hätten die direkte Verbindung zu Gott gehabt und daher keinen „Statthalter“ benötigt. Die Kirche betont nun weiter, dass die Gläubigen dem Staat Gehorsam schulden, jedoch nur insofern, als der Staat nicht selbst „vergöttlicht“ wird, Gehorsam auch nur so weit, als der Staat den Glauben nicht bedroht. Der Staat wird auch nicht autonom von Gottes Gesetzen gesehen, daher hält die Doktrin eindeutig fest, dass einem Staat, der die Gläubigen zu einer Abkehr von Christus und der Kirche nötigt, der Gehorsam zu verweigern ist. Wenn die Doktrin auch die Realität des säkularen Staates anerkennt, so bezeugt sie gleichzeitig die Möglichkeit der Übereinstimmung von Aufgaben und Tätigkeiten, die nicht nur irdischen Nutzen nach sich ziehen, sondern auch der Verwirklichung des Heilsauftrages der Kirche dienen. Das Dokument verurteilt im Übrigen auch die Französische Revolution. An mehreren Stellen wird die Autonomie der Kirche gegenüber dem Staat betont, dies geschieht einerseits aus den Erfahrungen des 20. Jahrhunderts heraus, andererseits aber auch aus dem byzantinischen Verständnis der *symphonia*. Besonders beachtenswert ist die Tatsache, dass die Doktrin die *symphonia* in der Praxis des byzantinischen Reiches als unvollendet betrachtet, während im alten Russland unter den Zaren eine größere Harmonie bestanden hätte. Wir sehen hier

klar, dass Russland seine eschatologische Positionierung als „letztes freies Land“ nach dem Fall des byzantinischen Reiches aufgreift und zu neuer Höhe befördert. Russland als das „dritte Rom“.

Ein wichtiger Punkt ist auch, dass in der Doktrin klar mehrere Punkte angeführt werden, in welchen die Kirche mit dem Staat zusammenarbeiten kann und umgekehrt, in welchen nicht. Es seien hier nur einige, für vorliegende Analyse wesentliche Punkte, herausgegriffen: Die Kirche sieht Felder der Zusammenarbeit in:

- der „Sorge um die Erhaltung der Sittlichkeit in der Gesellschaft“
- „Geistig-spirituelle, kulturelle, sittliche sowie patriotische Bildung und Erziehung“
- Die Mitwirkung an der Ausarbeitung „einschlägiger Gesetze, Verordnungen“ etc.
- Tätigkeit der weltlichen und geistigen (Massen-)Medien
- Widerstand gegen die Tätigkeit „pseudoreligiöser Strukturen“

Die Doktrin zeigt also, dass die russisch-orthodoxe Kirche sich selbst, unter Beibehaltung des byzantinischen Idealbildes, als eigene Institution wahrnimmt, jedoch in engster Anbindung an das „Russische“. Um nun die Umsetzung der hier dargelegten Grundsätze im praktischen kirchlich-staatlichen Leben untersuchen zu können, soll die Person und die theologisch-politischen Aussagen des derzeitigen Patriarchen einer Untersuchung unterzogen werden:

Patriarch Kirill und die Kirche im Tagesgeschehen des modernen Russland

Biographie

Kirill wurde 1946 in St. Petersburg geboren. 1969 legte er die Mönchsgelübde ab. Er war mehrere Jahre Vertreter beim Weltkirchenrat in Genf. Im Anschluss daran leitete er zehn Jahre verschiedene geistliche Lehranstalten. 1976 wird Kirill zum Bischof geweiht, 1977 zum Erzbischof erhoben. Seit 1984 leitet er die Diözese von Smolensk und seit 1989 ist er Leiter des Außenamtes. 1991 Erhebung zum Metropoliten. Besonders hervorzuheben ist, dass Patriarch Kirill von 1994 an eine wöchentliche Fernsehreihe im Zentralen Russischen Fernsehen leitete.

Theologische Akzentsetzung

Kirill gilt gemeinhin als Zentralist. Er übt einen Ausgleich zwischen allzu traditionalistischen Positionen und allzu weitgehenden Verweltlichungen, die aber traditionell in der russischen Orthodoxie Minderheitenpositionen sind. Kirills theologische Akzentsetzungen sind bereits in der Sozialdoktrin festzumachen. Besonderen Wert legt Kirill auf das byzantinische „Symphonie-Modell“, er betrachtet es als „Ideal“ und zwar, nach seinen eigenen Worten, unabhängig davon, ob es in der Realität umgesetzt wurde, oder nicht. Zugleich verurteilt Kirill besonders deutlich

die „Reformen“ Peters I. um zu betonen, dass nun die Möglichkeiten grundsätzlich offen seien, dieses Modell wieder umzusetzen, bzw. sei es der russischen Kirche bereits gelungen dieses Modell umzusetzen. Kirill sieht, ganz in der Tradition der russischen Kirche, die Orthodoxie nicht nur als „Glauben“, sondern auch als gesellschaftliche Zuordnung. Dies korreliert mit der Tatsache, dass, Umfragen zufolge, min. 70% der Russen sich als „Orthodox“ bezeichnen. Darunter ist aber nicht unbedingt ein kirchliches Zeugnis mit eingeschlossen, sondern vielmehr eine fast „ethnische“ Zugehörigkeit. Und Kirill nimmt dieses Zeugnis auf und ernst. In diesem Punkt unterschied sich die Orthodoxe Kirche stets von dem, in ihrem Strukturverständnis stets universalistischeren, röm.-kath. Konzept der „Nation“, aber auch vom Nationsgedanken des 19. und 20. Jahrhunderts in Westeuropa. Die Orthodoxie ist die Basis, der einende Moment, der russischen Nation. Patriotismus ist daher nicht vom Bekenntnis zur Orthodoxie zu trennen, dies äußert sich auch in den Beziehungen zwischen Kirche und Staat und in den „Außenbeziehungen“ der russischen Kirche zu sogenannten „slawischen Brudervölkern“

Die Beziehungen Kirche-Staat

Der jetzige Ministerpräsident Putin sah und sieht die Kirche als „gläubiger Christ“, als „orthodoxer Russe“. Seine Gläubigkeit auf Authentizität zu überprüfen ist nicht unsere Sache, sein Bemühen in der Einigung zwischen ROK und ROKA zeugt allerdings von zumindest tiefem Verständnis für die patriotische Bedeutung der Kirche. So äußerte er, dass die Wiedervereinigung

der beiden Kirchen die wichtigste Voraussetzung für die Einheit aller Russen sei, er selbst, gemeinsam mit dem Präsidenten Medwedjew, nimmt im Übrigen an den Osterfeierlichkeiten der Kirche offiziell teil. Medwedjew versendet sogar Ostergrüße, die in ihrem Inhalt weit über allgemeine Feiertagsgrüße hinausgehen und klar die Bedeutung der russischen Kirche als

„Grund der Nation“ herausstreichen. In diesem Sinne ist es auch für westliche Beobachter nicht unbedingt überraschend, dass die orthodoxe Kirche an der Jahres-

wende 2010/11 erwog, ihren Geistlichen wieder die politische Partizipation zu ermöglichen.

Außenbeziehungen der russischen Kirche mit besonderem Fokus auf der Ukraine

Eine besondere Note erfährt die russische Kirchenpolitik dadurch, dass sich ihr kanonisches Einzugsgebiet auf mehrere Staaten erstreckt. Einer dieser Staaten ist die Ukraine. Die Ukraine ist seit jeher Wiege der russisch-orthodoxen Kirche, die „Taufe der Rus“, die mit 988 datiert wird, fand in Kiew statt, Fürst Vladimir, der erste slawisch-orthodoxe Fürst, residierte in Kiew und lange Zeit war der Metropolit von Kiew und der ganzen Rus das Oberhaupt der Kirche. Patriarch Kirill bezeichnet Kiew gar als „Jerusalem“ der russischen Kirche. Diese kirchenpolitisch klare Positionierung befördert aber auch die Interessen des russischen Staates. Während eines Ukrainebesuchs des jetzigen Patriarchen kam es zu Ausschreitungen und Prügeleien zwischen Anhängern des „slawischen Einheitsgedankens“ und ukrainischen Nationalisten. Die ukrainischen Nationalisten, sofern orthodox, plädieren für die Unabhängigkeit einer „ukrainisch-orthodoxen-Kirche“, während die Gegenseite auf der Zugehörigkeit zur russischen Orthodoxie beharrt. Diese Auseinandersetzungen gehen sogar soweit, dass Kirill einen Besuch in der Westukraine absagen musste. Auch im Konflikt um die Krim ist der Patriarch zumindest indirekt aktiv, er besuchte 2009 die Krim und setzte damit kirchenpolitische Zeichen. Eine Änderung im politischen Klima,

auch und gerade die Kirche betreffend, stellte die Wahl von Viktor Janukowitsch zum ukrainischen Präsidenten dar. Janukowitsch ist dezidiert Russlandfreundlich und pflegt gute Beziehungen zum Moskauer Patriarchen. So betete der ukrainische Premier Asarow gemeinsam mit Kirill bei dessen Ukraine-Besuch 2010 um die Überwindung der Spaltung der Gesellschaft in der Ukraine. Einen Höhepunkt erreichte die Parteinahme Kirills für Janukowitsch als Kirill Janukowitsch 2010 öffentlich als „tiefgläubigen“ Menschen bezeichnete und meinte, der Präsident stütze sich in seiner Politik auf die „orthodoxe Weltanschauung“. Bereits Anfang des Jahres 2010 setzten der Metropolit von Kiew und der Moskauer Patriarch gemeinsam ein Zeichen, indem sie am Amtseinführungstag von Janukowitsch, der auf den Festtag des Heiligen Alexius fiel, der gleichzeitig Metropolit von Moskau und ganz Russland und von Kiew und Wladimir war, eine Liturgie im Höhlenkloster von Kiew zelebrierten. Dies zeigt, dass die russische Kirche keineswegs gewillt ist, ihren Anspruch auf die Ukraine als kanonisches Gebiet aufzugeben und zugleich gewillt ist, alle Russlandfreundlichen Kräfte offen zu unterstützen. Eine solche Haltung kann als wesentlicher Anker auch der Außenpolitik des russischen Staates verstanden werden.

Kurzes Fazit

Eine Analyse des hier Dargelegten lässt uns zu einem klaren Urteil ob der Bedeutung der russischen Kirche im Modernisierungsprozess Russlands kommen. Versteht man die Modernisierung in erster Linie „geistig“, so kann man feststellen, dass die Orthodoxe Kirche eine Liberalisierung und Modernisierung im westlichen Sinne zu verhindern sucht und dies auch in weiten Bereichen mit Erfolg. Die „orthodoxe Weltanschauung“ verbunden mit den engen, in diesem Sinne im Westen unbekannt, Beziehungen zwischen der russischen Staatsführung zur Kirche, lassen die russisch-orthodoxe Kirche als

wichtigstes kulturelles Fundament (der Eigenheit) Russlands erkennen. Auf dieser Basis haben russische Staatsmänner erfolgreich in der Vergangenheit und Gegenwart auf die „Unabhängigkeit“ Russlands vom west-europäischen Geistesleben gepocht. Die russische Kirche praktiziert seit einer mindestens 300jährigen Pause wieder erfolgreich das Konzept der Symphonie. In ihrer staatsstützenden und identitätsfestigenden Funktion für den russischen Patriotismus, die russische Außenpolitik und das russische Selbstverständnis ist der Einfluss der Kirche gar nicht hoch genug einzuschätzen.

Die Autoren dieses Heftes

Prof. Dr. Hannes Adomeit

geb. 1942 in Memel in Ostpreußen (jetzt: Klaipeda, Litauen), Professor für Osteuropastudien am College of Europe in Natolin (Warschau), vorher langjährig wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin. Sein Forschungsgebiet ist die russische Außen- und Sicherheitspolitik.

Er begann seine Studien in sowjetischer Außenpolitik am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin (Abschluss mit dem Diplom) und setzte sie an der Columbia University in New York fort; Abschlüsse dort mit einem Certificate in Russian Studies, M.A. und Ph.D. „with distinction“.

Danach war er in Lehre und /oder Forschung an folgenden Institutionen tätig:

- International Institute for Strategic Studies in London (1972-73)
- Institute for Soviet and East European Studies in Glasgow (1973-77)
- Royal Military College of Canada und Queen's University in Kingston, Ontario (1977-79)
- Forschungsinstitut für Internationale Politik und Sicherheit der SWP (1979-1989)
- Rand / UCLA Center for the Study of Soviet International Behavior in Santa Monica, Ca (1985-86).

Von 1989-1997 war er Professor für Internationale Beziehungen und Direktor des Forschungsprogramms für Russland und Ostmitteleuropa an der Fletcher School of Law and Diplomacy der Tufts University und Fellow am Russian Research Center der Harvard Universität.

Mai 1997-Dezember 2007 wieder zurück in Deutschland an der SWP.

Seit September 2007 Professor für Osteuropastudien am College of Europe in Natolin (Warschau).

Ausgewählte Publikationen sind: *Imperial Overstretch: Germany in Soviet Policy from Stalin to Gorbachev*, eine umfassende Darstellung der Deutschlandpolitik Moskaus von der Teilung bis zur Wiedervereinigung Deutschlands auf der Basis von Archivmaterialien, Memoiren und Interviews, Baden-Baden, Nomos Verlag 1998; *Putins Militärpolitik*, SWP-Studie, S-16/April 2003; *Russlands Rüstungsindustrie*, SWP-Studie, S-15/April 2004; *Putins Westpolitik – Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück*, SWP-Studie, S-8/April 2005; *Russische Iranpolitik*, SWP-Studie, S-8, April 2007; „Russland und die Raketenabwehr: Wer Spaltet Wen?“, SWP-Aktuell 23/April 2007; „Putins Paukenschläge“, in: *Internationale Politik*, Februar 2008; mit Frank Kupferschmidt, *Russland und die NATO*, SWP-Studie, S-10, März 2008.

Johannes Auer

Mitarbeiter des „Austrian Economics Center“ in Wien, Mitglied des Friedrich A. v. Hayek-Instituts, Teilnehmer des „Young Leaders Dialogue with America“, einer vom U. S. Department of State initiierten Plattform junger Experten aus den USA und Europa.

Forschungs- und Publikationsschwerpunkte sind das Verhältnis von Staat und Religion, Demokratie- und Regimelehre und die damit zusammenhängenden Auswirkungen auf die Sicherheits- und Verteidigungspolitik liberaler politischer Systeme.

Dr. Frank Bomsdorf

Geboren 1942 in Dresden, nach dem Krieg aufgewachsen in Flensburg. Dort 1961 Abitur. Studium der Rechtswissenschaften, Slawistik und osteuropäischen Geschichte in Marburg, München, Bonn und Kiel. Abschluß mit dem ersten und zweiten juristischen Staatsexamen sowie der Promotion zum Dr.iur. 1972/73

Postgraduiertenstudium in Leningrad und Moskau. Danach zunächst im Auswärtigen Amt (u.a.im Referat Sowjetunion),

Ab 1978 bei der Stiftung Wissenschaft und Politik, Forschungsinstitut für internationale Politik und Sicherheit, Ebenhausen bei München, zuständig für Rußland. Von 1993 bis 2009 Leiter des Moskauer Büros der Friedrich-Naumann-Stiftung. Lebt in München

Professor Dr. Peter W. Schulze

geb. 1942; Abitur 1963; Wehrdienst von 1963 bis 1965; Studium der Politischen Wissenschaft und Geschichte an der FU Berlin/FUB, London School of Economics and Political Science/LSE, London/UK und der Stanford University, CAL/USA von 1965 bis 1969; **Diplom** in Politische Wissenschaften 1970 an der FUB; **Promotion** (1974) und **Habilitation** (1984) an der FU Berlin; Lehrtätigkeit an der FU Berlin, an amerikanischen Colleges in Berlin und der UC Berkeley von 1970 bis 1987; langjährige Tätigkeiten als Leiter von Außenbüros des Forschungsinstitutes der Friedrich Ebert Stiftung in Berkeley, London und Moskau; derzeit Dozent für Vergleichende Lehre und Internationale Politik am Seminar für Politikwissenschaft der Georg August Universität Göttingen.

Zahlreiche Publikationen zur Außen- und Innenpolitik der Sowjetunion, zum Kalten Krieg, zur Transformation von Gesellschaften und zur Entwicklung des postsowjetischen Neuen Russlands.

Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe – bisher erschienen

HEFT 1 (1981)

Albert Kadan: Parteifinanzierung in Österreich und der Bundesrepublik Deutschland

Erich Reiter: Vorschläge zur Neuregelung der Parteifinanzierung in Österreich
(vergriffen)

HEFT 2 (1982)

Wilhelm Brauner: Staatsausgaben
(vergriffen)

HEFT 3 (1984)

Erich Reiter: Reform des Bundesrates
(vergriffen)

HEFT 4 (1984)

Eva Steindl: Die Fremdenverkehrsgesetze der Bundesländer
(vergriffen)

HEFT 5 (1985)

Erich Reiter (Hg.): Die friedenserhaltenden Operationen im Rahmen der Vereinten Nationen. Der Beitrag der neutralen Staaten Europas
(vergriffen)

HEFT 6 (1985)

Heinz Vetschera: Die Rüstungsbeschränkung des österreichischen Staatsvertrages aus rechtlicher, politischer und militärischer Sicht
(vergriffen)

HEFT 7 (1986)

Lothar Höbelt: Die Bundespräsidentenwahlen in der Ersten und Zweiten Republik
(vergriffen)

HEFT 8 (1986)

Helmut Berger: Verfahrensökonomie zum Verfahren 1. Instanz nach AVG und BAO
(vergriffen)

HEFT 9 (1986)

Anton Pelinka: Grün-alternative Aspekte in Ideologie und Programmatik der SPÖ
Manfried Welan: Grün-alternative Aspekte in Ideologie und Programmatik der ÖVP
Erich Reiter: Fortschritts- und Wachstumsverständnis in Ideologie und Programmatik der FPÖ
(vergriffen)

HEFT 10 (1987)

Ulrike Leopold-Wildburger: Ökonomie und Ökologie im Test der Meinungen
(vergriffen)

HEFT 11 (1987)

Heinrich Schneider: Akzeptanzprobleme der österreichischen Landesverteidigung
(vergriffen)

HEFT 12 (1988)

Ulrike Leopold-Wildburger: Österreich am Weg nach Europa. Modelle – Stichproben – Methoden. Eine arbeitsökonomische Studie zum Meinungsbild der Österreicher

HEFT 13 (2006)

DIE ZUKUNFT EUROPAS

Franco Algieri: Zustand und Entwicklungsszenarien der EU im Lichte der Krise

Peter Schmidt: Die weltpolitischen Herausforderungen für die Europäische Union und die Vereinigten Staaten von Amerika: Gemeinsamkeiten und Unterschiede

Herbert Scheibner: Friedensprojekt „EUropa“ vor neuen Herausforderungen

Erich Reiter: Die Aufnahme der Türkei – eine sicherheitspolitische Überdehnung?

HEFT 14 (2006)

Waldemar Hummer: Zum weiteren Schicksal des Vertrages über eine Verfassung für Europa

HEFT 15 (2006)

STEUERPOLITIK

Ernst Gehmacher: Im Zyklus gefangen zwischen Wachstum und Krise

Erich E. Streissler: Steuerpolitik und Umverteilung

Oliver Ginhör: Steuergerechtigkeit aus Sicht der Steuerzahler

Herbert Scheibner: Überlegungen zur Steuerpolitik

HEFT 16 (2006)

KAMPF DER KULTUREN? EUROPA UND DER ISLAM

Elsayed Elshahed: Zwischen Menschenrechten und Menschenwürde. Einige Gedanken zur Rezeptionsproblematik der Meinungsfreiheit

Hans Winkler: Toleranz ist keine Einbahnstraße

Herbert Scheibner: Ist ein „Kampf der Kulturen“ vermeidbar?

Erich Reiter: Integration und/oder Kulturkampf

KINDER UND GEWALT: OPFER UND TÄTER

Herbert Scheibner: Kinder und Gewalt: Opfer und Täter

Katharina Beclin: Erfordert die Entwicklung der Kriminalität Unmündiger neue Antworten?

Karin Gastinger: Ein politisches Statement zum Thema Kinder und Gewalt

Gabriele Zierung: Kinder und Gewalt: Opfer und Täter

Astrid v. Friesen: Kinder und Gewalt. Opfer und Täter

HEFT 17 (2006)

BEGLEITHEFT ZUR AUSSTELUNG LIBERALE POLITIK IN ÖSTERREICH

Manfried Welan: Unwissenheit als Grund von Freiheit und Toleranz. Drei Weisungen aus dem alten Österreich: Friedrich August von Hayek, Karl Raimund Popper, Hans Kelsen

Lothar Höbelt: Das Schicksal des politischen Liberalismus in Österreich

Walter M. Iber, Erich Reiter: Die Soziale Marktwirtschaft als Ausdruck wirtschaftsliberalen Denkens. Programmatik der politischen Parteien seit 1945

Alfred Gerstl: Der verspätete Liberalismus im Österreich nach 1945. Politische, gesellschaftliche und „liberale“ Ursachen

Walter M. Iber: Der „Raab-Kamitz-Kurs“: Liberale Wirtschaftspolitik?

Friedhelm Frischenschlager, Erich Reiter: Teilweise überarbeitete Auszüge aus: Liberalismus in Europa

Anhang: Wirtschaftspolitische Positionen der österreichischen Parteien seit 1945: ÖVP, SPÖ, FPÖ/BZÖ und die Grünen

HEFT 18 (2006)

VOM LIBERALEN ZUM SOZIALEN STAAT

Erich Reiter: Einbegleitung: Über den politischen Gebrauch des Wortes „Liberalismus“

Manfried Welan: Liberales im Verfassungsrecht des Bundes

Urs Schöttli: Vom liberalen zum sozialen Staat. Eine ostasiatische Perspektive

Andreas Unterberger: Bürgerlich: Was ist das?

Gunther Tichy: Die neue Unsicherheit

Ernst Gehmacher: Die Gesellschaftsordnung des Erfolges. Der liberale Sozialstaat

Wolfgang Neumann: Welche Zukunft für den Sozialstaat? Europäischer und internationaler Vergleich

Jörg Schütze: Mittelstandsförderung und Fremdkapitalbedarf. Basel II und die Folgen

Werner Pleschberger: Generationenvertrag – (noch) sozial gerecht?

HEFT 19 (2006)

DER LANGSAME WEG ZU EINER EUROPÄISCHEN SICHERHEITSPOLITIK

Lothar Rühl: Entwicklung und Möglichkeiten der ESVP

Reinhardt Rummel: Das Ende des Provinzialismus? Europäische und transatlantische Perspektiven der ESVP

Erich Reiter: Europas Sicherheitspolitik nimmt nur sehr langsam Gestalt an

Heinz Gärtner: Die Zukunft europäischer Armeen: Traditionalisten und Modernisierer.

Woran orientiert sich Österreich?

Günter Hochauer: Verteidigungspolitische Erfordernisse. Konsequenzen aus dem stagnierenden Prozess einer gemeinsamen europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Erich Eder: Miliz – Zukunftsträchtig für moderne Streitkräfte? Die Nationalgarde in den Vereinigten Staaten von Amerika

Helge Lerider: Die Türkei und die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU

HEFT 20 (2007)

DIE GENERATIONENFRAGE AUS LIBERALER PERSPEKTIVE

Wolfgang Mazal: Brauchen wir einen neuen Generationenvertrag?

Urs Schoettli: Die alternde Gesellschaft. Eine zentrale Herausforderung an die liberale Politik

Werner Pleschberger: Perspektiven des Generationenvertrages. Realistische Solidaritätskultur, neue Rechtsnormen und Institutionen

Thomas Neumann: Der Nachhaltigkeitsfaktor. Ein Instrument zur Generationengerechtigkeit im österreichischen Pensionssystem

Andreas Kirschhofer-Bozenhardt: Spurensuche nach den großen Problemen

HEFT 21 (2007)

Schwerpunkt: FÖDERALISMUS ALS GESTALTUNGSPRINZIP

Franz Fiedler: Föderalismus als Gestaltungsprinzip

Peter Bußjäger: Streiflichter zum österreichischen Föderalismus

Gerhart Wielinger: Legenden, Glaubenssätze und die österreichische Wirklichkeit. Bemerkungen eines langjährig praktizierenden Föderalisten

Günter Voith: Schein und Sein im österreichischen Föderalismus

Martin Malek: Russlands „Energieaußenpolitik“ und der Südkaukasus. Geopolitik, „frozen conflicts“ und europäische Abhängigkeiten

HEFT 22 (2007)

Schwerpunkt: GENFORSCHUNG, GENTECHNIK UND GENMEDIZIN

Andreas Kirschhofer-Bozenhardt: Statt eines Vorwortes: Genforschung verliert Schrecken. Ergebnisse einer IMAS-Umfrage im Auftrag des Internationalen Instituts für Liberale Politik Wien

Michael Stormann: Genmedizin in Europa

Clemens Leitgeb: Genmedizin in der Onkologie

Wolfgang Schallenberg: „Genmedizin“. Gentechnik in der Medizin aus wirtschaftlicher Sicht

Iris Kempe: Die europäisch-russischen Beziehungen und die Russlandpolitik der EU

HEFT 23 (2007)

LIBERALE POLITIK IN ÖSTERREICH.

Ein Nachheft zur Ausstellung des Internationalen Instituts für Liberale Politik vom 19. – 29. September 2006. Liberale Politik in Österreich. Eine Ausstellung des Internationalen Instituts für Liberale Politik vom 19. – 29. September 2006 in der Säulenhalle des Parlamentsgebäudes in Wien

Erich Reiter: Über den politischen Gebrauch des Wortes „Liberalismus“

Lothar Höbels: Das Schicksal des politischen Liberalismus in Österreich

HEFT 24 (2008)

KLIMAWANDEL UND ATOMENERGIE

Erich Reiter: Einführung in die Thematik Klimawandel, Schadstoffhandel und Atomenergie

Helmut Stubner: CO₂-Emissionszertifikatehandel – ein liberaler Standpunkt

Volkmar Lauber: Kyoto-Protokoll, Emissionshandel und Energiewende

Stefan Pickl: Der internationale Emissionszertifikatehandel im Spannungsfeld von ökonomischen und ökologischen Zielsetzungen

Dieter Drexel: Ökologie und Ökonomie im Spannungsfeld des Kyoto-Protokolls

Erich Gornik: Klimaschutz und Kernenergie

HEFT 25 (2008)

Schwerpunkt: ÜBERLEGUNGEN ZUR NEUTRALITÄT

Erhard Busek: Neutralität Österreichs – Herz oder Museumsstück

Heinz Gärtner: Eine moderne Neutralität ist flexibel

Erich Reiter: Neutralität als österreichische Ideologie

Gottlieb F. Hoepfli: Neutralität in der Schweiz

Peter W. Schulze: Elf Thesen zur russischen Innen- und Außenpolitik am Ende der zweiten Amtsperiode Putins

Günther Ofner: Die EU als Energiemanager

HEFT 26 (2008)

Schwerpunkt: ASIEN UND DIE AUßENPOLITIK DER EU

Urs Schoettli: Chinas Rückkehr auf die Weltbühne

Gustav C. Gressel: „Brothers in Evil“ oder „Apfel und Birne“: Übersicht über die Menschenrechtsverletzungen, Demokratie- und Rechtsstaatsdefizite in der Volksrepublik China und Burma

Franco Algeri: Die Zentralasienpolitik der Europäischen Union: Interessen und Konflikte

Eugene Kogan: Die Beziehungen Israels zur Nato

HEFT 27 (2008)

Schwerpunkt: GEORGIENKONFLIKT

Gustav C. Gressel: Der Krieg im Kaukasus vom 07.08.2008 bis 14.08.2008

Aschot Manutscharjan: Georgien suchte Krieg mit Russland

Eugene Kogan: The Russian-Georgian Conflict: An Assessment

Peter Schmidt: Der Georgische Knoten – Mögliche Beiträge der EU zur Beilegung des Konflikts

Gerhard Will: Permanenter Ausnahmezustand **Birmas** leidvoller Weg ins 21. Jahrhundert

Gudrun Harrer: Zur Rolle von Stammesstrukturen in Konfliktlagen: Das Beispiel **Irak** und die US-amerikanische „Using the Sheikhs“-Politik

HEFT 28 (2009)

Schwerpunkt: HAT DIE MARKTWIRTSCHAFT ZUKUNFT?

Gerald Schöpfer: Ist die freie Marktwirtschaft zum Untergang verurteilt?

Erhard Fürst: Ursachen der Finanz- und Wirtschaftskrise: Marktversagen?

Staatsversagen?

Helmut Kern: Hat die Marktwirtschaft noch Zukunft? – Staatliche Regulierung löst die Probleme nicht

Bernhard Martin: Entwicklungschancen für Politischen Liberalismus in Österreich in Folge der weltweiten Finanzkrise. Eine makrosoziologische Diagnose

Rainer E. Schütz: Hat die Marktwirtschaft eine Zukunft?

Walter Schragel: Schadenersatz für behindertes Kind?

Henriette Riegler: Der Staat Kosovo – wirklich ein Projekt Europäischer Sicherheit?

HEFT 29 (2009)

OSTASIEN – GEOSTRATEGISCHER SCHWERPUNKT DER WELT

Urs Schöttli: Brennpunkte in Ostasien – Sicherheitspolitische Herausforderungen

Gudrun Wacker: Auf der Suche nach Harmonie: China als regionaler und globaler Akteur

Rudolf Logothetti: Die Rolle der USA in Ostasien – eine europäische Sicht

Eugene Kogan: The Russian-Chinese Disconnect in the Defence Industry Field

Sebastian Harnisch: The Korean Conundrum: Moderating Expectations and Containing Nuclear Extortion

Urs Schöttli: Japans Rolle in Ostasien und in der Welt **Yuan-hsiung Chen:** The Security Situation

of the Republic of China

Chong-pin Lin: Melting the Ice: Beijing's Emerging Taiwan Policy

Bill Keh-ming Chen: The Role and Influence of the United States in East Asia

Gustav C. Gressel: Anmerkungen zu den politischen Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Taiwan

HEFT 30 (2009)

ÜBERLEGUNGEN ZU STAATSREFORM UND EUROPAPOLITIK

Heimo Hofmeister: Staat und Individuum

Christian Stadler: Österreichische Staats- und Verwaltungsreform aus liberaler Perspektive

Roland Vaubel: Nie sollst Du mich befragen? Weshalb Referenden in bestimmten Politikbereichen – auch in der Europapolitik – möglich sein sollten.

HEFT 31 (2009)

BEITRÄGE ZUR ÖKONOMISCHEN UND GESELLSCHAFTLICHEN SITUATION

Erhard Fürst: Die EU in der Finanz- und Wirtschaftskrise

Bernhard Martin: Konkordat: Kulturpolitischer Klotz am Bein moderner, liberal-demokratischer Staatlichkeit?

Andreas Kirschhofer-Bozenhardt: Wahlen gewonnen, Zukunft gefährdet?

Beqir Sadikaj: Causes That Have Influenced Appearance of Trafficking and Prostitution in Kosovo, Ways of Deceits of Victims and Their Submission into Slavery.

Gustav C. Gressel: Veranstaltungsbericht: „Brauchen wir eine neue europäische Friedensordnung?“

HEFT 32 (2010)

EINE NEUE SICHERHEITSARCHITEKTUR FÜR EUROPA?

Russische und europäische Positionen

Andrei Zagorski: Der Medwedjew-Vorschlag eines europäischen Sicherheitsvertrags

Vladislav Belov: Russische Positionen für eine europäische Sicherheitsentwicklung

Johann Frank: Die sicherheitspolitischen Möglichkeiten der EU: Kann die EU der Sicherheitspartner Russlands sein?

Peter Rudolf: Amerikanische Russlandpolitik und europäische Sicherheitsordnung

Peter W. Schulze: Braucht Europa eine neue Charta? Initiativen für und Widerstände gegen eine gesamteuropäische Friedensordnung

HEFT 33 (2010)

RECHTLICHE UND SICHERHEITSPOLITISCHE HERAUSFORDERUNGEN DER EU

Peter Becker: Die europäische Kompetenzordnung zwischen Anpassungsfähigkeit, Effizienz und Legitimität

Thorsten Hüller: Über Demokratie/Demokratisierung in der EU

Jan Oppermann: Flexibilisierung und Depolitisierung: Optionen für eine Steigerung der Effizienz europäischen Regierens

Roland Vaubel: Nie sollst Du mich befragen. Referenden in der Europapolitik

HEFT 34 (2010)

BRAUCHEN WIR EINE EUROPA-ARMEE?

Erich Reiter: Die Sicherheit Europas

Günter Barnett: Verteidigungspolitische Positionierungen und Ideen zu einer Europa-Armee

Werner Fasslabend: Brauchen wir eine Europaarmee?

Johann Frank: Perspektiven einer Europäischen Armee nach dem Vertrag von Lissabon

Herbert Scheibner: Euroarmee – Traum und Wirklichkeit

Anhang: Die Einstellung der Österreicher zu einer Europa-Armee

HEFT 35 (2010)

LIBERALISMUS – EIN ALLERWELTSBEGRIFF ODER ANWALT DER FREIHEIT?

Lüder Deecke: Freiheit und Verantwortung

Erich W. Streissler: Liberalismus in ökonomischer Sicht

Rudolf Burger: Anmerkungen über das Wesen des Liberalismus

Andreas Unterberger: Liberales Denken statt liberaler Parteien: 17 Denkanstöße

Gregor Henckel-Donnersmarck: Liberalismus und Religion

Michael Macek

Über die Freiheit der Kunst

HEFT 36/37 (2011)

RUSSLAND MODERNISIERT SICH – ODER DOCH NICHT?

Peter W. Schulze: Eine neue Etappe der Transformation: Modernisierung, Macht-sicherung und kooperative Großmachtspolitik

Hannes Adomeit: Russlands Modernisierungspartnerschaft(en)

Falk Bomsdorf: Russland modernisiert sich – nicht

Johannes Auer: Die Rolle der Russisch-Orthodoxen Kirche

Schriftenreihe zur internationalen Politik, Erich Reiter (Hg.)

- Band 1 Die Sezessionskonflikte in Georgien**, Böhlau, ISBN 978-3-205-78325-1
- Band 2 Der Krieg um Bergkarabach – Krisen- und Konfliktmanagement in der Kaukasusregion** Böhlau, ISBN 978-3-205-78404-3
- Band 3 Konfliktmanagement in Zentralasien**, Böhlau, ISBN 978-3-205-78565-1
- Band 4 Entwicklungsszenarien in Osteuropa – mit Schwerpunkt Ukraine**, Böhlau, ISBN 978-3-205-78709-9
- Band 5 Problemlage und Lösungsansätze im Transnistrienkonflikt** Böhlau, ISBN 978-3-205-78824-7 (erscheint Frühjahr 2012)

Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe

Reihe Studien

- | | | |
|---|---|----------------|
| Klaus Becher | Die USA als Faktor des Konfliktmanagements in Georgien | September 2007 |
| Erich Reiter | Die Einstellung der Österreicher zu der Sicherheits- und Verteidigungspolitik und zur EU; Bewertung der Ergebnisse einer IMAS-Umfrage vom April 2007 und anderer Erhebungen | Oktober 2007 |
| Peter W. Schulze | Energiesicherheit – ein Europäischer Traum Russland als Energiemacht | Oktober 2007 |
| Heinz Gärtner | Die Zukunft der Rüstungskontrolle | November 2007 |
| Klaus Becher | Ziel und Zweck der US-Raketenabwehr und die europäische Interessenslage | Dezember 2007 |
| Andrei Zagorski | Die Kontroverse über amerikanische Raketenabwehr in Europa: Lösungsversuche in der Sackgasse? | Dezember 2007 |
| Egbert Jahn | Optionen für die Politik der EU gegenüber Georgien und den De-facto-Staaten Abchasien und Südossetien | Dezember 2007 |
| Erich Reiter | Die Einstellung der Österreicher zu Kernenergie, Klimawandel und Genforschung - Auswertung u. Kommentierung der Ergebnisse einer Meinungsumfrage | Jänner 2008 |
| Erich Reiter | Meinungsfreiheit Details einer Studie über „Meinungsfreiheit in Österreich“ | Februar 2008 |
| Peter W. Schulze | Zieloptionen russischer GUS-Politik: Geopolitische Neuordnung des Sicherheits- und Kooperationsraumes oder vernachlässigte Konfliktzone? | März 2008 |
| Oliver Ginthör
Martin Haselberger
Sandra Schreiblehner | Die steuerliche Entlastung des Mittelstandes zwecks besserer Vorsorgemöglichkeiten | März 2008 |

Stefan Pickl	Investitionsverhalten in internationalen Emissionshandels systemen Ökologie und Ökonomie im Spannungsfeld des Kyoto-Protokolls	Mai 2008
Eugene Kogan	Sicherheitspolitik im Nahen Osten – Israels Lehren aus dem Libanonkrieg – Russlands Rolle im Nahen Osten	Juni 2008
Urs Schöttli	China: Was hat sich seit 1976 ereignet?	August 2008
Hannes Adomeit Peter W. Schulze Andrei Zagorski	Russland – EU und „Zwischeneuropa“ Drei Studien	Oktober 2008
Eugene Kogan	Military and Energy – Security Situation Around the Black Sea Area	November 2008
Gudrun Harrer	Souveränität und Nachkriegszeit: Der Irak nach dem Abschluss des Status of Forces Agreement mit den USA	Jänner 2009
Uwe Halbach Peter W. Schulze Andrei Zagorski Eugene Kogan	Machtpoker am Kaukasus Nachlese zum „Fünf-Tage-Krieg“ in Georgien im Sommer 2008 Vier Studien	Februar 2009
Peter W. Schulze Andrei Zagorski	Russische und europäische Energiepolitik im Zeichen der globalen Krise Die strategische Orientierung Russlands zu Europa?	Mai 2009
Hüseyin Bağcı	Changing Geopolitics and Turkish Foreign Policy	Juni 2009
Gerhart Wielinger	Überlegungen zum Thema Gestaltung der Verfassung im Hinblick auf die Sicherung einer rechtsstaatlichen und sparsamen Bewältigung von Staatsaufgaben	Juli 2009
Urs Schöttli	Wird der Westen auch weiterhin die Vorgaben für die künftige Gestaltung der Weltwirtschaft geben können?	August 2009
Erich Reiter	Liberaler Gesinnung in Österreich – Auswertung einer IMAS-Umfrage	September 2009
Erich Reiter	Wie die Österreicher unser Wirtschaftssystem sehen – Auswertung einer IMAS-Umfrage	September 2009
Eugene Kogan	Turkish-American Strategic Partnership versus Turkish-Russian Partnership without Strategy	Oktober 2009
Hannes Adomeit	Russland und Iran – Warum auf Moskau kein Verlass ist, wenn es darum geht, Teherans Aufstieg zur Atommacht zu verhindern	November 2009
Gustav C. Gressel Eugene Kogan	Missile Defence in Europe – Systems, Policies and Strategic Choices	März 2010
Erich Reiter	Freiheit und Religion – die Österreicher und der Islam; Auswertung und Kommentierung der Ergebnisse einer Meinungsumfrage	Juni 2010
Erich Reiter	Das soziale Selbstportrait der Österreicher und wie und als was sie den Liberalismus sehen	Oktober 2010
Erich Reiter	Denkschrift zur Wehrpflichtdebatte	Juli 2011

Das Internationale Institut für Liberale Politik Wien (IILP) wurde im Herbst 2005 gegründet und bezweckt die Förderung liberaler Politik, insbesondere in den Bereichen der Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik, internationalen Beziehungen, Europapolitik, Außen- und Sicherheitspolitik sowie hinsichtlich aktueller Fragen der österreichischen Politik.

Das IILP versteht sich als bürgerlicher und pro-europäischer Think-Tank für Österreich.

Im Rahmen seines wissenschaftlichen und gesellschaftspolitischen Programms lädt es zu zahlreichen Veranstaltungen.

Neben anderen Publikationen gibt es die „Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe“ heraus.

www.iilp.at

IILP – ZVR Zahl 425665530



**Internationales Institut
Liberale Politik Wien**

Österreichische Post AG /
Sponsoring Post
Verlagspostamt 1010 Wien
GZ: 06Z037014 S

ISBN 978-3-902595-49-2



Internationales Institut für liberale Politik Wien

SOZIALWISSENSCHAFTLICHE SCHRIFTENREIHE

Gesamtherstellung: Offsetdruck Ing. Kurz GmbH, 8682 Müzzuschlag/Hönigsberg, Industriepark 2